

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



11. November 1988
Jg. 9 Nr. 23

G 7756 D

Preis:
2.50 DM

Lohndiskussion

**Gesamtmetall greift
das Tarifsysteem an —
Widerstand
ist nötig**

Seite 5

Philippinen

**BRD-Unternehmen
in der Baatan-
Exportproduktionszone**

Seite 12

ÖTV gegen Pflegenotstand

**Beschäftigte fordern
mehr Lohn
und bessere
Arbeitsbedingungen**

Seite 26

Antifaschismus

**Nationalkomitee „Freies
Deutschland:“ Kontinuität
eines nationalen
Bündnisses?**

Seite 32



Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen will ihren Kampf gegen die Ausweitung des Ladenschlusses fortsetzen.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Telefon: 0221 216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Telefon: 0221 211658

Inhalt 23/88

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Lohndiskussion: Gesamtmetall greift das Tarifsysteem an...	5
ÖD-Eingangsbesoldung: Rücknahme der Absenkung?...	7
Niedersachsen: Skandalregierung? Reaktion punktet....	7
Kohl in Moskau: Vor einer Aufweichung des Status quo?...	7
HBV-Gewerkschaftstag: Gegen ungeschützte Arbeit....	8
Internationale Solidarität gegen Standortinteressen.....	9
Gesundheitsreform: Kapitalistenwünsche aufgenommen..	10

Auslandsberichterstattung

Philippinen: BRD-Unternehmen in einer Exportzone.....	12
Die Bataan-Exportproduktionszone.....	13
Bayer Peru: Proteste gegen Lohnraubpolitik.....	14
Jugoslawien: Streiks erzwingen Lohnstopp-Ende.....	14
Türkei: Teuerungsrate zieht weiter an.....	15
EG-Verkehrspolitik: Gegen alle Arbeitszeitschranken....	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien**Veröffentlichungen:**

„... dann muß ich schnell wieder los“.....	18
Antiimperialistische Broschüre gegen Bosch.....	18
EKD-Handbuch zur Ausländerpolitik.....	18
„An den Grenzen der Freiheit“.....	18
Abschied von den Grünen?.....	19
FDP: Für weitere Segmentierung der Gesellschaft.....	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
Hamburg: Für Arbeitszeitverkürzung — Lehrer streiken...	22
Cimex-Prozeß: Erprobung „illegaler Staatsgeheimnisse“..	22
IG-Metall: Ausländerrotation angegriffen.....	23
Asylbewerber: Aktionen gegen Erlaß.....	23
Kindergärten: Aktionen gegen Verschlechterungen.....	24
Heilbronn: Billige Wohnungen für AEG geräumt.....	25
Westberlin: Gegen Polizeisondereinheiten.....	25
ÖTV-Aktionen: Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen..	26
Ulrike Peretzki-Leid vom ÖTV-Hauptvorstand.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Nordbayern: „Repression in der Provinz“.....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Judenpogrom: Entschädigungen nicht abgeschlossen....	30
Erinnerungen eines Überlebenden.....	30
„Der Berliner Antisemitismusstreit“.....	30
Pogrome gegen jüdische Menschen.....	31
„Ökonomie der Endlösung“.....	31
Der Kleinkrieg gegen die Opfer.....	31
„Der Frankfurter Börseplatz“.....	31
Nationalkomitee „Freies Deutschland“: Kontinuität eines nationalen Bündnisses.....	32

Spezialberichte

UdSSR: Entwicklung der Widersprüche der Gesellschaft...	34
Intelligenz will uneingeschränkte Herrschaft.....	34
Verstärkter Druck des Arbeitsmarktes soll Widerstand der Arbeiter brechen.....	35
Untergrabung der Kollektivwirtschaft.....	36
Stärkt die Demokratisierung Stellung der Produzenten?...	38
Nationalistische Bestrebungen nehmen zu.....	39

Angriff auf den Frauenarbeitsschutz

Der „Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft“ (iwd) beteiligt sich rege an der Diskussion um die Regularien des EG-Binnenmarktes. Ein Artikel zu Mutterschutz und Erziehungsurlaub erklärt, wie Standardisierung von den Kapitalisten verstanden werden will: Gegenüberstellen der internationalen (ausgewählten) Mutterschutzfristen und der Regelungen bezüglich des Erziehungsurlaubs zwecks Prüfung der Konkurrenz Nachteile der westdeutschen Konzerne zumindest gegenüber den europäischen

frist nicht ... verlängern ... ist es auch nicht selbstverständlich, daß während des Erziehungsurlaubs der Lohn fast vollständig weiter gezahlt wird.“ Die Wiedereinstellungsgarantie steht im Mittelpunkt der Angriffe des iwd-Artikels. Die Kapitalisten wollen die Rahmenbedingungen ihrer Flexibilisierungsmaßnahmen verbessern und stoßen dabei auf gesetzliche Hindernisse: Schutzrechte für Frauen. „In der Bundesrepublik setzen 62% der Frauen unmittelbar nach dem Erziehungsurlaub ihre Berufstätigkeit nicht fort. Diese Stellen ... werden mithin für ein Jahr unnötig blockiert.“ iwd Nr. 43, 27.10.88 — (mal)



Die Wiedereinstellungsgarantie nach dem Erziehungsurlaub stört die Kapitalistenverbände. Bild: IG Metall-Frauenkongreß

Rivalen.

Die Beseitigung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen reicht den Unternehmerverbänden in der BRD nicht aus. Der Mutterschaftsurlaub sei unumstritten. Die Höhe der Entlohnung wird kritisiert und tabellarisch verglichen. Griechenland gewährt den Frauen nur 50% des Lohnes, Irland 70%, Spanien 75%, Italien 80%, Frankreich 84%, Großbritannien 90% (mit Einschränkungen) und die USA 50%. 100%ige Lohnfortzahlung in der BRD sprengt den Rahmen!

Der Hauptangriff gilt dem Erziehungsurlaub: „Über den medizinisch ... gebotenen Mindest-Standard gehen jedoch viele Länder nicht hinaus. So können junge Mütter in Griechenland, der Schweiz, Japan und den Niederlanden, Portugal und den USA ... die Mutterschutz-

CDA „gegen“ Sonntagsarbeit

Die CDU-Sozialausschüsse fordern ein Festhalten am gesetzlichen Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit. Der Bundesausschuß beschloß, sie nur dort erlauben zu lassen, „wo aus unabweislichen Gründen die Arbeit an diesen Tagen unumgänglich ist“. Außerdem lehnte die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) die Einführung eines Dienstleistungsabends ab und forderte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auf, eine Änderung des Ladenschlußgesetzes abzulehnen. Die am 29. und 30.10. tagende Konferenz sprach sich für Überstundenabbau und gegen eine Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für jüngere Arbeitslose aus. Die CDA ist weiterhin gegen die Veran-

kerung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte im Betriebsverfassungsgesetz. Als „ordnungspolitischen Durchbruch ersten Ranges“ werteten die CDU-Sozialausschüsse den Einstieg in die „Absicherung des Pflegerisikos“ durch die geplante Gesundheitsreform. Die Kosten würden gesenkt, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert und zugleich die häusliche Pflege in den gesetzlichen Leistungskatalog einbezogen. Die CDA erwarte, daß Bundesarbeitsminister Blüm trotz des „erbitterten Widerstandes von Interessengruppen“ an der Einführung von Festbeträgen für Medikamente festhält.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 31.10.88; Hannoversche Allgemeine Zeitung, 31.10.88 — (mal)

CCAWUSA-Veranstaltungen

Im Oktober fand eine Rundreise einer Vertreterin der azanischen Handelsgewerkschaft Commercial, Catering and Allied Workers Union of South Africa (CCAWUSA) durch die BRD und die Schweiz statt. Sie ist Mitglied des Vorstandes und Vorsitzende der Frauenkomitees der CCAWUSA sowie Shopsteward (Gewerkschaftsvertreterin) einer großen Einzelhandelskette. Sie sprach auf Veranstaltungen gegen den IWF-Kongreß in West-Berlin, da-

nach auf elf Veranstaltungen in Köln, Zürich, Biel, Frankfurt, Mannheim, Düsseldorf, Obereifenberg, Karlsruhe und Hannover, die von Azania-Gruppen, HBV, GEW und der Schweizer Frauengewerkschaft organisiert wurden. Es nahmen meist zwischen 30 bis 60 Leute teil, die über 10000 DM für die CCAWUSA spendeten. Von HBV-Mitgliedern wurden 1988 15000 DM für das Berufungsverfahren des zum Tode verurteilten CCAWUSA-Mitgliedes William Ntombela aufgebracht. Die HBV-Jugend sammelte seit Oktober '87 über 47000 DM für eine Druckmaschine für die CCAWUSA. Vom HBV-Hauptvorstand wurde diese Summe auf 70000 DM erhöht. Auf dem HBV-Gewerkschaftstag Anfang November wurde nochmals ausdrücklich die Unterstützung der CCAWUSA sowie Anstrengungen für Boykottmaßnahmen gegen Südafrika beschlossen. Der Generalsekretär der CCAWUSA, Vivian Mtwa, rief auf dem Gewerkschaftstag die HBV auf, nicht nachzulassen in der Unterstützung des Kampfes der schwarzen Gewerkschaften gegen Apartheid, Ausbeutung und Unterdrückung. Für die Arbeit der Gewerkschaften im Handel-, Banken- und Versicherungsbereich in Südafrika/Azania wurden auf dem Gewerkschaftstag über 12000 DM gesammelt. —(rub)

VSP-DK: Beschluß zur IV. Internationale und BWK-Verhandlungen

Am 22./23. Oktober führte die VSP eine a.o. Delegiertenkonferenz durch. Hauptthema der a.o. DK war die Beratung und Beschlußfassung über die „internationale Orientierung und Organisation“. Die Delegierten verabschiedeten mit großer Mehrheit einen Antrag des ZK der VSP, der eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der IV. Internationale, aber auch mit anderen revolutionären und antiimperialistischen Organisationen im Ausland vorschlug. Mit großer Mehrheit billigten die Delegierten sodann einen Antrag, der den weiteren Fortgang der Vereinigungsverhandlungen mit dem BWK beschrieb. Die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK hatte um diese Bestätigung des Plans für die weiteren Verhandlungen gebeten (siehe auch: Ergebnisse der Herbstkonferenz der 8.o. BDK des BWK, S. 27), vier Fünftel der VSP-Delegierten stimmten dem nun zu. — (rül)

GNN-Durchsuchung: BAW stellt ein

Bei der Durchsuchung des GNN-Verlags am 21.10. hatten Beamte des 14. Kommissariats der Kölner Polizei zwei Archivordner des Verlags beschlagnahmt. Inhalt: Für Archivzwecke gelagerte Ausgaben von „Zusammen kämpfen“ u.a.. Diese Archivordner wurden trotz Interventionen des Verlags, daß es sich offensichtlich um Presse-Archiv-Material handle und das Wegschaffen solcher Akten die Pressefreiheit verletze, eilig an die Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe zur „Prüfung“ weitergeleitet. Am 4. November teilte nun die Bundesanwaltschaft mit, daß sie das „Prüfungsverfahren“ einstellen und die Archivordner zurückgeben werde. Damit sind bis auf wenige Zahlungsbelege, die noch bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf lagern, alle bei der Durchsuchung beschlagnahmten Sachen zurückgegeben.

Verschiedene Organisationen haben ihre Solidarität bekundet und sich nach dem

Anzeige

Das deutsche Kapital im zweiten Anlauf auf die „Neuordnung Europas“

Etappen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges: Teil I: Der „Anschluß“ Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39

Herausgeber: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Zentrale Arbeitsgruppe Antimilitarismus.

Zu beziehen über: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260 226 5000 Köln 1

Preis: 5,00 DM

Fortgang des Verfahrens erkundet, darunter die DKP Köln und die MLPD. — (rül)

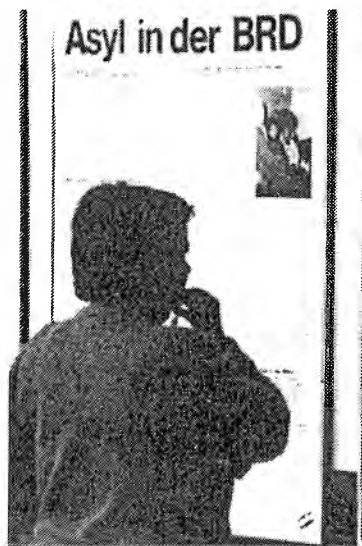
Gebietsabtretung rechtsgültig

Auf der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die am 15. und 16. Oktober stattfand, wurde unter anderem zur Städtepartnerschaft und zum Münchner Abkommen von 1938 Stellung bezogen.

Die Gestaltung von Städtepartnerschaften dürfe nicht einer politisch-propagandistischen Selbstdarstellung der Tschechoslowakei dienen und die „historische Wahrheit“ dürfe nicht verfälscht werden.

Historisch wahr sei, daß der Anschluß an das Deutsche Reich rechtsgültig zustande gekommen und durch die Vertreibung die sudetendeutsche Frage weniger denn je gelöst sei. Die Feststellung, wonach das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbestehe, schließe das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus. Die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bleibe einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung mit dem gesamtdeutschen Souverän vorbehalten.

Erst die DDR und dann die CSSR einverleiben (dl)



Bayerns Innenminister Stoiber führte sich deutsch-national ein. In faschistischer Manier forderte er, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen: auch Lafontaine wolle „eine multinationale Gesellschaft auf deutschem Boden, durchmischt und durchrasst“. Asylsuchende und Ausländer müssen mit noch schlimmeren Angriffen rechnen. (Kölner Stadt-Anzeiger, 4.11.88 — mal)

Aktuell in Bonn

BRD-F: Ostpolitische Abstimmung

Auf ihren 52. Konsultationen haben sich die Delegationen der Bundesregierung und der französischen Regierung nach Presseberichten vor allem auf die Abstimmung ihrer ostpolitischen Vorhaben konzentriert. Näheres verlautet nicht. Die „Welt“ berichtet nur noch, zum EG-Beitritt Österreichs habe sich Mitterand gegenüber Journalisten „zurückhaltend“ geäußert. Zu befürchten ist insbesondere ein verstärkter Druck auf Polen, wohin Kohl nach Margaret Thatcher als nächster westlicher Regierungschef reisen wird. Mitterand bricht in den nächsten Tagen nach Moskau auf. Von wirtschaftlicher Bedeutung ist u.a. eine Vereinbarung über gemeinsame Normen für ein „hochauflösendes Fernsehen“. Hier soll ein gemeinsames Kartell gegen die Konkurrenz helfen. Die Ratifizierung der Abkommen über die Errichtung eines Verteidigungs- und Sicherheitsrates und eines Wirtschaft- und Finanzrates soll bis Jahresende abgeschlossen sein.

Neue Kurzstreckenraketen

Auf der 44. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe der NATO bekräftigten die anwesenden Minister, darunter Bundesverteidigungsminister Scholz, u.a. auch das NATO-Vorhaben zur Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen. Im Kommuniqué heißt es, man werde sicherstellen, „daß die nuklearen Streitkräfte der NATO weiterhin einen glaubwürdigen und wirksamen Beitrag zur Abschreckungsstrategie des Bündnisses leisten.“ (BMVg-Presse v. 28.10.88)

Galinski unerwünscht

„Es hätte gerade auch einem Deutschen Bundestag gut zu Gesicht gestanden, wenn auch einer der Betroffenen einmal eingeladen worden wäre, aus diesem Anlaß ein Grußwort zu sprechen.“ So hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Galinski, auf die Ablehnung eines Antrags der Grünen im Ältestenrat des Bundestags reagiert, Galinski als einen der Sprecher zu einer Gedenkveranstaltung des Bundestags zur Reichskristallnacht einzuladen.

Zimmermann hilft „Aussiedlern“

29 Mio. DM „Soforthilfe“ wird Innenminister Zimmermann neu eintreffenden „Aussiedlern“ zusätzlich zu den sonstigen „Aussiedlerhilfen“ der Bundesregierung auszahlen können. Dies teilte die Bundesregierung am 27.10. dem Bundestag mit. Am 4.11. verkündete Bauminister Schneider (CSU), er habe die Verwaltungsvereinbarung für den Bau von 30000 „Aussiedlerwohnungen“ im nächsten Jahr unterzeichnet. 750 Mio. DM will die Bundesregierung dafür bereitstellen, die Länder sollen noch einmal den gleichen Betrag zahlen.

Teuerungsrate steigt

Einen Anstieg der Teuerungsrate auf etwa 2,5% erwarten die Wirtschaftsinstitute in ihrem jetzt vorgelegten Herbstgutachten im nächsten Jahr. Etwa 0,7% davon werden durch die vom Parlament beschlossenen Anhebungen der indirekten Steuern (Mineralöl, Gas, Tabak usw.) herbeigeführt. Die staatliche Preistreibe-rie wird damit die Preissteigerungsrate im nächsten Jahr über die Tariflohnerhöhung z.B. bei Metall hinausdrücken. Auch die Wohnungsbau- und Mietenpolitik der Regierung treibt die

Teuerung hoch: Ende Oktober brachte die Bundesregierung ein Wohnungsbau-Änderungsgesetz (Drucksache 11/3160) im Bundestag ein, daß die „Mietpreis- und Belegungsbindung“ im staatlich geförderten Wohnungsbau „flexibel“ lockern soll, sprich: die Mieten weiter hochtreiben soll.

Grund für Kontrollstellen

Wegen drohender „RAF-Anschläge“ habe es die Polizeikontrollstellen anläßlich der IWF-Tagung in Westberlin gegeben. In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen (Drucksache 11/3130) verweist die Bundesregierung auf den Anschlag auf Staatssekretär Tietmeyer, zu dem sich „die RAF bekannt“ habe. Im Zusammenhang mit der IWF-Tagung sei beim BKA eine besondere Nachrichtensammel- und Informationsstelle (NASISTE) eingerichtet worden. Die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit der IWF-Tagung sei „nicht ermittelbar“.

Fraktionen zu Chile

Alle Fraktionen waren sich am 26. Oktober im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Beurteilung der Lage einig darin, daß nach dem Ausgang der Volksabstimmung ein behutsamer Demokratisierungsprozeß einzuleiten sei. Die Grünen wiesen darauf hin, daß nach der Verfassung in Chile noch keine freien Wahlen vorgeschrieben seien. Zu einem wissenschaftlichen Projekt zur „sozialen Marktwirtschaft“ bemerkten die Grünen, es sei nicht in der Lage, eine positives Bild von der sozialen Marktwirtschaft zu zeichnen, da es schon unter Pinochet „eingeleitet“ worden sei.

Was kommt demnächst?

Am 7. November berät die Europäische Volkspartei über eine gemeinsame Wahlplattform der christdemokratischen Parteien in der EVP zu den Europawahlen im nächsten Jahr. Am 11. November findet die Gedenkveranstaltung des Bundestags zur Reichskristallnacht statt. Am 25. November ist die abschließende Lesung der Gesundheitsreform-Gesetze der Bundesregierung im Bundestag geplant, am 16.12. ihre Verabschiedung im Bundesrat. Die für Dezember geplante Vorlage des Rentenreformgesetzes soll nach den Wünschen der SPD auf März 1989 verschoben werden. Am 2. Dezember berät die Innenministerkonferenz auf einer Sondersitzung erneut über die Aufnahme von Todesschuß-Bestimmungen in die Länderpolizeigesetze. Bundesinnenminister Zimmermann hat für diese Sitzung eine entsprechende Vorlage angekündigt. Am 7. Dezember tagt in Bonn zum ersten Mal die von Kohl initiierte „EG-Konferenz“ von Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaften. Mitte Dezember findet in Rhodos (Griechenland) das nächste Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG statt.



Am vergangenen Montag hat der FDP-Parteivorstand und das Bundeskabinett der lange vorbereiteten Übernahme von MBB durch die Daimler-Benz AG zugestimmt. Der schon jetzt größte Industriekonzern Westeuropas wird damit auch in der Luft- und Weltraumrüstung führender Konzern in der EG. Auch international wird der neue Konzern im Rüstungsgeschäft stark vertreten sein. Am 28.10. bestätigte die Bundesregierung eine Anfrage der Grünen, daß MBB sowohl in Argentinien wie in Ägypten an Raketenrüstungsprogrammen beteiligt gewesen sei. Bild: Kohl bei der 100-Jahr-Feier von Daimler-Benz

Lohndiskussion

Gesamtmittel greift das Tarifsysteem an — Widerstand ist nötig

Eine Lohnbewegung ist spürbar. In den Betrieben der Metallindustrie, und nicht nur dort, verstärkt sich die Diskussion um Lohnlage und Lohnforderungen. Gegen betriebliche Lohnkürzungen richtet sich ein zäher Widerstand. Mancherorts wird hartnäckig gegen die Lohndiskriminierung von Frauen, für bessere Eingruppierung gekämpft. Vielfach werden Forderungen nach einer betrieblichen Aufstockung der Weihnachtsgeldzahlungen erhoben. In der Stahlindustrie verlangen bei Hoesch und Thyssen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute Körper Nachschlagszahlungen von einmalig 1000 DM. Auch anderswo haben gewerkschaftliche Körperschaften die Lohnfrage aufgegriffen. In der baden-württembergischen IG Metall wurde von einem Vorstoß der Karlsruher Vertreterversammlung für Lohnverbesserungen berichtet. Die IG Druck und Papier will im Manteltarifvertrag ein höheres Antrittsgeld und höhere Schichtzulagen durchsetzen, um die Lohnkürzung aus der Besteuerung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen auszugleichen. In der IG Chemie wird an Verbesserungen bei den Tarifen zum Weihnachtsgeld und zu den vermögenswirksamen Leistungen gedacht.

Die verbreitete Meinung, daß jetzt bei Löhnen und Gehältern Verbesserungen sein müßten, speist sich aus verschiedenen Erfahrungen. Die Teuerung hat wieder angezogen und wird nach den Schätzungen von Bundesbank und Wirtschaftsforschungsinstituten im nächsten Jahr um die 2,5% betragen. Bei manchen Posten, wie den Mieten, ist die Teuerung noch spürbar höher. Hinzu kommt der Kostendruck auf die Lohnabhängigenhaushalte durch politische Maßnahmen: Die Umgestaltung der Bundespost mit steigenden Gebühren, einschneidende finanzielle Belastungen aus der „Gesundheitsreform“, Verbrauchssteuererhöhungen und Einführung der Erdgassteuer im nächsten Jahr, Gebührenerhöhungen der Kommunen usw.

Schließlich kommt die Erfahrung dazu, daß die abgeforderte Arbeitsleistung stark angezogen hat, ohne daß bei Löhnen und Gehältern ein entsprechender Ausgleich erfolgt wäre. Die Unternehmen melden in der aktuellen Konjunktur häufig Rekordumsätze, was sich bei den Belegschaften als Rekordbelastung niederschlägt. Alle diese Umstände, die die Arbeitskraft strapazieren und die Aufwendungen für ihre Wiederherstellung steigern, verlangen nach einer Ausgleichung bei den Löhnen und Gehältern.

Nun ist die tarifliche Lage schwierig.

Die IG Metall hat 1987 Lohn- und Gehaltstarife über drei Jahre abgeschlossen und mit der langen Laufzeit für Arbeitszeitverkürzung bezahlt. Andere Gewerkschaften sind der mehrjährigen Laufzeit gefolgt, so daß diese heute die Regel, einjährige Laufzeit dagegen die Ausnahme ist. Gegen Kritik an den drei Jahren wandten Vorstandsleute der IG Metall seinerzeit ein, abgerechnet werde erst am Schluß, und vielleicht stehe man 1990 besser da, als man momentan be-

gleich auf Jahre hinaus still gehalten wird nach dem Motto: Wir wissen doch selber, daß wir für Arbeitszeitverkürzung zugunsten von mehr Beschäftigung bei den Löhnen Opfer bringen müssen.

Die Kapitalistenverbände nutzen die Zeit zur Abklärung und Popularisierung einer Kampagne für „Lohnflexibilisierung“. Bei der Arbeitszeit haben sie schon erreicht, daß sich individuelle Arbeitszeiten an lange Betriebsnutzungszeiten anzupassen haben. Bei der rechtli-



Späth als Stargast auf dem IGM-Zukunftskongreß legte den Gewerkschaften „betriebsnahe Tarifpolitik“ nahe: „Entsprechend dem allgemeinen gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß ... muß auch die Gewerkschaftsbewegung sich in Struktur und Politik weg von vereinheitlichenden Lösungen hin zu differenzierten Handlungs- und Organisationsmustern entwickeln.“

fürchte. Heute, zur Halbzeit der drei Jahre, steht aber fest, daß die Kapitalisten und das bürgerliche Lager die Nutznießer sind, ökonomisch, politisch und ideologisch. Sie lassen die Belegschaften Produktionsschlächten schlagen und weisen die IG Metall kaltlächelnd auf die Friedenspflicht hin. Hoesch-Chef Rohwedder: „Die IG Metall wird nach meiner Überzeugung keinen Zweifel an ihrer Vertragstreue zulassen ...“ (1) Die Bundesregierung boxt Gesetze mit einschneidenden Belastungen für die Lohnabhängigen durch, ohne fürchten zu müssen, daß ihr schon bald die Rechnung aufgemacht und Tarifforderungen auf den Lohn gestellt werden.

Und schließlich erhält die Lohnstopp-Propaganda in ihren verschiedenen Varianten Spielraum. Sicher, die IG Metall und andere Gewerkschaften kritisieren Lafontaines Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Aber diese Kritik entwickelt wenig Kraft, wenn in der tarifpolitischen Praxis zu-

chen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses haben sie erreicht, daß sie je nach Geschäftsanfall in Ausleihe, befristet oder in Teilzeit einstellen können. Allein schon dadurch sind die Löhne und Gehälter flexibilisiert worden: Mehrarbeitszuschläge werden eingespart, Zeiten mit Einkommen wechseln mit Zeiten ohne Einkommen ab, das Lohn/Leistungsverhältnis wird auf Kosten der Beschäftigten verschoben. Hinzu kommt, daß die Differenzierung der Löhne und Gehälter größer geworden ist. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB teilt mit, daß die durchschnittlichen Jahresverdienste in den Arbeitsmarktreionen der BRD bis zu einem Verhältnis von 1:2 streuen. Ferner, daß die Differenzierung der Effektivverdienste in der Industrie sowohl unter den Arbeitern wie unter den Angestellten wie zwischen Angestellten und Arbeitern in DM-Beträgen gemessen gewachsen ist. (2)

Damit sind die Kapitalisten und ihre



Die Kritik der DGB-Aktionen im Oktober (Bild: Bremen) richtete sich auch gegen die finanzielle Belastung der Lohnabhängigen durch die Gesetzesvorhaben. Der Hinweis, daß dadurch den mehrjährigen Lohn tariffverträgen die Geschäftsgrundlage entzogen werde, war aber nur rhetorisch gemeint, nicht als Begründung von Tarifforderungen.

Verbände indes noch nicht zufrieden. In die Lohn- und Gehaltstarife selber soll eine Flexibilisierung nach Geschäftslage einziehen. Gesamtmetall hat das programmatisch formuliert: „Auch im Hochlohnland Bundesrepublik seien Arbeitsplätze zu sichern, wenn durch unternehmensbezogene Tariffsysteme die europäische Dimension für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik nicht aus den Augen verloren würde. Die Bundesrepublik habe im Binnenmarkt mit Spitzenlöhnen durchaus eine Chance, die Arbeitsplätze langfristig zu sichern, wenn die Lohnentwicklung besser mit dem wirtschaftlichen Erfolg des einzelnen Unternehmens verknüpft werde. Gesamtmetall werde Reformvorschläge machen, wie das Ziel flexibler Löhne im Rahmen des Tariffsystems verwirklicht werden könne ...“ (3)

Tarife mit flexiblen Löhnen — das meint nichts weniger als die Auflösung der Lohnstarife selber: Wenn je nach Geschäftsgang tariflich verschieden gezahlt werden kann, dann fällt der Tarif als Mindestlohn. Dann wird der Mindestlohn letzten Endes betrieblich ausgemacht, der Lohnstarif als kollektive Vereinbarung von Mindestbedingungen wäre kaputt.

Man hätte erwartet, daß die IG Metall diesem ersten Angriff auf ihrem Zukunftskongreß Ende Oktober entgegentritt. Dort wurden aber andere Signale ausgesendet. Edzard Reuter von Daimler-Benz, der sich an die Spitze der Lohnstopp-Propaganda gesetzt hat, und Lothar Späth waren als Referenten eingeladen. Sie kamen — dem Presseecho nach zu urteilen — nicht einmal schlecht weg. Franz Steinkühler hat dazu beige tragen mit einer programmatischen Rede, die eine Wendung der gewerkschaftlichen Politik, Organisation, Arbeitsmethoden usw. hin zu den Interes-

sen bessergestellter Lohnabhängiger als Maßstab begründete („Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler“). Für Probleme wie den Lohnstandard oder Beschränkung von Differenzierung und Flexibilisierung war da auf 25 Seiten Redetext kein Platz. Aber für Versprechen wie dieses im Hinblick auf weitere Arbeitszeitverkürzung: „Wir werden die Lage und Verteilung der Arbeitszeit noch flexibler ausgestalten, als wir das in der Vergangenheit bereits getan haben.“ (4) Bisher hatte es in der Strategiediskussion der IG Metall noch geheißen, in zukünftigen Tarifverträgen sollten „Eckpunkte“ vereinbart werden, die auf betrieblicher Ebene ausgefüllt werden sollen. Jetzt spricht Franz Steinkühler schon von „Bandbreiten“ in den Tarifverträgen. Das Moment von Beschränkung der Differenzierung und Flexibilisierung, das im Begriff der „Eckpunkte“ noch steckt, ist im Begriff der „Bandbreite“ schon aufgegeben.

Das „Spektrum des tarifpolitisch Notwendigen“ reichte bei Franz Steinkühler „von einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit über Qualifizierung, einer frauenfreundlichen Arbeitszeitgestaltung, die die vielfach vorhandene Doppelbelastung berücksichtigt (Teilzeit?, Verf.), bis hin zu gemeinsamen Entgelttarifverträgen“. Der Lohnstandard hatte in diesem Programm für die nächsten vielleicht drei, vier oder noch mehr Jahre nichts zu suchen.

Entsprechend hält sich die IG Metall mit der Unterstützung der betrieblichen Lohndiskussion und der Forderungen zurück. Bemerkungen, daß die Bundesregierung mit ihrer Politik den Lohn- und Gehaltstarifverträgen die Geschäftsgrundlage entziehe, waren nur als Warnung gemeint. Konsequenzen sind bisher nicht geplant.

Es ist aber doch so: Wenn sich die IG Metall nicht aktiv in die Lohndiskussion

einschaltet, dann werden die Kapitalisten versuchen, die betrieblichen Bestrebungen nach Lohnerhöhung abzufangen und die Lohnverhältnisse in den Unternehmen nach ihren Vorstellungen von Leistung, Differenzierung und Flexibilisierung zu gestalten. Sie werden ganz unzweifelhaft in wenigen Jahren eine Lage schaffen, wo es — wie heute schon bei der Arbeitszeit — nicht mehr gelingen wird, die zerfaserten Verhältnisse in einem Tarif zusammenzufügen. Wo sich die Dinge schließlich betrieblich entscheiden. Zu einer Stärkung gewerkschaftlicher Organisation kann das niemals führen.

Die IG Metall hätte deshalb guten Grund, die betrieblichen Bestrebungen für Lohnverbesserungen zu unterstützen, damit diese zu möglichst guten Ergebnissen für alle Teile der Belegschaften führen. Sie hätte auch guten Grund, aktuell eine Verbesserung tariflicher Lohnbestandteile zu betreiben, wenn schon wegen der Friedenspflicht nicht bei den Lohn- und Gehaltstarifen, so doch zum Beispiel bei den Tarifen zum Urlaubsgeld oder zum Weihnachtsgeld. Die können mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende gekündigt werden. So könnte für alle Beschäftigten, unabhängig von Betriebsgröße, aktueller Geschäftslage usw. eine Einkommensverbesserung erzielt werden. Zugunsten der befristet Beschäftigten könnte die Abschaffung der Staffelung des Weihnachtsgelds nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit verlangt werden, zugunsten der Teilzeitbeschäftigten eine Angleichung der Ansprüche an die Vollzeitbeschäftigten. Das wäre ein Beitrag zur Abwehr des Angriffs auf das Lohnstarifsystem.

Quellenhinweis: (1) WAZ 21.10.88; (2) WSI-Mitteilungen 10/88, S. 583, 621; (3) HBL 20.10.88; (4) Redemanuskript, herausgeg. von der IGM — (rok)

Eingangsbesoldung Rücknahme der Absenkung?

Ganze 30 Minuten Debatte waren am 29. September den Bundestagsabgeordneten die Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten und die Anträge der SPD-Fraktion zur Strukturreform des öffentlichen Dienstrechts sowie zum beschäftigungswirksamen Solidarbeitrag der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wert. Kann es deshalb nicht weiter verwundern, daß auf die Tatsache, daß in der Gesetzesvorlage der Bundesregierung die Arbeitszeitverkürzung ausgelassen ist, von keinem Redner der Opposition eingegangen wird? Stattdessen wurde von SPD und GRÜNEN viel über einen möglichen Solidarbeitrag der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit höherem Einkommen geredet.

Staatssekretär Spranger aus dem BMI legte einen Teil der Pläne der Bundesregierung zur „strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechtes“ dar. Am interessantesten davon ist die beabsichtigte Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung für Beamte, wovon ab 1.1.89 die Besoldungsgruppen A9 und A10 (sog. gehobener Dienst) und ab 1.1.90 die Besoldungsgruppen A11 und darüber (sog. höherer Dienst) profitieren würden. Nach dieser Richtlinie wurden seit 1984 Beamte bei Neueinstellung für drei bzw. vier Jahre eine Gehaltsstufe niedriger vergütet, was monatlich im geringsten Fall 200 Mark Verlust bedeutete. Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes kündigten daraufhin einseitig die Eingruppierungstarifverträge für Angestellte aus dem BAT auf, was dort zu noch höheren Einkommensverlusten führte. Es war deshalb ausdrückliche Forderung von ÖTV und DGB, daß diese Absenkung zurückgenommen wird.

Es wäre zwar verkehrt anzunehmen, daß die Rücknahme der Absenkung bei Beamten automatisch auch die Wiederherstellung des alten Zustandes bedeuten würde, jedoch trifft die Begründung des Staatssekretärs für die Aufhebung dieser Maßnahme, nämlich Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung in einigen Bereichen, auch für den Angestelltenbereich zu. Vor allem Beschäftigte in technischen Berufen sowie der sog. wissenschaftliche Nachwuchs kann in der Industrie wesentlich mehr verdienen bei geringerer Arbeitszeit.

Daß die Bundesregierung diese Maßnahme aber auch zur weiteren Spaltung der Beschäftigten benutzen will, zeigt folgende Äußerung des Staatssekretärs: „Die Entscheidung über die Einbeziehung der Lehrer des gehobenen Dienstes soll den Ländern überlassen bleiben, da insoweit fast ausschließlich deren Inter-

essen berührt sind.“ Betrachtet man diesen Angriff auf die Lehrer mit der von den anderen Beamten getrennt geführten Diskussion um die Übernahme der Arbeitszeitverkürzung, so werden die massiven Versuche der Bundesregierung immer deutlicher, den Standard des „Lehrerdaseins“ zu senken. Es ist aber unter den Beamten in letzter Zeit gerade die GEW, die für Arbeitszeitverkürzung mobilisiert. Auf diesen „Deal“, Rücknahme der Eingangsbesoldung gegen „Einmachen“ der Lehrer, dürfen sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht einlassen. Es an der Zeit, daß sich die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zusammentun. Im übrigen ist noch nichts beschlossen. — (har)

Niedersachsen

Skandalregierung? Reaktion punktet

Fallschirmjäger schwebten zum 60. mit Niedersachsenfahne ein, 4000 Gäste mußten zum Teil stundenlang warten, um die mitgebrachten Präsente darzubringen. Zwischendrin offenbar auch ein Goldjeton des späteren Glücksspielbankrotteurs Felsenstein. U.a. das Verschweigen dieses Goldplättchens vor dem Spielbankenausschuß des Landtags waren nun der Anlaß, warum Wilfried Hasselmann, Innenminister, vom Amt



Verloren hat Albrecht nicht

zurücktreten mußte. Mangelnde Spielbankenaufsicht, kriminelle Machenschaften bei der Polizei — Skandal über Skandal, ruft die SPD und versucht zu vorgezogenen Landtagswahlen zu kommen. Derweil nimmt Ernst Albrecht Figuren mit „erdverwachsenem“ Stallgeruch in seine Regierung. Hasselmann bleibt CDU-Vorsitzender und er selbst

kandidiert wieder zum Ministerpräsidenten. Mehr eine Durchhaltetruppe, die keineswegs einen unzuversichtlichen Eindruck erweckt.

Skandale der Landesregierung sind nichts originelles. Erschreckend hingegen ist, daß nicht die Kritik reaktionärer Regierungstätigkeit, sondern die Zielvorgaben der Kapitalisten nahezu unkritisiert in die politische Willensbildung auch der Parlamentsopposition eingehen. „Fast Punkt für Punkt die gleichen Denksätze“ wie die der CDU enthielten die SPD-Anträge, stellt der jetzige CDU-Innenminister Stock fest. Gerhard Schröder, Ministerpräsidentenkandidat der SPD, nennt seine Programmkernpunkte: Modernisierungs-Offensive, Zimmerung einer „norddeutschen Gemeinschaft“, „Öffnung“ Niedersachsens nach Norden und Osten. Hinzu soll ein Sponsorprogramm für wissenschaftliche Kräfte kommen. Bezüglich Verbiligungsmaßnahmen für Arbeitskraft hat Schröder ebenfalls Bereitschaft signalisiert. Die Grünen im Landtag phantasierten von einem — (hoffentlich) programmatisch ungedeckten — Bündnis mit der SPD. Für ein Expansionskonzept Nord-Ostsee-Elbe-Öko-Großraum bieten allerdings auch die Grünen Ansatzpunkte.

Derweil kann die FDP ihre Position festigen. Nicht nur mit einem neuen Staatssekretär im Innenministerium. Gegen den CDU-Filz erscheint sie als Korrektor. Die Landes-FDP und sicher auch Graf Lambsdorff im VW-Aufsichtsrat fordern für reibungslosere Kapitalverschiebung den Verkauf des Landesanteils am VW-Kapital. Für Koalitionsangebote zwecks Regierungsmehrheit müßte da doch was zu machen sein. Wer immer die „Skandalkampagne“ auch angeschoben hat, die Resultate dürften Billigung in den niedersächsischen Konzernzentralen finden. — (gka. mal)

Kohl in Moskau

Aufweichung des Status quo?

Das bürgerliche Lager ist mit den Ergebnissen von Kohls Moskau-Besuch zufrieden. Der Bund der Vertriebenen lobte Kohls Rede beim Abendessen im Kreml. Diese habe „vor der Geschichte und vor unserem Grundgesetz Bestand“ (1). Tatsächlich hat sich Kohl auf diesem Abendessen wie auch bei anderen Auftritten während seines Besuchs auffällig viel herausgenommen. Für „die vielen Deutschen“ in der Sowjetunion verlangte er „gesicherte kulturelle Rechte und freie Religionsausübung“. Er kritisierte „die starke Überlegenheit des Warschauer Paktes bei den nuklearen Kurzstreckenraketen“ und verlangte von der UdSSR, „das schwerwiegende Ungleichgewicht auf konventionellem Ge-

biet“ durch Rückzug ihrer Truppen aus der DDR und den umliegenden Staaten zu beseitigen. Er kündigte der SU eine aggressive Ostpolitik der EG an: „Denn wir verlieren bei aller Genugtuung über die immer engere europäische Integration nicht das ganze Europa aus den Augen“. Er propagierte frech „eine europäische Friedensordnung, die alle Europäer in gemeinsamer Freiheit zusammenführt und die Verbundenheit mit den nordamerikanischen Demokratien einschließt“ — also eine Art NATO bis zum Ural. Schließlich konnte er sich herausnehmen, die Auslöschung der DDR durch Annektion offen als Hauptziel westdeutscher Außenpolitik zu propagieren: „In diesem Prozeß, der die alten Wunden unseres Kontinents heilen und seine Menschen zusammenführen soll, muß es auch für die Deutschen möglich werden, die Teilung ihres Vaterlandes friedlich zu überwinden ... Diese Teilung ist widernatürlich. Der Zusammenhalt der Deutschen ist eine geschichtliche und menschliche Realität, an der die Politik nicht vorbei kann.“ (2)

Noch vor knapp einem Jahr hatte Bundespräsident von Weizsäcker auf solche revanchistischen Provokationen eine schroffe Antwort bekommen, eine Warnung vor Provokationen in Westberlin einstecken müssen und vom sowjetischen Staatsoberhaupt Gromyko eine Liste von in der SU gesuchten deutschen Kriegsverbrechern entgegennehmen müssen. Diesmal fiel die sowjetische Reaktion auf solche Provokationen offenbar deutlich gedämpfter aus.

In Kreisen der Bundesregierung spekuliert man darauf, daß die UdSSR an engeren Beziehungen mit Westeuropa interessiert ist. Das Kalkül ist, daß starke Kräfte in der Sowjetunion, vor allem die leitende, kopfarbeitende Klasse in Produktion und Verwaltung, eine Annäherung an den westlichen Lebensstandard wünscht. Diese vermutete innere Lage in der SU und in anderen Staaten Osteuropas sowie die durch den anhaltenden „Aussiedlerboom“ zunehmenden Möglichkeiten zum Aufbau von Geheimdienst- und anderen revanchistischen Verbindungen in die Staaten Osteuropas

(„Aussiedler X kennt unzufriedenen Onkel im Staatsdienst von Y“) will man für eine prowestliche Änderung des Status quo in Europa, für die weitere Isolierung der DDR und für die Unterminierung jeder Abgrenzung der Staaten Osteuropas gegenüber westlicher Einmischung und Erpressung nutzen. Schon jetzt dient die sowjetische Formel vom „gemeinsamen Haus Europa“ Kohl, Thatcher und anderen vor allem zur Verstärkung des Drucks auf die DDR. Dabei verlangt die Bundesregierung offen eine Führungsrolle im Bündnis. Wenige Tage nach Kohls Rückkehr verkündete Genscher in Bremen vor der deutsch-sowjetischen Gesellschaft, „die Deutschen (seien) zur Vertrauensbildung zwischen West und Ost in besonderer Weise berufen“, und ergänzte: „Und wir sagen mit allem Ernst, daß uns diese Verantwortung nichts und niemand in der Welt abnehmen kann.“ (3)

Quellenhinweis: (1) Deutscher Ostdienst, 27.10.88; (2) Pressemitteilung der Bundesregierung, 24.10.; (3) Pressemitteilung des AA, 27.10.88 — (rül)

HBV-Gewerkschaftstag vom 30.10. — 4.11.1988

Geschlossen gegen ungeschützte Arbeitsbedingungen

Der HBV-Gewerkschaftstag in Essen beeindruckte durch seine gegenüber dem letzten Gewerkschaftstag stark gewachsene Entschlossenheit, den Flexibilisierungsbestrebungen der Kapitalistenverbände und der Bundesregierung entgegenzutreten und Mindestarbeitsbedingungen zu verteidigen.

So wurde zur gesetzlichen Arbeitszeitordnung beschlossen: „Festschreibung der 40-Stunden-Woche als gesetzliche

Obergrenze der Arbeitszeit verteilt auf acht Stunden an fünf Werktagen ... Ausdehnung des Nachtarbeitsverbotes auf alle Arbeitnehmer/innen, da Nachtarbeit nichtreparabile gesundheitliche Beeinträchtigungen bedeutet. Dort, wo sie unumgänglich ist, müssen die Bedingungen verbessert werden ... Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit bei Ausnahmen, die enger zu fassen sind, als die bisherigen Ausnahmeregelungen.“ (A

140) Zum Verhältnis Arbeitszeitverkürzung und Lohnpolitik: „... weist der Gewerkschaftstag die Einzelhandels- und Großhandelsarbeitskommissionen darauf hin, die besondere Situation in diesen Bereichen des privaten Dienstleistungsgewerbes entsprechend zu berücksichtigen. Anders als in anderen Tarifbereichen reicht das tariflich vereinbarte Entgelt im Einzel- und Großhandel in vielen Fällen nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz der Arbeitnehmer-Familien zu sichern. Eine in anderen Branchen noch hinnehmbare geringere prozentuale Steigerung der Gehälter und Löhne, oder eine längere Laufzeit solcher Tarifverträge im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung, gefährdet im Einzel- und Großhandel die Existenz der Arbeitnehmer-Familien.“ (A 172) Zur Teilzeitbeschäftigung: „Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten in den Geltungsbereich aller Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen; Gleichstellung bei allen tariflichen und betrieblichen Leistungen mit Vollzeitbeschäftigten ... Mindestbeschäftigung pro Woche 20 Stunden und ... vier Stunden pro Tag ...“ (A 181)

Die Verteidigung des 18.30-Uhr-Ladenschlusses gegen das Gesetz zum Dienstleistungsabend wurde zur Hauptaufgabe der Gewerkschaft in den nächsten Monaten erklärt. Der neugewählte Vorsitzende, Lorenz Schwegler, bisher für die Bereiche Banken und Versicherungen zuständig, rief dazu auf, die Diskriminierung vor allem der Frauen im Einzelhandel zu einem „Volksthema“ zu machen. „Für uns geht ... der Kampf weiter zur Verteidigung des freien Samstags, wo wir ihn haben, und zur Zurückdrängung des Arbeitssamstags.



Der Delegierte Paul Michalowicz überreichte dem HBV-Vorsitzenden eine 42er-Schraube mit zwei Muttern als Symbol der Verbundenheit von Kolleginnen und Kollegen, Deutschen und Ausländern, Beschäftigten und Arbeitslosen.

Internationale Solidarität gegen Standortinteressen

Der HBV-Gewerkschaftstag spendete über 12000,- DM für die südafrikanische Handelsgewerkschaft CCAWUSA und drei weitere Schwestergewerkschaften in Azania. Weitere 8000,- DM wurden für die Opfer des Wirbelsturms in Nicaragua aufgebracht. Es folgen Auszüge aus Anträgen zum Themenblock Internationales:

Betreff: Südafrika

„... Der Gewerkschaftstag fordert alle Kolleginnen und Kollegen zum totalen Boykott südafrikanischer Waren auf. Entsprechende Aufklärung über gewerkschaftliche Publikationen sind durchzuführen. Weiterhin müssen wir noch stärker die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen in Südafrika unterstützen ...

Herstellen von Betriebsöffentlichkeit auf Betriebsversammlungen, Vertrauensleute- und Betriebsgruppensitzungen; Darstellung des Themas in Betriebsgruppenzeitungen und speziellen Publikationen; Durchführung von Solidaritätsveranstaltungen durch die Vertrauensleute/Betriebsgruppen; Vertrauensleute, Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten wirken auf die Geschäftsleitungen ein, den Verkauf südafrikanischer Waren einzustellen; Die Abteilung Internationales beim Hauptvorstand organisiert Adressen und Kontakte zwecks Unterstützung engagierter, jetzt inhaftierter oder gebannter Gewerkschafter unserer Schwestergewerkschaft CCAWUSA und stellte sie den jeweiligen Frauen-

ausschüssen der BV'en und LB'en zur Verfügung, z.B. zur Übernahme von Patenschaften.“ (A 134)

Betreff: Beteiligung der DGB-Gewerkschaften an der „Nationalen Europakonferenz“ der Bundesregierung

„... Der Gewerkschaftstag fordert den HBV-Hauptvorstand auf, dafür einzutreten, daß der DGB in der geplanten ‚Nationalen Europakonferenz‘ der Bundesregierung die gemeinsamen Positionen aller westeuropäischen Gewerkschaften vertritt. Zur Entwicklung dieser gemeinsamen Positionen ist eine verstärkte gegenseitige Abstimmung mit allen Gewerkschaften in Westeuropa erforderlich. Begründung: Nach einem Treffen zwischen DGB-Vorsitzenden Breit und BDA-Präsident Murmann am 20.9.1988 erklärten diese, daß die deutschen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften mit gemeinsamen Positionen in die von Bundeskanzler Helmut Kohl anberaumte nationale Europakonferenz über den europäischen Binnenmarkt gehen wollen. Man würde sich in gegenseitiger Abstimmung auf die Konferenz vorbereiten (Quelle: Handelsblatt vom 21.9.1988).

Der HBV-Gewerkschaftstag sieht auch in der Frage des EG-Binnenmarktes keinen Grund, die von den Gewerkschaften abgelehnte ‚Konzertierte Aktion‘ wieder aufleben zu lassen. Im Gegenteil: Die Pläne der Arbeitgeberverbände und der von ihnen vertretenen Großkonzerne und Großbanken mit dem Ziel des Abbaus sozialer und demokratischer Rechte anlässlich der Installierung des EG-Binnenmarktes sind Grund genug, sich endlich mit allen europäischen Gewerkschaften

enger abzustimmen, gemeinsame Positionen zu entwickeln und diese gegenüber Regierungen und EG-Kommission zu vertreten.

Erinnert sei an die in der Bundesrepublik mit Berufung auf den Binnenmarkt bereits begonnenen Verschlechterungen ...

Erinnert sei weiterhin an die rasante Aufkaufwelle, mit der deutsche Konzerne und Banken ganz Europa überziehen: Kauf oder Beteiligungen der Deutschen Bank an italienischen, portugiesischen und englischen Banken; Übernahme des spanischen Automobilkonzerns Seat durch VW und geplante Reduzierung der Seat-Belegschaft bis 1990 von 32.000 auf 19.000.

Erinnert sei daran, daß die Bundesrepublik keineswegs in allen sozialen oder arbeitsrechtlichen Belangen vorbildlich ist: Die Bundesrepublik hat von 166 Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO nur 66 bisher anerkannt. Das öffentliche Dienstrecht der Bundesrepublik ist eines der reaktionärsten Gesetzeswerke in ganz Westeuropa. Das Wort „Berufsverbot“ ist als deutsches Fremdwort in den internationalen Wortschatz eingegangen. In der Ausbreitung von Nacht- und Schichtarbeit ist die Bundesrepublik Europameister. Während es noch Länder in Europa mit Mehrwertsteuerbefreiung auf Güter des Grundbedarfs und hohen Steuern auf Luxusgütern gibt, soll diese indirekte Steuer zu Ungunsten der Lohnabhängigen „harmonisiert“ werden ...“ (IA 49)

wo wir dies noch nicht erreicht haben.“

Dennoch besteht die Gefahr, daß in der Umsetzung der Gewerkschaftsbeschlüsse sich die vor allem von der Sozialdemokratie vertretene Politik der Verteidigung von Standortinteressen der Konzerne durchsetzt. Der SPD-Vorsitzende Vogel brachte diese Interessen in seinem Grußwort auf folgende Formel: „Wir sind auch für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik ... Das Kapital kann sich in Europa und weltweit seine Standorte suchen und kann dorthin gehen, wohin es möchte. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Geschlagenen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit wirklich verloren gehen sollte. Sie können nämlich nicht nach Südkorea, nach Singapur oder sonstwohin gehen. Deswegen ist es gerade das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, daß der Standort Bundesrepublik nicht heruntergeredet wird, sondern seine wirtschaftliche Stärke behält. Die haben wir ja weiß Gott.“ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle Beifall.

Seinen Ausdruck findet die Politik der „Standortsicherung“ in den Vereinba-

rungen von HBV mit verschiedenen Konzernen des Einzelhandels über die Festschreibung des 18.30-Uhr-Ladenschlusses in 1989. In all diesen Vereinbarungen heißt es unter Punkt 2: „Die Gewerkschaft HBV erklärt ihre Bereitschaft, wenn dies aus Wettbewerbsgründen erforderlich ist, mit den zuständigen Betriebsräten und der Unternehmensleitung unverzüglich in Verhandlungen über Abweichungen im Einzelfall von diesem Grundsatz einzutreten.“ Der umstrittene Haustarifabschluß beim Beamtenheimstättenwerk BHW und seine Umsetzung im Wechsel einer neunstündigen und einer fünfständigen Schichtwoche wurde ebenfalls mit Standortinteressen begründet: „(die Beschäftigten des BHW) ... sind dankbar für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze ... und sie haben ... aufgeatmet, daß an der Stelle einer ungewissen Zukunft im strukturschwachen Gebiet von Hameln jetzt klare und positive Beschäftigungsperspektiven für sie getreten sind.“ (Lorenz Schwegler)

Bündnispolitische Probleme gibt es nicht nur mit der „offiziellen“ Sozialdemokratie sondern auch mit den Mit-

gliedern, die durch Ausbildung, Stellung im Arbeitsprozeß und Entlohnung deutlich von Verkäuferinnen oder einfachen SachbearbeiterInnen abgegrenzt werden können. Daß hier Interessengegensätze innerhalb der Gewerkschaft ausgetragen werden müssen, zeigte die lange Debatte um die Teilzeitarbeit. Werden in den Anträgen zur betrieblichen und innergewerkschaftlichen Frauenförderung noch die gemeinsamen Interessen aller lohnabhängigen Frauen betont, so wurden in diesem Punkt gegensätzliche Interessenlagen zwischen Frauen aus dem Einzelhandel und aus dem Bankgewerbe deutlich: Werden die einen durch die Kapitalisten zu intensivster Teilzeitarbeit genötigt, so drängen die anderen bei entsprechender materieller Ausstattung selbst zur Teilzeitarbeit und müssen diese erst gegen die Arbeitgeber durchsetzen.

Quellenhinweis: Anträge und Entschlüsse an den 12. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstag in Essen mit den Empfehlungen der Antragskommission, Protokolle des Gewerkschaftstags vom 30.10. bis zum 3.11.1988. Die zitierten Anträge werden ab der Nr. 24 der „Berichte aus dem dem Dienstleistungsgewerbe“ veröffentlicht – (gst, AGD)

Gesundheits-Reform-Gesetz

Weitere Forderungen der Kapitalisten aufgenommen

Während lautstarke Proteste gegen das Gesundheits-Reform-Gesetz (GRG) die öffentliche Diskussion bestimmten, meldete sich die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) eher still zu Wort, dafür aber mit umso größerer Wirkung, wie die anschließenden Ereignisse zeigten.

BDA-Präsident Murmann appellierte am 13. September, das Gesundheits-Reform-Gesetz nicht in der vorliegenden Form zu verabschieden. Mit dem Gesetz werde eine Kostensenkung nicht erreicht. Nach Ansicht des BDA sollten die geplanten Festbeträge für Arznei-, sowie Heil- und Hilfsmittel, die keine Zuzahlung der Versicherten erfordern, „überdacht werden“. Verstärkt werden solle vielmehr die Selbstbeteiligung der Patienten. Die Einführung einer verbesserten Leistung für häusliche Pflege solle verschoben und neu konzipiert werden.

menten wird ergänzt durch eine drastische Erhöhung der „Selbstbeteiligung“ für alle Medikamente, für die keine Festbeträge festgesetzt sind. Gegenwärtig beträgt die „Selbstbeteiligung“ 2 DM pro verordnete Arznei, ab 1.1.1989 wird diese „Selbstbeteiligung“ auf 3 DM erhöht, ab 1992 soll sie 15% betragen, höchstens 15 DM. Eine Erhöhung der „Selbstbeteiligung“ um 750% wird so möglich.

Beim Zahnersatz hat die Regierungskoalition die Umstellung vom Sachleistungsprinzip auf das Kostenerstattungsprinzip bestätigt. Darüberhinaus hat sie aber das Höchstmaß der Kostenerstattung auf 60% reduziert, so daß zukünftig 40% der Kosten der Zahnbehandlung auf alle Fälle vom Versicherten aus eigener Tasche gezahlt werden müssen. Kann der Versicherte nicht nachweisen, daß er regelmäßig einen Zahnarzt zur Vorsorge

von Krankenhausbehandlung einzuschränken. Ganz im Sinne der BDA besteht deshalb die FDP darauf, die nächste Stufe der Pflegeleistungen — Finanzierung einer Pflegestunde pro Tag, mit Höchstkosten von 750 DM je Monat für die Kassen — erst einzuführen, wenn Einsparserfolge realisiert worden sind, sprich: wenn sogenannte „Pflegefälle“ aus den Krankenhäusern verbannt sind.

Krankenhäuser noch mehr strangulieren

Prompt reagierte die Bonner Koalition auch auf die Forderung des BDA, die Krankenhausbehandlung drastischer einzuschränken. Vom 1. Januar 1991 an soll für die ersten 14 Tage der stationären Behandlung eine Selbstbeteiligung in Höhe von 10 DM je Tag bezahlt werden müssen. Gegenwärtig beträgt die Zuzahlung 5 DM.

Darüberhinaus wurde bestätigt, daß über das Budget der Krankenhäuser nicht mehr auf örtlicher Ebene verhandelt wird, sondern die Landesverbände der Krankenkassen mit ihrer geballten Kraft die Kosten für Krankenhausbehandlung drücken sollen. Noch für diesen Herbst ist ein Bericht über die Erfahrungen mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz und der neuen Bundespflegeverordnung angekündigt, auf dessen Grundlage die „Gesundheitsreform“ unverzüglich fortgesetzt werden soll, wie der BDA es fordert.

Lohnfortzahlung soll unterlaufen werden

Zwischendurch wurde im Gesetzentwurf offen von der Teilarbeitsfähigkeit gesprochen, inzwischen wird dieser Tatbestand als „stufenweise Wiedereingliederung“ in den Arbeitsprozeß nach Krankheit umschrieben. Der Kapitalist braucht dann nicht mehr für die gesamte Krankheitsdauer Lohnfortzahlung zu gewähren, ohne Arbeitsleistung einfordern zu können, sondern kann Arbeitsleistung bereits wieder vor vollständiger Gesundung einfordern.

Ein anderes Beispiel: Zunächst als Modellversuch — später generell — soll die Möglichkeit einer Beitragsrückerstattung im Recht der Gesetzlichen Krankenversicherung verankert werden. Vorgesehen ist die Rückzahlung von bis zu einem Monatsbeitrag soweit die Ausgaben der Krankenkasse für den Versicherten weniger als einen Monatsbeitrag (derzeit zwischen 400 und 680 DM) erreichen. Das Ergebnis wird sein, wer eben noch kriechen kann, wird die Arztpraxis meiden, wird in der Hoffnung auf die Beitragsrückerstattung bei Krankheit lieber ein paar Urlaubstage nehmen.

Das ganze Gesetzesvorhaben läuft darauf hinaus, alle Arbeitskraft — gesund oder krank — für die Profitproduktion zu mobilisieren. Wer endgültig zu krank ist, um den Bedürfnissen der Profitproduktion zu entsprechen, wird in den Dreck getreten. — (kar)



Nach der Verabschiedung des Gesetzes müsse die Gesundheitsreform unverzüglich fortgesetzt werden. Dann müßten die bislang ausgesparten Bereiche der Krankenhausversorgung — zum Beispiel durch eine Stärkung der Krankenkassenposition gegenüber den Krankenhäusern — und die Organisation der Krankenversicherung angepackt werden.

Auf diese Forderungen reagierte die Bonner Regierungskoalition umgehend. In einem Koalitionsgespräch unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl wurden weitere Verschärfungen des Gesundheits-Reform-Gesetzes vereinbart.

„Selbstbeteiligung“ nochmals verschärft

So wurde entschieden, daß für Heilmittel (Bäder, Massagen) keine Festbeträge eingeführt werden. Anstatt dessen soll die bisherige „Selbstbeteiligung“ von derzeit 4 DM pro Verordnung auf 10 Prozent der Kosten erhöht werden.

Die Festbetragsregelung für Medika-

aufgesucht hat, werden gar nur 50% erstattet.

Die neue Regelung zur Verordnung von Brillen wird ebenfalls eine höhere „Selbstbeteiligung“ bewirken. Danach kann eine Brille nicht mehr alle drei Jahre, sondern nur noch dann auf Kassenkosten verordnet werden, wenn die Sehkraft sich um mindestens 0,5 Dioptrien verändert hat.

Zuhause pflegen Kosten nicht ersetzen

Die Regierungskoalition hat zwar daran festgehalten, daß die Kassen für die Pflege von schwer- und schwerstpflegebedürftigen Patienten jährlich für einmal vier Wochen eine Pflegekraft finanzieren. Die Kasse darf dafür jedoch höchstens 1800 DM ausgeben. Eine ausgebildete Krankenpflegekraft ist dafür aber nicht zu bekommen, an schlimmste Arbeitsverhältnisse ist offensichtlich gedacht. Entscheidend aber ist, daß diese Regelung bewirken soll, die Gewährung

Aus Stellungnahmen zum Gesundheits-Reformgesetz

Kanzler Kohl an Hartmannbund

Mit Blick auf die jüngste Plakataktion stelle ich bedauernd fest, daß der Vorstand des Hartmannbundes in seiner Öffentlichkeitsarbeit in unerträglicher Weise die Absichten der Bundesregierung verfälscht ... Ich wende mich nicht dagegen, daß der Hartmannbund Kritik am Entwurf eines Gesundheitsreform-Gesetzes übt. Ich begrüße auch, daß sich der Verband für die Belange der Patienten einsetzt. Aber ich halte es für einen Skandal, wenn die Vertrauensstellung des Arztes gegenüber dem Patienten mißbraucht werden soll, um mit Hilfe falscher beziehungsweise irreführender Behauptungen verbandspolitische Interessen durchzusetzen. Die versuchte Politisierung der Wartezimmer ist nach meiner Überzeugung mit der Würde und dem Ethos des Arztes unvereinbar.

Schreiben des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl an den Hartmannbund; zit. nach: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 131/S. 1185, 14.10.1988

Zentralkomitee der Deutschen Katholiken

An die Beteiligten im Gesundheitswesen ist ... die Forderung zu richten, im Interesse aller ihrer Mitverantwortung für die Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens gerecht zu werden. An die Strukturreform ist die Erwartung zu richten, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, daß alle Beteiligten nicht nur diesem Ziel verpflichtet werden, sondern ihren jeweils notwendigen Beitrag hierzu leisten.

Ein entscheidender Schritt, diesem Ziel näher zu kommen, liegt darin, dem Subsidiaritätsprinzip stärker Geltung zu verschaffen ... Die Verwirklichung des Gemeinwohls verlangt, daß jeder ein Stück Eigeninteresse zurücknimmt ...

Nicht allen Ausgaben im Gesundheitswesen steht auch ein entsprechender Nutzen gegenüber. Das System ist weder für Versicherte und Patienten noch für Leistungsanbieter kostentransparent. Es fehlen Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten. Anspruchsdenken und mißbräuchliche Ausnutzung tragen zusätzlich dazu bei, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu beeinträchtigen.

ZdK, Mitteilungen 312/88, 12. Oktober 1988

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Die Hauptversammlung bejaht den Einstieg in die Kostenersatzung, in die Individual-Prophylaxe und das Belohnungsprinzip. Sie warnt jedoch davor, richtige Grundsätze durch unsinnige Ausführungsbestimmungen zu pervertieren und undurchführbar zu machen. Mehr Selbstverantwortung und Selbststeuerung kann und muß zu einem Abbau von Dirigismus führen. Noch mehr Kontrollinstrumente einer anonymen Bürokratie, wie Datensteuerung und Medizinischer Dienst, würden auch die wenigen gesundheitspolitisch richtigen Ansätze des GRG erdrücken.

Beschluß Nr. 1 der Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte; zitiert nach: DFZ 10/88 S. 16

Kassenärztliche Bundesvereinigung

Stellt die Vertreterversammlung heute fest, daß auch der Regierungsentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen der Zielsetzung und dem Anspruch einer vernünftigen Strukturreform nicht gerecht wird und insbesondere eine Lösung der die gesetzliche Krankenversicherung finanziell besonders belastende Probleme

- der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen,
- der Finanzierbarkeit der Krankenversicherung der Rentner,
- der Überkapazitäten durch weiterhin steigende Zahlen bei Ärzten, Zahnärzten, Apothekern und den Heilhilfsberufen

und

— der weiterhin steigenden Ausgaben im Bereich der stationären Krankenhausbehandlung nicht enthält ... Insbesondere die neue und in ihren Auswirkungen unabsehbare Kostenbelastung durch den Beitrag der gesetzlichen Krankenversicherung zur Absicherung des sozialen Risikos der Pflegebedürftigkeit ist mit dem Grundsatz der Beitragsstabilität nicht zu vereinbaren ...

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung lehnt die Übertragung weiterer Aufgaben aus der ambulanten Krankenversorgung an Krankenhäuser oder andere Institutionen ab, weil damit weder medizinische Vorteile für die Patienten noch wirtschaftliche Vorteile für die Krankenkassen verbunden sind. Die freie Arztwahl der Patienten wird so unterlaufen und die klare Verantwortung des behandelnden Kassenarztes für seine Patienten wird in Frage gestellt.

Resolution der KBV-Vertreterversammlung zur Strukturreform im Gesundheitswesen, 9. Mai 1988; zit. nach: Deutsches Ärzteblatt 85, Heft 20 v. 19. Mai 1988

Oppositionelle Ärzte

Eine Reform der Strukturen des Gesundheitswesens ist dringend erforderlich. Der jetzt vorliegende Regierungsentwurf geht jedoch von falschen Voraussetzungen aus und verschärft die Probleme, anstatt sie zu lösen. Er hat zum Inhalt die weitere Aushöhlung des Solidarprinzips, die zusätzliche Belastung der sozial schwachen und die Erhaltung überkommener und ungeeigneter Strukturen der gesundheitlichen Versorgung. Er geht aus von der längst widerlegten Ideologie der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen und leugnet die planmäßige Herbeiführung der Finanzkrise der GKV durch die sogenannten „Kostendämpfungsgesetze“. Diese bedeuten in Wirklichkeit finanzielle Belastung der Versicherten und Entlastung der Arbeitgeber von sogenannten „Lohnnebenkosten“ sowie Entlastung des Bundeshaushaltes und reißen sich somit ein in eine Politik des Sozialabbaus ...

Entschließungsantrag der oppositionellen Delegierten auf dem 91. Ärztetag; zitiert nach: Demokratisches Gesundheitswesen 6/88. (Der Antrag wurde von etwa 90 Prozent der Delegierten abgelehnt).

Deutsche Krankenhausgesellschaft

Entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten Meinung ist der Krankenhausbereich durch das Reformgesetz schwer betroffen. Die Krankenhäuser sollen bei unveränderten und ständig steigenden Lasten und Leistungen einen Einsparbeitrag von 1,57 Mrd. jährlich zur Kostendämpfung beitragen. Davon sollen bereits 1990 400 Mio. DM, 1991 800 Mio. DM und ab 1992 der volle Betrag realisiert werden.

Da die Krankenhausaussgaben zu 70 Prozent auf Personalkosten entfallen, müßten folglich auch Personalkosten, d.h. Stellen reduziert werden. Dies erscheint unrealistisch ...

Insgesamt ist das Reformkonzept gekennzeichnet durch eine starke landeszentralistische Kompetenzausweitung zugunsten der Kassenverbände, die ihnen eine landesweite, quasi parastaatlische Kontrollfunktion über das Krankenhauswesen und das einzelne Krankenhaus überträgt.

Stellungnahme der DKG zum Regierungsentwurf des Gesundheits-Reformgesetzes (GRG); zit. nach: das Krankenhaus 6/1988

Reichsbund

Der Reichsbund wendet sich mit Entschiedenheit gegen eine Gesetzesinitiative, die vorrangig die Kranken, Behinderten und älteren Mitmenschen belastet ... Dieser weitere Abbau von erforderlichen Leistungen darf nicht verwirklicht werden. Durch diese Neuregelungen würden die durch Krankheit Betroffenen (vorrangig chronisch Kranke, Behinderte und ältere Mitbürger) für eine Entwicklung bestraft, für die sie nicht verantwortlich sind.

Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V., Info-Blatt 1 Mai 1988

Philippinen

Bataan-Exportproduktionszone: BRD-Unternehmen kein Vorbild

Mit der Überschrift „Deutsche schließen eine Fabrik in Bataan“ berichtete die philippinische Tageszeitung „Philippine Daily Inquirer“ am 27. Juli 1988 über ein BRD-Unternehmen, das wegen wilder Streiks die Produktion in der Bataan-Exportproduktionszone einstellen und sie in die Volksrepublik China verlagern will. Wegen des Streiks, der nach Meinung der Firmenleitung aus nichtigen, nicht-streikfähigen Gründen geführt werde und somit illegal sei, seien ausländische Aufträge sowie Rohstoffe bereits an das Zweigunternehmen in China wei-

Unternehmensleitung behauptet, sondern sie war schon lange geplant. Das BRD-Management hatte den Beschäftigten bereits vor den Entlassungen mitgeteilt, daß ihre Arbeitskraft zu teuer sei und deshalb die Firma nach China gehen werde. Dort müsse lediglich DM 2,70 Tageslohn statt der tariflich vereinbarten DM 7,90 in Bataan gezahlt werden.

Der Betrieb, der Mäntel und Westen für den Export produziert und rund 600 Beschäftigte hat, steht also seit Monaten still, die Türen sind verriegelt. Außer den Streikenden sind auf dem Betriebs-

ter dem Fabrikgebäude befindet sich die „Streikküche“, eine offene Feuerstelle. Die Mahlzeiten werden gemeinsam gekocht — meistens der billigste Reis, und wenn in der Gemeinschaftskasse noch Geld übrig ist, gibt es ein Stück Fisch dazu. Das Wasser wird aus der firmeneigenen Wasserleitung gezapft.

Mit ihrem Streik wollen die Arbeiterinnen verhindern, daß die Maschinen aus der Fabrik wegtransportiert werden. Ihre Forderung, daß die Entlassenen wieder eingestellt und die Produktion fortgesetzt wird, ist nach der philippinischen Rechtslage keine Sache für ein Arbeitsgerichtsverfahren. So ist der Streik das einzige Kampfmittel, das sie haben, um ihre Forderungen durchzusetzen. Völlig offen war im August die Frage, ob die gesamte Produktion in die VR China verlagert werden soll, oder ob es sich bei dem Unternehmervorhaben um eine beabsichtigte Zerschlagung der Betriebsgewerkschaft handelt, wie die Arbeiterinnen vermuten.

Der Unternehmer Büttel, dem nach Aussagen der Streikenden die Maschinen gehören sollen — im Gegensatz zu den meisten anderen Betrieben in der Exportzone, die ihre Maschinen von der Regierung bzw. von der Nationalbank gepachtet haben — hat sich auf und davon gemacht und soll sich in der BRD aufhalten. Offensichtlich hat er genug an der Ausbeutung seiner Arbeiterinnen — sie beklagen sich u.a. über die ungesunden und schlechten Arbeitsbedingungen — und den von der Regierung gewährten optimalen Produktionsmöglichkeiten verdient, weil er die Maschinen längere Zeit still stehen läßt.

Die Arbeiterinnen sind aber trotzdem entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen. Von ihrer Gewerkschaft erhalten sie eine geringe Streikunterstützung. Gelegentlich bekommen sie auch Unterstützung von den anderen Beschäftigten in der Exportproduktionszone, falls diese selbst gerade nicht streiken. Auch die zwei anderen dort ansässigen deutschen Unternehmen machen von sich reden.

Die Monasteria Knitting Inc. (Besitzer: Stefan Ostermayer), die rd. 300 Leute beschäftigt und Strickwaren für den Export herstellt, wurde im Sommer 1988 bestreikt, weil die Verhandlungen über den Tarifvertrag in eine Sackgasse geraten waren.

Bei dem dritten deutschen Unternehmen, dem Euro-Linea-Philippines Inc. (Besitzer: Manfred Fröhlich) fanden die Arbeiterinnen, als sie am 25. Januar 1988 zur Arbeit kamen, die Türen verschlossen. Eine handgeschriebene Notiz der Unternehmensleitung am Eingang teilte den völlig überraschten ca. 270 Beschäftigten kurz mit, daß der Betrieb seine Produktion aufgrund finanzieller Verluste eingestellt habe! Um noch den Anschein von Mitgefühl zu bewahren, bedankte sich die Firma auf der gleichen Notiz für die Mitarbeit der Arbeiterinnen



Streikende Arbeiterinnen bei BIGI in der Bataan-Exportproduktionszone

tergegeben worden. Die philippinischen Behörden würden versuchen, die Unternehmensleitung umzustimmen, fügte die Zeitung hinzu.

So einfach, wie das Management des Bekleidungsunternehmens BIGI — Bataan International Garments Inc., das dem BRD-Unternehmer Bernhard Büttel gehört — die Auseinandersetzung darstellt, ist die Sache nicht.

Die streikenden Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen erzählen, daß etwa drei Monate vorher 24 Arbeiter und Arbeiterinnen — alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder — von der Firma entlassen wurden, woraufhin die anderen Beschäftigten in den Streik traten, um die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erzwingen.

Die Produktionsverlagerung nach China war aber nicht streikbedingt, wie die

gelände lediglich ein paar uniformierte Wärter zu sehen, die sichtlich gelangweilt das leere Gebäude bewachen, damit niemand es betreten kann.

Die Streikenden — alle Frauen — campieren direkt neben der Fabrik und spielen im Schatten eines Baumes Karten.

Wie bei Streiks in den Philippinen üblich, haben auch die BIGI-Frauen sogenannte „picket-lines“. Streikposten, aufgestellt: Aus Brettern und Pappkartons gebaute Verschläge, die sich aneinander reihen, drinnen in den Verschlägen ist der Boden mit Pappe ausgelegt. Sie dienen als Schlafstelle für die streikenden Frauen. Anders als bei uns ist dort der Streikposten rund um die Uhr besetzt, denn die Frauen essen, schlafen und „wohnen“ an der „picket-line“. Dort wird Wäsche gewaschen, und hin-

Die Bataan-Exportproduktionszone

Die Bataan-Exportproduktionszone nordwestlich von der Hauptstadt Manila ist eine der vier Exportproduktionszonen (EPZ) der Philippinen, die seit dem Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in vielen Dritte-Welt-Ländern errichtet werden in der Hoffnung, damit den Weg in die Industrialisierung und Entwicklung anzubahnen.

Durch die Bereitstellung von Betriebsgelände und Infrastruktur — Elektrizität, Telefonverbindungen, Wasser und Straßen — wird den Firmen die Ansiedlung in diesen Zonen erleichtert. Zusätzlich staatlich garantierte Anreize wie Steuerfreiheit für 5 — 10 Jahre, Befreiung von Zöllen und freier Gewinntransfer sollen insbesondere ausländische Investoren ins Land locken. Viele Regierungen gehen noch weiter, indem sie arbeitgeberfreundliche Gesetze erlassen, Gewerkschaften und Streiks in den Exportproduktionszonen verbieten.

Die Bataan-Exportproduktionszone (BEPZ) wurde im Zuge des „exportorientierten Industrialisierungskonzepts“ Anfang der 70er Jahre geschaffen. Arbeitsplätze für lokale Bevölkerung, Verbesserung der industriellen Produktion und des Entwicklungsstandards sowie Deviseneinnahmen durch Exporte waren die Ziele des Projektes.

Die Gegner dieses großangelegten Projektes, die darin nichts Gutes für die örtliche Bevölkerung sahen, wurden unter dem von dem damaligen Präsidenten Marcos 1972 über die Philippinen verhängten Kriegsrecht verhaftet.

1974 wurde mit der Produktion in der Zone angefangen. Geplant war, bis 1980 113 Unternehmen in der Zone anzusiedeln. In den Jahren 1979 und 1980 hatten aber erst 59 Betriebe mit 26000 Beschäftigten die Produktion aufgenommen, womit auch der Höhepunkt erreicht war. Seitdem wandern die Unternehmen aus der BEPZ ab.

Nur 23 Betriebe, die hauptsächlich Bekleidung, Schuhe und Sportartikel produzieren, waren im August 1988 noch dort. Allerdings wurden zwei von diesen Betrieben — beide deutsche Textilunternehmen — bestreikt, so daß nur in 21 Betrieben produziert wurde. Neun weitere Betriebe — darunter auch ein deutscher — hatten ihre Produktion zumindest vorläufig eingestellt und die Arbeiterinnen auf die Straße gesetzt bzw. „illegal ausgesperrt“, wie die Filipinos es bezeichnen.

Die Beschäftigtenzahl ist auf 13000 gesunken und 1870 Arbeiterinnen waren im August ausgesperrt.

So hat sich die Hoffnung, Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung zu schaffen, nicht erfüllt. Von den BEPZ-Beschäftigten sind ohnehin viele entweder aus der umliegenden Region, aus der Hauptstadt Manila oder gar aus entfernten Inseln des Landes zugewandert.

Wie überall im Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie sind auch in Bataan die meisten Beschäftigten weiblich (rd. 70%). Die Arbeitgeber bevorzugen junge unverheiratete Frauen, da diese wegen Schwangerschaften oder familiären Problemen keine Fehlzeiten haben. Die Arbeiterinnen, von denen viele einen College-Abschluß haben, verrichten einfache Anlernarbeiten, die keine besondere Qualifikation erfordern. Bei den meisten ausländischen Unternehmen kommen die Manager aus dem Ausland und für höherqualifizierte Tätigkeiten werden ebenfalls Ausländer eingesetzt. Somit ist das häufig gebrachte Argument, durch diese Art von ausländischen Investitionen würde fachliches Know-how in das (Entwicklungs)-Land importiert, nicht stichhaltig.

Schlechte Löhne, ungesunde Arbeitsbedingungen, Massenentlassungen, illegale Aussperrungen (s.o.) und „schikanöses Arbeitgeberverhalten“ bezeichnen die dortigen Gewerkschaften als die Hauptprobleme der BEPZ-Beschäftigten. Außerdem werden Frauen aufgrund ihres Geschlechts und Alters diskriminiert und am Arbeitsplatz häufig sexuell belästigt.

Wenn sich die Arbeiterinnen aber gewerkschaftlich organisieren — in allen dort noch ansässigen Unternehmen gibt es eine Betriebsgewerkschaft — und gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen fordern, so haben viele Unternehmer es vorgezogen, lieber einen Betrieb zu schließen, als auf die Forderungen der Arbeiterinnen einzugehen.

Offensichtlich bedeutet die gewerkschaftliche Organisation — trotz der niedrigen Löhne und geringen Sozialleistungen — eine Bedrohung für die Profitmöglichkeiten. Auf der ständigen Suche der Unternehmer nach noch günstigeren Produktionsstandorten treten dann auch die unterentwickelten Länder in Konkurrenz zueinander auf.

Da können dann Länder wie die VR China, wo es keine Streiks und keine unabhängigen Gewerkschaften gibt, trotz der Vergünstigungen in den Exportproduktionszonen den philippinischen (und anderen) Arbeiterinnen und Arbeitern die Arbeitsplätze streitig machen.



Die „Picket-line“ bei BIGI

und wünschte Ihnen alles Gute.

Die Arbeiterinnen der Euro-Linea waren über die Schließung des Betriebes desto mehr überrascht, als zwei Tage zuvor zwei Ladungen Rohmaterial vorgefahren wurden. Außerdem waren einige Wochen vorher Überstunden angeordnet worden, bis dann einige Abteilungen in Zwangsurlaub geschickt wurden. In der Endproduktion wurden aber weiterhin Überstunden geleistet.

Den möglichen Grund für die Betriebsschließung kann man erraten, wenn man die Geschichte von Euro-Linea kennt. Das Unternehmen, das Damenschuhe für den philippinischen Markt wie auch für den Export produziert, hieß früher Fitchura. Auch Fitchura setzte eines Tages die Arbeiterinnen auf die Straße und stellte die Produktion ein. Einige Zeit später wurde die Produktion wieder aufgenommen, nur der Firmenname hatte sich in Euro-Linea geändert. — Diese Unternehmensstrategie hat ihre Gründe in den von der philippinischen Regierung gewährten Investitionsanreizen in der Exportproduktionszone. Dazu gehören nicht nur die Bereitstellung von Infrastruktur, sondern für die ausländischen Investoren auch Steuerfreiheit für fünf Jahre, freier Gewinntransfer und Zollermäßigungen. Fitchura hatte fünf Jahre Steuerfreiheit ausgeschöpft. Die Frist war abgelaufen und der Betrieb genoß unter dem neuen Namen weiter die Vergünstigungen.

Da in den meisten Fällen in der Exportproduktionszone weder das Betriebsgelände noch die Gebäude dem Unternehmer gehören, sondern diese, wie auch die Maschinen, durch den Staat zur Verfügung gestellt worden sind, wird verständlich, warum diese keinen Wert auf die Auslastung der Maschinen legen.

Auch bei Euro-Linea haben die Arbeiterinnen „picket-lines“ aufgebaut und campieren seit dem 25. Januar 1988 vor der Fabrik, deren Eingang mit Stacheldraht versperrt ist. Den noch ausstehen

den Lohn bis zum Tage der Betriebs-schließung konnten sie sich erkämpfen. Jetzt fordern sie von Euro-Linea eine Abfindungszahlung: 15 Tageslöhne pro Beschäftigungsjahr. Auch wenn ihr Kampf eines Tages erfolgreich sein sollte, so ist die Abfindung angesichts der 64 bis 80 Pesos Tageslohn (ca. DM 6,40 bis DM 8,00) ein schwacher Trost für den Verlust ihres Arbeitsplatzes. — (ras)

Bayer Peru

Proteste gegen Lohnraubpolitik

Die Bayer-AG hat für ihre Werke in Peru eine gesetzliche Sonderregelung durchgesetzt, die es ihr ermöglicht, die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter noch unter die schlechten Bedingungen bei den übrigen Aktiengesellschaften im Land zu drücken. 1972 hat die peruanische Regierung Bayer-Industrial, die peruanische Bayer-Tochter, zu einem „gemischten, strategisch wichtigen Industrieunternehmen für die nationale Entwicklung“ ernannt. Dadurch ist der peruanische Staat mit einem 30%-Anteil am Aktienkapital der Bayer-Industrial beteiligt, was für Bayer zum einen Steuervorteile in Peru mit sich bringt. Zum anderen konnte Bayer dadurch eine Sonderregelung für die Beteiligung der Belegschaft erreichen. Nach peruanischem Recht müssen jährlich 15% des Gewinns jedes Unternehmens in Aktien an die Belegschaft abgegeben werden, für die die Belegschaften auch in den folgenden Jahren Dividendenzahlung, Ausschüttung von Gewinnen erhalten. Außerdem sind die Belegschaften auf diesem Weg zur Teilnahme an den Jahreshauptversammlungen berechtigt.

Die Bayer-AG weigert sich seit Anfang der 70er Jahre, die Anteilscheine an die Arbeiter auszugeben. Sie zahlt stattdessen jährlich auf 15 Prozent des Gewinns den landesüblichen Zinssatz an die Belegschaft aus, was bedeutet, daß die Arbeiter sowohl die Dividenden wie auch die Zinsgewinne verlieren. Die Gewerkschaft der Arbeiter bei Bayer-Industrial (Sindicato de los trabajadores de BAYER-Industrial) hat ausgerechnet, daß die Bayer-AG auf diesem Weg jedem der etwa 800 Arbeiter in den letzten zehn Jahren die Summe von 2000 US-Dollar vorenthalten hat. Alle 2800 in Peru tätigen Unternehmen halten sich an das Gesetz über die Belegschaftsaktien, nur für die Bayer-AG existiert eine Sonderregelung. Die Gewerkschaft kämpft seit Ende 1986 dafür, daß Bayer-Industrial denselben Bedingungen unterworfen wird und die Arbeiter die vorenthaltenen Lohnanteile ausgezahlt bekommen.

Ein Vertreter der Gewerkschaft war

während der diesjährigen Hauptversammlung der Bayer-AG in der BRD. Er forderte auf der Hauptversammlung die Bayer-AG auf, u.a. folgende Fragen zu beantworten, auf die die Arbeiter bis heute keine Antworten erhalten haben:

— Welchen Prozentsatz des Umsatzes wendet Bayer für Löhne und Gehälter bei Bayer-Industrial auf?

— Welchen Gewinn bzw. welche Einsparung erzielte Bayer Industrial durch die Ausgabe von Boni anstelle von Aktien in den Jahren 1977 bis 1987?

Der Gewerkschaftsvertreter griff die Konzernleitung an, weil Bayer-Industrial sich durch Mißachtung der Arbeiter und Mißachtung der peruanischen Gesetze auszeichne. Er erklärte: Die Arbeiter bei Bayer verdienen 1988 ca. 140 US-Dollar im Monat, 1987 waren es noch 170 US-Dollar. Die Lohnsenkung entstand durch die hohe Inflation in Peru. Die Arbeiter fordern mindestens den Ausgleich der Inflation und eine Anhebung der Löhne auf mindestens 200 US-Dollar. 200 US-Dollar werden von staatlichen Instituten als Existenzminimum für eine vierköpfige Familie angesehen. Sowohl 1986 als auch 1987 mußten Teile der Belegschaft um ihre gesetzlich festgelegten Urlaubstage und das Urlaubsgeld kämpfen. 1987 verweigerte Bayer-Industrial 207 Arbeitern jeglichen Jahresurlaub, die ihn erst nach Prozessen und Streiks durchsetzen konnten. Die Bayer-AG wollte den Urlaub auf einen 56 Tage dauernden Lohnstreik anrechnen.

Quellenhinweis: Presseerklärung von Jesus Vargas, Vertreter der Sindicato de los trabajadores de Bayer-Industrial v. 5.7.88; Rede auf der Bayer-Hauptversammlung v. 22.6.88; Pressemitteilung der Coordination gegen Bayer-Gefahren v. 28.9.88 — (uld)

Jugoslawien

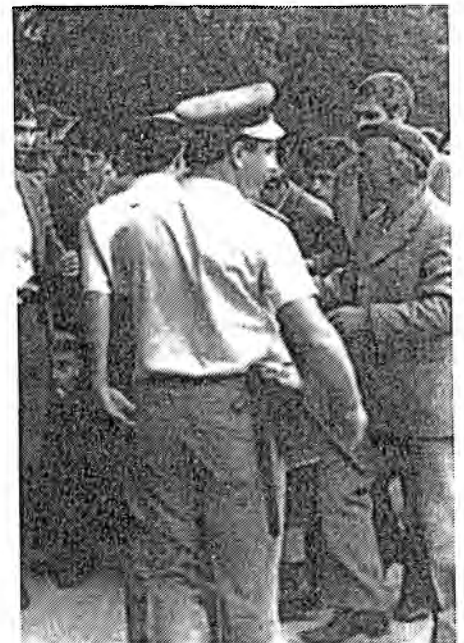
Streiks erzwangen Lohnstopp-Ende

Ende Oktober hat das jugoslawische Bundesparlament die seit Mai 88 geltenden Begrenzungen für Lohnerhöhungen gelockert. Dies war der erste konkrete Versuch, das rapide Sinken des Lebensstandards der Bevölkerung durch rapide Preissteigerungen zu bremsen. In diesem Jahr ist die Inflationsrate auf 220 Prozent angestiegen. Deshalb ist das Heraufsetzen der Höchstgrenze der Lohnerhöhungen von 119 Prozent gegenüber dem Vorjahr (siehe oben erwähnter Beschluß im Mai 88) auf 152 Prozent ungenügend, um die Lage der werktätigen Bevölkerung wirklich zu bessern. Wichtig ist aber schon, daß sich auf Seite von Regierung und Parlament überhaupt etwas bewegt hat. Die sogenannten „Hardliner“ in der Regierung, die noch im

Frühjahr 88 den Einsatz der Armee gegenüber streikenden Arbeitern diskutierten, sind derzeit wohl etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Dieser Beschluß kam sicher nur zustande als Reaktion auf die oft wochenlangen Streiks und Protestversammlungen der Arbeiter in nahezu allen Industriezentren des Landes im letzten halben Jahr.

Eine Protestbewegung hat das ganze Land erfaßt. Es mischen sich in ihr soziale Proteste gegen die immer unerträglichere Lebenslage großer Teile der Bevölkerung mit Kritik an der Privilegierung von Managern, Regierungsmitgliedern etc. und mit nationalen Tönen v.a. aus Serbien (dazu auch Artikel in Pol. Berichten Nr. 22/88).

Die Kritik an der Privilegierung von



Partei- und Regierungsmitgliedern hat auch zu ersten Reaktionen des Parlaments geführt. Als Einsparungsmaßnahmen der Regierung kündigte Finanzminister Rikanovic eine erhebliche Verkürzung der Repräsentationsausgaben der Bundesorgane an. Der den Spitzenfunktionären zur Verfügung stehende Flugzeug- und Fahrzeugpark soll verringert, Sonderrechte bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie des Post- und Fernmeldewesens eingeschränkt werden.

Im ZK-Plenum vom 19.10.88 wurde von einigen Delegierten zusätzlich gefordert, die Staatsbürokratie innerhalb von sechs Monaten auf die Hälfte zu verringern und Privilegien wie Wochenendhäuser, Strandvillen etc. generell abzuschaffen. Daraufhin hatte Parteivorsitzender Stipe Suvar bestritten, daß die Mitglieder des Zentralkomitees „privilegiert und reich“ seien: Die wenigsten besäßen Wochenendhäuser, und nicht

einmal zwei Drittel aller ZK-Mitglieder verdienten mehr als umgerechnet 350 Mark (der Durchschnittslohn beträgt derzeit in Jugoslawien umgerechnet ca. 220 Mark). Man kann annehmen, daß die für jugoslawische Verhältnisse wirklich Reichen in den Managements der Betriebe sitzen oder durch Korruption etc. reich werden, was u.a. auch durch den Agrokommerz-Skandal bekannt wurde.

Auch wenn einiges durch die Arbeiterkämpfe erzwungen wurde, ändert das nichts an den großen strukturellen Wirtschaftsproblemen in Jugoslawien. Die große Exportabhängigkeit und die Abhängigkeit von Devisen, dazu alle vom Internationalen Währungsfonds diktierten Maßnahmen gegen die arbeitende Bevölkerung bieten der Regierung und dem Parlament kaum Spielräume. Bedauerlich ist, daß dieses Problem in den Auseinandersetzungen derzeit eine geringe Rolle spielt. Forderungen nach Nichtrückzahlen der ca. 20 Mrd. Dollar Auslandsschulden werden kaum erhoben, bzw. nur — in Verbindung mit nationalistischen serbischen Zielen — vom Parteivorsitzenden des serbischen Teils des BdKJ Milosevic.

Quellenhinweis: SZ vom 22./23.10.88, mehrere Ausgaben des Handelsblattes, Politika vom 25.10.88. — (lsc)

Türkei

Teuerungsrate zieht weiter an

In der Türkei nimmt die Teuerung zu. Im August erreichte die (jährliche) Teuerungsrate bereits 78,4%, verglichen mit 39% im Jahr davor. Im Oktober lag die Teuerungsrate bei ca. 85%.

Vor allem die Grundnahrungsmittel der Lohnabhängigen werden teuer. Ein Pfund Rindfleisch mit Knochen z.B. kostet in Istanbul ca. 2500 türkische Lira. Zum Vergleich: Der Mindestlohn eines Industriearbeiters liegt laut offiziellem Tarif zur Zeit bei 100000 türkischen Lira im Monat, das entspricht etwa 4400 TL pro Arbeitstag. Für ein Pfund Fleisch muß ein solcher „Tariflöhner“ also fünf Stunden arbeiten. Nicht anders sieht es bei anderen Grundnahrungsmitteln aus: ein Glas Tee im Teehaus kostet 250 TL — also einen halben Stundenlohn —, eine Tasse Kaffee 500 TL, fast einen ganzen Stundenlohn. Die Zeitung „Milliyet“ berechnete, daß ein Lohnabhängiger für 5 Oliven, 50 Gramm Schafskäse und eine kleine Schnitte Weißbrot heute 300 TL bezahlen muß — mehr als einen halben Stundenlohn.

Elektrische Küchengeräte sind für gewöhnliche Lohnabhängige sowieso fast unerschwinglich. Ein Kühlschrank etwa

kostet etwa 616000 TL, eine Waschmaschine etwa 1,2 Millionen TL. Für einen Kühlschrank muß ein Arbeiter mit Tarif-Mindestlohn also sechs Monatslöhne bezahlen, für eine Waschmaschine den Lohn eines ganzen Jahres.

Die Lohnabhängigen versuchen, durch Streiks eine weitere Senkung ihrer Löhne zu verhindern. In der Nähe Istanbuls streiken seit zwei Monaten die Arbeiter des staatlichen Zellulose-Unternehmens SEKA. Ab 4.11. hat die Gewerkschaft auch ihre Mitglieder in den privaten Zellulosewerken zum Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen aufgerufen. 10000 Arbeiter der Lederindustrie solidarisierten sich am 3.11. in einem kurzen Warnstreik auf Aufruf ihrer Gewerkschaft Deri-Is mit den Streikenden.

Auf seiten der Imperialisten fürchtet man bei weiter anhaltender Teuerung

eine Krise des Regimes und drängt die Regierung zu energischen Maßnahmen gegen die Teuerung. Gemeint sind wohl vor allem die Zuschüsse für die staatlichen Betriebe in der Türkei. Einige dieser Betriebe, vor allem in Bereichen wie Bergbau und Tourismus, wollen die Imperialisten schon länger in eigener Regie übernehmen. Eine Verringerung der staatlichen Zahlungen an diese Betriebe würde den Preis, den die Imperialisten für die Übernahme solcher Firmen zu zahlen hätten, beträchtlich senken. Andere Ausgabenkürzungen sind der Regierung kaum möglich: die türkischen Staatsschulden im Ausland sind auf 39,2 Mrd. US-Dollar gestiegen, Zins- und Tilgungszahlungen auf diese Staatsschulden beanspruchen die Hälfte des Staatshaushalts.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 18.10.88: Milliyet, 31.10. und 3.11.88 — (rül. dos)

EG-Verkehrspolitik

Zerstörung aller Schranken des Normalarbeitstages

Die Umwälzungen, die die EG-Kommission und die Mitgliedsstaaten der EG bei der Schaffung des „Gemeinsamen Binnenmarktes“ bis 1992 im Transportwesen vorhaben, nehmen allmählich Gestalt an. Ende Oktober berieten die Verkehrsminister der EG erneut über die Linienführung eines Systems von Hochgeschwindigkeitszügen, die in den nächsten Jahren die wichtigsten industriellen Ballungszentren der EG miteinander verbinden sollen. Am 3. November berieten der spanische Ministerpräsident Gonzales und der portugiesische Ministerpräsi-

dent Cavaco Silva über den Ausbau der Verbindungsstrecken sowohl zwischen den beiden Ländern wie zwischen diesen beiden Ländern und den übrigen EG-Staaten. (1)

Bereits im Juni hatte die EG-Kommission nach jahrelangen Beratungen einen „Vorschlag ... eines Aktionsprogramms auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur“ (2) vorgelegt. Das Programm beschreibt die wichtigsten Großvorhaben im Verkehrsbereich, die die Kommission und die Mitgliedsstaaten bis 1992 in Angriff nehmen und womög-



Mit einer Sondersteuer für ausländische LKWs will die Bundesregierung ab 1.1.1990 die Konkurrenzposition westdeutscher Spediteure in der EG verstärken. Die niederländische Regierung hat eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen angekündigt.



Die Parlamentswahlen in Israel haben die Position der rechten und religiösen Siedlerparteien gestärkt. Der Likud-Block von Premierminister Shamir verfügt zusammen mit den religiösen und den ultrarechten Parteien über 64 der 120 Sitze im Knesset. Außenpolitisch sei der Plan einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz nun tot, urteilte beispielsweise die „Welt“. Innenpolitisch erwarten die Imperialisten ein hartes Vorgehen der Regierung gegen den Gewerkschaftsbund Histadrut. Mehrere Unternehmen des Histadrut sind in großen Zahlungsschwierigkeiten, die Imperialisten erwarten die „Privatisierung“ dieser Firmen. — (rül)

Italien: 81 Tote durch NATO-Flugzeugabschuß

Vier nacheinander amtierende italienische Verteidigungsminister und vermutlich auch große Teile der militärischen NATO-Spitze haben sich jahrelang bemüht, den Abschuß eines zivilen Passagierflugzeuges mit 81 Insassen an Bord bei NATO-Flugübungen zu vertuschen. Das Passagierflugzeug war am 27. Juni 1980 aus angeblich „unbekannten Gründen“ nahe der Mittelmeerinsel Ustica in der Luft explodiert, kein Insasse überlebte. Jetzt hat eine von der Staatsanwaltschaft in Rom beauftragte Untersuchungskommission den Abschuß soweit rekonstruiert, daß das italienische Verteidigungsministerium wohl nicht mehr umhin kommen wird, den Abschuß auch

offiziell zuzugeben. Der italienische staatliche Rundfunk RAI berichtete bereits über den Abschuß. — (rül)

Algerien: Verfassungsreferendum

Etwa 73 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Abstimmung, die die algerische Regierung nur wenige Wochen nach blutig niedergeschlagenen Aufständen durchführen ließ. Die Opposition rief zum Boykott auf. Die Verfassungsänderungen sehen u.a. vor, daß der Ministerpräsident künftig nicht mehr der FLN, sondern dem Parlament verantwortlich ist. Der am 5.11. neu eingesetzte Ministerpräsident Merbah war in den 70er Jahren für die Privatisierung der Landwirtschaft verantwortlich. — (uld)

Kurdistan: Hungerstreiks in den Gefängnissen

Am 1. August dieses Jahres hat der türkische Justizminister in einem Rundschreiben zahlreiche in der letzten Zeit von den politischen Gefangenen errungenen Rechte wieder aufgehoben und u.a. das Tragen der verhaßten Einheitskleidung erneut vorgeschrieben. Gegen die Einschränkungen durch dieses Rundschreiben, gegen die Folter und Unterdrückung in den Gefängnissen und gegen die den Gefangenen vorgeschriebene Einheitskleidung befinden sich die Gefangenen in den folgenden Gefängnissen im Hungerstreik: In Diyarbakir seit dem 23.10., in Eskisehir seit dem 17.10., dort streiken inzwischen 200 Gefangene unbefristet, in Ceyhan, Metris und Bayrampasa (beide Istanbul), in Aydin, Bursa (seit dem 11.10.) und in G. Antep (seit 25.9.). Am Abend des 23.10. wurde das Gefängnis von Diyarbakir von Spezialtruppen, Zivilpolizisten und Gendarmen, die speziell ausgerüstet waren, überfallen. Während des Angriffs wurden ca. 40 Gefangene schwer verletzt. 163 Gefangene wurden in andere Gefängnisse verlegt. Da zur Zeit kein Besuch von Angehörigen gestattet ist, kann bis jetzt nicht festgestellt werden, wohin die Gefangenen verlegt wurden. Von den Verletzten sind bis jetzt nur sieben namentlich bekannt. Einer der Verletzten ist während des letzten Angriffs durch Folter erblindet.

Auch das Gefängnis von Eskisehir wurde angegriffen. Neun Gefangene wurden schwer verletzt. Ein Protestmarsch von Angehörigen wurde von Gendarmen angegriffen und zerstreut, drei Angehörige verhaftet. In Diyarbakir traten am 3.11. etwa 100 Angehörige der Gefangenen in einen Hungerstreik. — (Kurdistan-Komitee)

lich fertigstellen wollen. Ziel ist, den großen Konzernen in der EG optimale Verkehrsverbindungen für billigsten Waren- und Personentransport zur Verfügung zu stellen, um den weiteren Ausbau einer EG-weiten „Arbeitsteilung“ zu Lasten der Lohnabhängigen zu erleichtern und die Transportkosten der Kapitalisten zu senken. Das Programm wird über 100 Mrd. DM kosten. Die EG-Kommission will aus eigenen Mitteln dazu umgerechnet ca. 1,3 Mrd. DM bereitstellen. Prioritätsstufe eins haben danach u.a. folgende Vorhaben:

— Erstens der Ausbau- und Neubau der Straßen- und Eisenbahnstrecken Paris-Madrid-Barcelona und Lissabon-Porto-Algericas. Schon vor Monaten hatte der spanische EG-Kommissar Matus die Schaffung schnellerer Verkehrswege über die Pyrenäen als eines der wichtigsten Ziele der spanischen Regierung bezeichnet. Mit der Fertigstellung dieser Verkehrsverbindungen wer-

den Kapitalanlagen in den EG-Niedriglohnländern Portugal und Spanien für die Kapitalisten noch attraktiver.

— Zweiter Schwerpunkt ist der Bau des Ärmelkanaltunnels und einer Hochgeschwindigkeits-Zugverbindung zwischen Paris und London. Allein der Bau des Ärmelkanaltunnels wird wahrscheinlich über 16 Mrd. DM kosten.

— Drittens sollen Hochgeschwindigkeits-Zugverbindungen von Paris nach Brüssel, Amsterdam und Köln und von dort weiter nach Frankfurt gebaut werden. Diese Schnellbahnverbindungen werden weitere 12 Mrd. DM kosten.

— Viertens ist eine feste Verbindung zwischen den dänischen Inseln und von dort nach Schweden geplant. Dies wird auch von schwedischen Konzernen dringend gewünscht und soll die schwedischen und norwegischen Konzerne enger an die EG binden.

— Das fünfte Projekt ist der Ausbau der Alpenverbindungen zwischen dem

Süden der BRD und Italien. Hierunter fällt u.a. der Ausbau der Brenner-Strecke, die Öffnung der Schweizer Alpenstraßen für den Schwerlastverkehr (gegenwärtig sind diese Strecken für Lastwagen über 28 Tonnen gesperrt) und der Bau einer „Neuen Eisenbahn-Alpen-Transversale“. Die Schweizer Regierung stellte dafür jüngst fünf Alternativen vor, von denen die billigste, eine Eisenbahnverbindung Basel-Mailand mit zwei Tunneln von zusammen 74 km Länge 8,8 Mrd. sfr kosten soll. Das teuerste Vorhaben ist eine Kombination der Strecken Basel-Mailand über den St. Gotthard und der Strecke Ulm/München-Bregenz-Chur-Splügen-Mailand, voraussichtliche Kosten: 19,1 Mrd. sfr.

— Letztes Großvorhaben ist der Ausbau und Neubau von Eisenbahnstrecken und Autobahnen in Griechenland als Teil der „Transitachse Süddeutschland-Italien-Griechenland“. Daß dabei Jugoslawien als „EG-Transitgebiet“ eingestuft wird,

Afghanistan: SU unterbricht Rückzug

Der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, Bessmertnych, hat am 3. November eine Unterbrechung des sowjetischen Truppenabzugs aus Afghanistan mitgeteilt. Zur Begründung führte Bessmertnych u.a. an, die USA und Pakistan hielten ihren Teil der Rückzugsvereinbarung nicht ein. Beide Staaten hätten stattdessen mit Großlieferungen modernster Waffen an oppositionelle Gruppen begonnen. „Ein Betrug seitens der USA und Pakistan liegt also klar auf der Hand.“ — (rül)

EVP berät über Europawahl

Am 7./8. November will die Europäische Volkspartei, Dachverband der christdemokratischen Parteien in der EG, über ein gemeinsames Manifest zu den EG-Wahlen im Sommer nächsten Jahres beraten. Dabei will die EVP auch über einen neuen Verfassungsentwurf für eine „Europäische Union“ beraten, der zur Zeit bereits in einem Ausschuß des Parlaments beraten wird und Beratungsgrundlage für das im nächsten Sommer gewählte neue Europaparlament werden soll. Der Entwurf ist von CDU/CSU-Vertretern im Europaparlament ausgearbeitet worden und sieht die Errichtung eines EG-Bundesstaates an mit Unionsparlament, Unionsregierung, Unionspräsidenten, Unionsgericht und einer sogenannten „unabhängigen Unions-Notenbank“ vor, deren Mitglieder auf zehn Jahre gewählt und „weisungsunabhängig“ sein sollen. Eine „Unions-Mehrwertsteuer“ soll Hauptsteuer der angestrebten Union werden. Ausschließlich bei der Union sollen u.a. folgende Befugnisse liegen: Kriegsfüh-

rung nach außen, Entwicklungshilfe, Geld- und Währungspolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz und die „Koordination der Verbrechensbekämpfung“. (Quelle: Handelsblatt, 27.10.88 — rül)

Norwegische Handelsgewerkschaft tagte

Auf dem Landestreffen der norwegischen Handels- und Bürogewerkschaft wurde u.a. über das weitere Vorgehen gegen die Flexibilisierungspläne der Kapitalisten diskutiert. In den Lohnforde-

rungen war man sich einig, daß ein Hauptpunkt die Forderung nach einem zentralen Zuschlag sein muß. Die Delegierten forderten die sozialdemokratische Regierung auf, Klarheit über ihre Pläne zum Öffnungszeitengesetz zu schaffen. Der Aufforderung zu mehr flexibler Arbeitszeit könne nur Flexibilität innerhalb fester Grenzen entgegengesetzt werden. Das bedeute, verstärkt kollektive Verträge über Arbeitszeitordnung abzuschließen und Arbeitsschutzgesetze zu stärken, zum Schutz gegen Sonntags- und Nachtarbeit. — (ccs. rül)



Obgleich die Rassistenregierung in Südafrika alle Aufforderungen, ob von Gruppen oder Einzelpersonen, zum Boykott der Kommunalwahlen für Schwarze mit Strafe belegt und die Boykott-Gruppen verboten hatte, beteiligten sich nur 30% der afrikanischen Wahlberechtigten. Die Befreiungsbewegung hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen, weil das Regime mit den nach seiner „Rasseneinteilung“ getrennt durchgeführten Wahlen der rassistischen Unterdrückung einen demokratischen Mantel umhängen wollte und die Gemeinderäte, die in der Aufstandsbewegung von 1984 in großer Zahl gestürzt wurden, erneut stärken wollte. Bei den Siedlern hält die Rechtsentwicklung, die bereits in den letzten Wahlen deutlich wurde, an: die liberale PFP verlor selbst die Mehrheit in ihrer Hochburg Johannesburg an Bothas Nationale Partei, die rechte Konservative Partei konnte ihren Stimmenanteil vergrößern. — (uld)

wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie weit die Expansionspläne der EG-Konzerne auf dem Balkan schon gediehen sind. Bis Ende 1989 will die EG-Kommission „umfassende Verkehrsabkommen“ mit der Schweiz, Österreich und Jugoslawien abschließen. (3)

Das ganze Programm wurde am 21.9. vom Verkehrsausschuß des Europaparlaments einstimmig gebilligt. (4)

Für die Lohnabhängigen im Verkehrsgewerbe hat dieser Ausbau des EG-weiten Fernverkehrs schon jetzt ruinöse Folgen für Gesundheit und Einkommen. Schon 1986 war eine neue „EG-Sozialvorschrift Nr. 3820“ in Kraft getreten, die für Fernfahrer Arbeitszeiten von täglich neun Stunden und zweimal wöchentlich zehn Stunden für zulässig erklärte. In Verbindung mit Schichtarbeit können die Kapitalisten — Speditionen oder die großen Industriekonzerne, die ihre Vor-, Zwischen- und Endprodukte kreuz und quer durch die EG transportieren lassen

— sogar Arbeitszeiten bis 84 Stunden pro Woche ihren Fahrern abverlangen. Prompt versuchten die westdeutschen Spediteure 1987, die ÖTV zum Abschluß eines neuen Manteltarifes zu zwingen, der diese EG-„Sozialvorschrift“ übernehmen sollte. Nur durch zahlreiche Protestaktionen der in der ÖTV organisierten Fahrer gelang es, dieses Vorhaben abzuwehren. Trotzdem liegt inzwischen die durchschnittliche Arbeitszeit von LKW-Fahrern im grenzüberschreitenden Fernverkehr bei 75 Stunden wöchentlich. 50% der befragten Fahrer klagen über chronische Schmerzen in Nacken, Schultern, Rücken und Leiste. 55% aller kürzlich untersuchten niederländischen Fernfahrer leiden unter bedenklichen Schlafstörungen. (5).

Nachdem bei Kontrollen trotz dieser für die Fahrer ruinösen Flexibilisierung noch zahlreiche Verstöße gegen diese Sozialvorschrift aufgefallen waren, liegt dem EG-Parlament inzwischen ein Vor-

schlag der EG-Kommission zur Überarbeitung dieser Sozialvorschrift vor. Diese „Überarbeitung“ soll auch die letzten Reste von Nacht- und Wochenendruhe für die Fahrer beseitigen. So soll der Ausdruck „Woche“ in der alten Sozialvorschrift ersetzt werden durch die Formulierung „ein Zeitraum von sieben aufeinanderfolgenden Tagen“, der Ausdruck „Tag“ durch „ein Zeitraum von 24 Stunden“. Kommt die EG-Kommission mit diesem Vorhaben durch, so rückt der Zeitpunkt näher, an dem im EG-Transportgewerbe jeder Rest von Normalarbeitstag, von Nacht- und Wochenendruhe beseitigt ist. Daß dies Folgen auch für die industriellen Arbeitszeiten haben wird, liegt auf der Hand.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt, 4. 5. 11. (2) KOM (88) 340 endg., Brüssel, 16. Juni 1988. (3) Handelsblatt, 27. 10. (4) Dok. A2-0187/88 des Europaparlaments, 22. 9. 88. (5) Dok. A2-0214/88 des Europaparlaments, 11. 10. 88. ÖTV Verkehrsreport 1 1987 (rül)

Veröffentlichungen

„... dann muß ich schnell wieder los“

Unter diesem Titel veröffentlichte die IG Metall-Zeitschrift „Mitteilungen für Frauen“ eine Untersuchung zur Teilzeitarbeit. Die Autorin Dr. Gine Elsner schildert am Anfang der Untersuchung einen „Fall“. Silvia S. lebt mit ihrem zwölfjährigen Sohn allein. Seit zehn Jahren arbeitet sie in der Gebäudereinigung. Sie arbeitet auf drei verschiedenen Stellen, denn sonst käme sie mit dem Geld nicht zurecht. Sie steht um halb fünf Uhr morgens auf und arbeitet von sechs bis kurz vor zwölf: „Einkaufen, nach Hause. Um halb zwei muß das Mittagessen fertig sein, weil mein Sohn aus der Schule kommt. Um 15 Uhr muß ich wieder los, denn um 16 Uhr muß ich bei meiner zweiten Arbeitsstelle sein. Dort arbeite ich bis 17.45 Uhr. Um 18.30 Uhr muß ich bei der dritten Arbeitsstelle sein. Dort habe ich um 20 Uhr Feierabend. Um 20.30 Uhr bin ich dann zu Hause und erledige die restliche Hausarbeit.“

Offiziell arbeiten in der BRD von den acht Millionen sozialversicherungspflichtigen Frauen 22 Prozent in Teilzeit, insgesamt beträgt ihr Anteil mehr als ein Drittel. Die Autorin kommt nach einer vergleichenden Untersuchung zwischen Voll- und Teilzeitarbeiterinnen zu dem Schluß, daß die gesundheitliche Verfassung in beiden Gruppen schlecht ist. „Insgesamt ist es also keineswegs so, daß Frauen, die in Teilzeit arbeiten, der Doppelbelastung entgehen ... Teilzeitarbeitende Frauen erledigen die Erwerbsarbeit zusätzlich.“ Und müssen oft mehrere Arbeiten annehmen, weil der Lohn nicht reicht.

Quellenhinweis: „Mitteilungen für Frauen 3/88“, IG Metall, August 1988 — (mal)

Antimperialistische Broschüre gegen Bosch

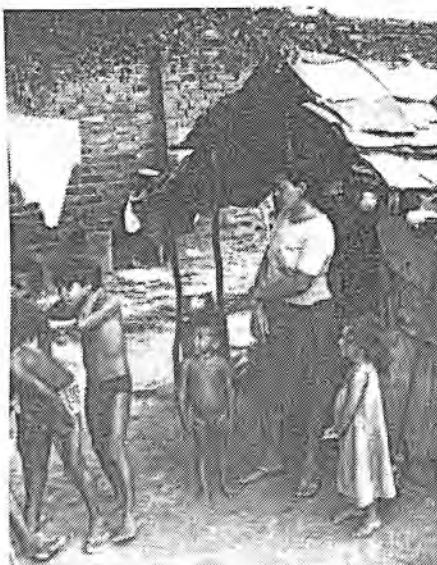
Das DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg e.V. gab im April ein Heft mit dem Titel „Bosch in Brasilien: Helfer bei der Überwindung der Unterentwicklung oder Nutznießer des wachsenden Elends?“ heraus. Der „Arbeitskreis Internationale Solidarität beim DGB Kreis Stuttgart“ untersuchte die imperialistischen Aktivitäten des Bosch-Konzerns und konzentrierte sich auf Brasilien.

„Weiter wollen wir analysieren und aufzeigen, wie Beschäftigte desselben Konzerns in verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt werden. Von zunehmender Bedeutung sind auch die Produktionsverbünde, die es möglich machen, Produktionsausfälle aufgrund von Streiks durch Lieferung aus anderen Zweigwerken auszugleichen. Als entwicklungspolitisch engagierte Kollegin

nen möchten wir ebenfalls dokumentieren, daß die Armut der unterentwickelten Länder nicht naturgegeben sei, sondern zu einem wesentlichen Teil auf der Ausbeutung durch reiche Industrieländer beruht. Nicht zuletzt tragen die multinationalen Konzerne — wie das Beispiel Brasilien beweist — zur Verschuldung jener Länder bei.“

In mehreren Kapiteln belegen die Autoren mit entsprechendem Zahlenmaterial die aggressive Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bosch-Konzerns, die von der Bundesregierung u.a. steuerrechtlich gefördert wird. Der imperialistische Konzern verbietet den brasilianischen Arbeitern, sich gewerkschaftlich zu betätigen und entläßt Beschäftigte, die sich nicht daran halten. In den Bosch-Fabriken Brasiliens ist nur geheime Gewerkschaftsarbeit möglich.

Am Schluß der Broschüre schildern die Verfasser, wie die Kontaktaufnahme



Die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung lebt in größter Armut.

westdeutscher Bosch-Beschäftigter mit brasilianischen Kollegen zustande gekommen ist und wie schwierig sie sich entwickelt:

„Als erstes wurden wir über den Streik (1985) und über die darauffolgenden Entlassungen wie auch über die Arbeitsgerichtsklagen und die Repression gegen die SINDESCAMP-Kollegen informiert.“ (Von brasilianischen Bosch-Arbeitern — d. Red.) Probleme tauchten auf, weil die brasilianischen Gewerkschaften CUT und SINDESCAMP nicht Mitglied im Internationalen Metallarbeiterbund und im Internationalen Bund freier Gewerkschaften sind: „Bei Bosch hingegen müssen wir uns im Augenblick darauf beschränken, alle Informationen, die wir erhalten, an alle Interessenten hier und in Brasilien weiterzuleiten und auf weitere Gelegenheiten zur konkreten Solidarität zu warten.“

Bosch in Brasilien. April 1988. Zu beziehen beim DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg e.V. für 3 DM plus Porto — (mal)

EKD-Handbuch zur Ausländerpolitik

Im Lamuv-Verlag, Göttingen, ist im Oktober 1988 ein schlechtes „Aktionshandbuch“ unter dem Titel „Alle Menschen sind Ausländer fast überall“ erschienen. Herausgeber ist Manfred Budzinski, Mitarbeiter der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). Das Buch ist für die Unterstützung von Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit gedacht. Über Aktionen, Veranstaltungen etc. zumeist kirchlicher oder liberaler Initiativen wird berichtet und deren Anschriften veröffentlicht. Dagegen werden Tätigkeiten von ausländischen Organisationen nicht erwähnt und noch nicht einmal Anschriften von deren Dachverbänden angegeben. Die gesetzlichen Grundlagen des Ausländerrechts werden kurz beschrieben, aber nicht dokumentiert. Ob absichtsvoll oder nicht, Verlag und Herausgeber haben es fertiggebracht, die bevorstehende Verschärfung der Ausländergesetze noch nicht einmal zu erwähnen. Mit der Behauptung, „Heute sehen nun auch die Arbeitgeberverbände die Notwendigkeit, das Ausländerrecht zu verbessern“, verbreitet der Herausgeber Positionen, die der Frontbildung gegen die Verschärfung der Ausländergesetze nicht nützen, sondern Verwirrung stiften.

Manfred Budzinski, Alle Menschen sind Ausländer fast überall, Lamuv Taschenbuch 57, 16.80 DM. — (jöd)

„An den Grenzen der Freiheit“

wähnt sich Bernd Guggenheimer in der FAZ und stellt die bange Frage: „Sind wir auf die Freizeitgesellschaft vorbereitet?“ Denn: „Der Arbeitsgesellschaft geht, dies die berühmte Formel Hannah Arendts, die Arbeit aus. Es ist nicht irgendeine Gesellschaft, die sich aus den Fesseln der Arbeit löst, es ist die Arbeitsgesellschaft, die um die Arbeit herum gebaute, sich über sie vermittelnde und selbst bedeutende Gesellschaft, der die Arbeit schrumpft, schwindet und verfällt; also eben jenes Medium, welchem das einzelne Mitglied dieser Gesellschaft noch immer Einkommen und gesellschaftliche Identität verdankt“. Die gesellschaftliche Entwicklung als Ablösung der Arbeitsgesellschaft (als würde in anderen Gesellschaften nicht gearbeitet) durch die Freizeitgesellschaft zu beschreiben, ist keine originäre Erfindung Guggenbergs, sondern eine derzeitige soziologische Modeerscheinung, wie vordem die Konsumentengesellschaft, die Wachstumsgesellschaft usw.: Moden, die in jedem Fall eifrig bemüht sind, die Erkenntnis zu verstellen, daß es sich dabei immer um die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Entwicklungsgesetzen handelt. Indiz für die These der heranbrechenden „Freizeitgesellschaft“ ist die statistisch behauptete Kürzung der

Wochenarbeitszeit in den letzten hundert Jahren. Diese wird dann einfach auf die nächsten Jahrzehnte interpoliert, mit dem Ergebnis, daß „der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht“. Tatsächlich ist der gesellschaftliche Normalarbeitstag kein Ergebnis des technischen Fortschritts, sondern Resultat des Kampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital. Dessen Bestreben ist es, jede technische Weiterentwicklung zur Verlängerung der Arbeitszeit zu nutzen. — (wik)

Abschied von den Grünen?

Abschied von den Grünen, erläutert der Autor am Ende des gleichnamigen Buches, das das ZK der MLPD 1988 im Verlag Neuer Weg herausgab, bedeute, die Illusion des „dritten Weges“ zu überwinden. Wie wenig die darin geübte Sorte Kritik zu revolutionärer Strategiebildung und Einheitsfrontpolitik beiträgt, zeigt beispielhaft die Auseinandersetzung über die Organisation der Produktion. An der programmatischen Vorstellung einer ökologischen Wirtschaft, die das grüne „Programm zum Umbau der Industriegesellschaft“ 1980 in Abgrenzung sowohl zu den „kapitalistischen als auch ... sogenannten real-sozialistischen Gesellschaftssystemen“ entwickelte, kritisiert der Autor ausgerechnet die „Abkehr von der Großindustrie“ und dezentralisierte Wirtschaftsweise, für die das Programm eintrat. Mit der Dezentralisierung des Wirtschaftens verbindet er die schreckliche, aber nicht begründete Vorstellung: „Zunächst würde die Schwerindustrie wegfallen, da sie nur großindustriell möglich ist, dann folgten aus dem gleichen Grund die Automobilindustrie, die Chemieindustrie, die Elektronikindustrie und so weiter ... Der Großteil der auf fünf Milliarden angewachsenen Menschheit müßte hungern.“ (21) Der Autor, der insofern unsauber argumentiert, als er dezentrale Wirtschaftsorganisation wie selbstverständlich mit frühkapitalistischer Kleinproduktion gleichsetzt, gründet sein Urteil nicht auf eine Untersuchung der Widersprüche, die die von der imperialistischen Bourgeoisie betriebene Monopolisierung der Wirtschaft und in ihrem Gefolge Monopolisierung der Staatsgewalt hervorruft. Auch mißachtet er die Erfahrungen der Kulturrevolution in China und ihres Entwicklungskonzeptes, das zur Überwindung der drei grundlegenden Unterschiede im Sozialismus (zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Bauern, Hand- und Kopfarbeit) auf Dezentralisierung der industriellen Produktion gerichtet war. Anstatt also die Abgrenzung der Grünen und ihrer sozialen Basis von der Monopolbourgeoisie zu fördern, was sein Ziel nicht ist, verrennt er sich bei dem Versuch, „die kleinbürgerlichen Schichten ... auf die proletarischen Positionen“ hinüberzuziehen (S. 131), was scheitern muß, in ein falsches Argument. (sec)

„Renaissance der Individualität“

Wiesbadener Erklärung fördert Segmentierung der Gesellschaft

Die Aussprache zur „Wiesbadener Erklärung“ beschränkte sich auf dem FDP-Parteitag am 7. und 8.10. auf knappe 45 Minuten. Der Parteitag stand nicht im Zeichen programmatischer Differenzen. Die Ausformulierung von Kurs und Strategie liberaler Politik delegierte der Kongreß an seinen Bundesvorstand zwecks Überarbeitung des Entwurfs zur Programmdiskussion. Der Bundesparteitag nahm Teil III der „Wiesbadener Erklärung“ als Diskussionspapier zur Kenntnis. Im folgenden Text die wesentlichen Passagen dieses Teils.

Individualismus und „Sterbehilfe“

„Der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft führt zu grundlegenden strukturellen Veränderungen. Wir Liberalen wollen diese Entwicklung für eine Renaissance der Individualität nutzen ... Dafür müssen wir die Gestaltungskraft radikal freilegen, die für eine Gesellschaft nur durch die Kreativität und Leistungsbereitschaft autonomer Individuen wirksam werden kann ... Wir wollen der Macht von Großorganisationen und kollektivem Denken und Handeln mehr Rechte des Einzelnen entgegensetzen und seine Selbständigkeit und Eigenverantwortung fördern ... die wachsende Bedeutung individueller Lebensplanung (sind) der Ausgangspunkt dafür ...“

Inhaltliche Füllung dieser politischen Schändlichkeiten liefern die Auffassungen zu einer Gesellschaft, die Leistung erbringen muß — durch jedes arbeitsfähige Mitglied der lohnabhängigen Klas-

sen: „Außerdem stellen die wachsenden Möglichkeiten des technischen Fortschritts z.B. im medizinischen Bereich grundlegende ethische Fragen an die technisch möglichen Methoden der Lebenserhaltung und -verlängerung ... Die ‚neuen Alten‘ wollen voll in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden. Liberale setzen sich für den fließenden Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand ein. Unser Modell der Teilarbeit und der Teilrente sieht vor, diesen Übergang schrittweise und ohne starre Altersgrenze zu gestalten.“ Auf zweierlei Art „Sterbehilfe“: Arbeiten bis zum Umfallen, Umgefallene lassen sich nicht mehr ausbeuten und verursachen Kosten für die „leistende Gesellschaft“ der innovativen Konzerne. So kommt die „grundlegende ethische Frage“ zu ihrer Zweckbestimmung.

Flexibilisierungsforderungen der Unternehmensverbände dienen sich liberale Antworten — über die Arbeitszeit hinaus — an. Gleichzeitig arbeitet die FDP an der Vernichtung der GRÜNEN und eines Teils ihrer Basis: „Insgesamt wird eine längere Lebenserwartung wieder zu längeren Gesamtarbeitszeiten führen ... die heutige starre Trennung der Bereiche Arbeit, Bildung und Freizeit (wird) aufgelöst durch lebenslange Weiterbildung innerhalb und außerhalb des Berufs, durch mehr Teilzeitarbeit und die Möglichkeit arbeitsfreier Jahre und eine bessere Anerkennung kultureller und sozialer Eigeninitiative des Einzelnen ... auch neue Formen der Arbeit müssen sich besser entfalten können ... die in vielfältigen Betrieben, Projekten und



Der alte und die neue Generalsekretär/in Sie haben Schlüsselpositionen innerhalb der FDP — Haussmann wird Minister

Kooperativen neue Wege der Zusammenarbeit einschlagen und neue Berufs- und Erwerbsformen praktizieren.“

Differenzierung und Segmentierung

Die Degenerierung kollektiver Erfahrung und erkämpfter Rechte der Arbeiterbewegung strebt die Reaktion durch Individualismus und Vorwärtstreben im Dienste des Kapitals an. Die FDP umhüllt diese Strategie liberal: „... gehören hierzu eine veränderte Praxis der Gemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen für eine bessere Differenzierung gerade in strukturschwachen Branchen und Regionen, der Einbau von Öffnungsklauseln in Tarifverträge mit dem Ziel betriebsnäherer Lohnpolitik sowie die Flexibilisierung von starren Arbeitszeiten durch Anpassung an wirtschaftliche Abläufe und Kapitalbildungen, die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen ... Eine solche Neugestaltung des Bereichs Arbeit, eine Beendigung seiner partiellen Ausgrenzung aus anderen Lebensbereichen, trägt auch

schung in der Bundesrepublik gesichert werden ... Zu lange Zeiten der Erstausbildung werden international, insbesondere innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, immer mehr zum Wettbewerbsnachteil für unsere jungen Bürger. Die Studienzeiten müssen deshalb verkürzt werden zugunsten von größeren Chancen für lebenslanges Lernen und Dauerqualifizierung im Beruf ...“ Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte fast wörtlich die gleiche Formulierung verwendet, als er seine Forderungen an die Ausbildung einbrachte. Lebenslanges Lernen — finanziert aus eigener Tasche, denn es dient der eigenen Laufbahn — soll betriebliche und kostenträchtige Lehrgänge reduzieren.

„Die ethische Herausforderung“

Die Freien Demokraten befürchten den Werteverfall bürgerlicher Daseins, denn Familiengründungen gehen zurück, Scheidungen nehmen zu — Subsidiaritätsanforderungen durch den Staat scheinen gefährdet: „Die Auflösung traditi-

gering ist die Neigung einzelner Bürger, sich durch privates Engagement für eine Besserung sozialer Mißstände einzusetzen ... Liberale wollen eine Gesellschaft, in der Leistung in jeder Form auch als ‚Dienst am Nächsten‘ Anerkennung und Zuspruch findet.“ Eine Kampfansage an jede Entwicklung von Ansprüchen gegenüber Staat und Kapitalisten, die als Verursacher zunehmender Frühinvalidität und Krankheiten ungeschoren bleiben sollen. Gleichzeitig werden alle Formen kulturellen Lebens, die sich gegen bürgerliche Normen und Werte richten, als unrechtmäßig charakterisiert.

„Ethische Grundfragen stellen sich auch an die Medien, die in der Informationsgesellschaft immer stärker zu einer unkontrollierten vierten Gewalt im Staate werden. Die Eigenverantwortung und Selbstkontrolle der Medien muß deshalb verbessert werden, ohne daß durch solche Maßnahmen ein Klima der Zensur entsteht.“ Zensur braucht es nicht, wird die Kontrolle und Selektierung von Redakteuren und anderen Journalisten im Vorfeld der Veröffentlichungen geregelt. Die Unterdrückung kritischer — also auch „staatsgefährdender“ — Beiträge bei den privaten Mediennutzern ist Zielsetzung liberaler Informationspolitik. Bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten sollen beabsichtigt unterdrückte Meldungen auch weiterhin nicht gebracht werden können.

„Wertevielfalt begünstigt auch den schon bestehenden Hang zu einem neuen Syndikalismus mit seiner Zersplitterung der Welt in Gruppenegoismen und seiner gleichzeitigen Tendenz zur Schaffung einer oberflächlichen Harmonie zu Lasten des einzelnen Bürgers. Dieser Syndikalismus droht eine Ständegesellschaft zu etablieren, die das Aufbrechen der veralteten Strukturen blockiert und die Nutzung der Chancen der Informationsgesellschaft nachhaltig behindert. Entschlossen ist in diesem Zusammenhang einer auf Erfüllung von Gruppeninteressen gerichteten Gefälligkeitsdemokratie zu begegnen.“ Schluß und gleichzeitig durchgehender Tenor des FDP-Diskussionspapiers. Gewerkschaftliche und andere soziale Zusammenschlüsse der Lohnabhängigen behindern die freie Entfaltung des Marktes, der „Informationsgesellschaft“ mit allen ihren sich unzureichend entfalten könnenden Kapitalisten.

Studienplätze für Kader

Als Nachsatz ein Beschluß des FDP-Parteitag, der die Ausbildung betrifft: „Der Bundesparteitag spricht sich gegen die Einführung eines Numerus clausus in Betriebswirtschaftslehre aus. Die FDP fordert ein Sofortprogramm von Bund und Ländern ... Dieses Sonderprogramm soll ein Volumen von 2 Milliarden DM umfassen ...“

Quellenhinweis: Dokumente und Pressematerialien des 39. FDP-Parteitags. — (mal)



Die FDP will die Studienzeiten verkürzen und fördert die „Elite“. Bild: Fachhochschüler demonstrieren 1987, auch für EG-weite Anerkennung!

dem wachsenden Wunsch nach Ganzheitlichkeit der Lebensverhältnisse der Menschen Rechnung.“ Die Formulierung „Ganzheitlichkeit“ transportiert religiöse Inhalte und appelliert an das „Gemeinsame“ aller gesellschaftlichen Klassen. Gemeinsam kommt für die Lohnabhängigen erneut ans Tageslicht: Ausbeutung rund um die Uhr, keine „freie“ Zeit, alle Lebenskraft dem Kapital!

Eliteförderung und weniger Ausbildung

Im Rahmen der Debatte um die „Verwirklichung des EG-Binnenmarktes“ steuert die FDP als einen Beitrag Überlegungen zur Bildungspolitik bei: „Auch muß die technologische Kompetenz und die Qualität von Wissenschaft und For-

oneller geistiger und sozialer Bindungen kann zu wachsender Wertebeliebigkeit und zum Verlust von Maßstäben führen ... Manche flüchten deshalb in einen neuen Fundamentalismus oder in einen unreflektierten Widerstand gegenüber jeder Form von Veränderung ... Abnehmender Wertekonsens in der Gesellschaft muß aber durch eine Stärkung der gemeinschaftlichen Anerkennung der demokratischen Spielregeln eine bindende Klammer für die Gesamtgesellschaft schaffen, mit der die Wertedifferenzierung integriert und die Freiheit zu ethischer Selbstbestimmung und Selbstverantwortung gefördert wird ... Soziale Aufgaben werden von zu vielen in unserem Land ausschließlich als staatliche Aufgaben angesehen und aus dem eigenen Leben verdrängt. Dementsprechend

Geheimdienstlinie BRD — Türkei

Karlsruhe. Während des Evrenbesuchs in der BRD durften einige Kurden und Türken ihre Aufenthaltsorte nicht verlassen, mußten sich mehrmals täglich bei der Polizei melden. Ein Kurde in Karlsruhe klagte dagegen vor dem Verwaltungsgericht. Das Karlsruher Gericht lehnte den Antrag ab. Als Begründung dienten „Erkenntnisse“ des Bundes- und des Landesinnenministeriums, wonach diese „Personen ... a) im Besitz von Schußwaffen sein sollen, b) erklärt haben, politische Persönlichkeiten zu ermorden oder c) in Extremistenkreisen als Gewalttäter gelten.“

In einer Fernsehsendung des Süddeutschen Rundfunks protestierte der Kurde gegen Evren und die Maßnahmen der BRD-Behörden. Tags drauf wurde in Kurdistan sein 65jähriger Vater zur Polizeiwache geschleppt und bedroht. Seine Brüder und ein Vetter mußten fliehen. Die Familie wurde schon mehrfach seit seiner Flucht aus Kurdistan überfallen, sein Vater mehrere Male verhaftet und gefoltert. Die Geheimdienstzusammenarbeit läuft wie geschmiert — in beide Richtungen. — (rub)

Demonstration gegen Asylpolitik

Freiburg. An der von einer breiten Aktionseinheit verschiedener Gruppierungen in Südbaden organisierten Demonstration in Waldkirch gegen die staatliche Asylpolitik am 29.10. nahmen knapp 300 teil. Die Demonstration führte u.a. an einer ehemaligen Schule vorbei, in der die Stadt Waldkirch Asylbewerber untergebracht hat. Bei der dortigen Zwischenkundgebung wurden die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge in diesem Haus wohnen müssen, kritisiert. Auf der Abschlussskundgebung wurde die Freilassung sämtlicher in der BRD inhaftierter Kurden gefordert, die Strafverfahren gegen sie wegen § 129 a StGB und die Beteiligung der BRD bei der Unterdrückung der Kurden in der Türkei angegriffen. Ein Mangel der Demonstration war aber, daß — bis auf einen Beitrag der Politik- und Kulturgruppe Waldkirch — keine konkreten Forderungen an die Bundes- und Landesregierung und die Kommunen bezüglich der Verbesserung der Lage der Flüchtlinge erhoben wurden.

Unschön war, daß ein Bildreporter der Badischen Zeitung regelrecht verjagt wurde mit dem Argument, die Aktionseinheit habe beschlossen, daß nicht fotografiert werden dürfe (was nicht stimmt).

Anfang nächsten Jahres sollen in verschiedenen Orten in Südbaden Kongresse zu verschiedenen Fragen des Kampfs gegen die reaktionäre Ausländerpolitik stattfinden. — (ulb)



Ca. 2000 Angehörige der Universität Köln veranstalteten am 4.11. einen Protestzug von der Uni zur Philharmonie, wo ein Festakt zum 600jährigen Jubiläum der Uni stattfand und v. Weizsäcker und Rau sprachen. Die an der Organisation hauptsächlich beteiligten ISA-Studenten setzten durch, daß betont gemeinsam mit den Professoren und für rein ständische Interessen demonstriert wurde. — (koe)

Veranstaltung zum kurdischen Befreiungskampf

München. Am Samstag, den 29. Oktober, fand im Haus International eine Veranstaltung zum nationalen kurdischen Befreiungskampf für kurdische Landsleute statt, die mit ca. 250 Leuten gut besucht war. Vertreter des AK Kurdistan München übergaben eine Grußadresse. Ein mehrstündiges Programm mit politischen Reden, Tanzvorführungen und Gesang wurde an diesem Nachmittag in einer aufmerksamen Atmosphäre durchgeführt. Ein kurzer Redebeitrag wurde auch in deutscher Sprache gehalten, der sich mit der internationalen Situation nach der Beendigung des iranisch-irakischen Krieges auseinandersetzte. Das für die Überwachung von politischen Veranstaltungen zuständige K 14 war mit zwei Beamten anwesend. Zu Beginn der Veranstaltung erhoben sich alle Leute zu einer Gedenkminute für die gefallenen Revolutionäre — viele mit erhobener Faust. — (dil)

AL-Antrag gegen Kandidatur der Republikaner

Westberlin. Gegen die Kandidatur der Republikaner bei den Abgeordnetenhauswahlen im Januar 1989 beantragte die AL im Landeswahlausschuß Ende Oktober die Nichtzulassung dieser Partei. Die AL begründete ihren Antrag mit Artikel 86 der Westberliner Verfassung (gleichlautend mit Artikel 139 der BRD-Verfassung). Der Antrag wurde bei einer Gegenstimme der AL und drei Enthaltungen von Sozialdemokraten abgelehnt. Auch in Gewerkschaftskreisen wird die Kandidatur der Republikaner abgelehnt. Die HBV-Delegiertenkonferenz hat Aktivitäten gegen die Kandidatur beschlossen, IGM- und ÖTV-Jugend haben ebenfalls dagegen Stellung bezogen. Gegen die Kandidatur der Republikaner wendet sich auch eine gemeinsame Broschüre der Volksfront Westberlin, der VVN/VdA Westberlin und des AstA der FU. — (gug)

Bündnis gegen Gesinnungshaft

München. Nach dem Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) soll der sog. Unterbindungsgewahrsam (ein Mensch wird ins Loch gesteckt, weil er sonst möglicherweise eine Straftat begehen oder decken könnte) von zwei auf 14 Tage ausgeweitet werden. Dagegen will ein Aktionsbündnis „aller Kräfte links von der CSU“ vorgehen. SPD, Grüne, die Gewerkschaft ÖTV, Organisationen von Juristen und der Polizei befürchten die Einführung einer „Sippen- und Gesinnungshaft“. Auf einer Pressekonferenz am 25.10. trugen sie ihre Argumente vor: Die Polizei, bislang Vollzugsorgan der inneren Verwaltung und der Staatsanwaltschaft, würde zur Popo (politischen Polizei) oder Gepo (Gesinnungs-Polizei) umgewandelt. Damit sei dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet, denn kein Richter könne über „Vermutungen in den Hirnen“ entscheiden. Menschen würden so massiv eingeschüchtert und ihre Grundrechte eingeschränkt.

Das Innenministerium reagierte sofort: Das sei „Beschimpfung der Polizei“ und „übelste Demagogie“. Die Landesregierung verweigert die Durchführung eines öffentlichen Hearings über den Entwurf. SPD und Grüne prüfen nun, ob sie selber eine Anhörung durchführen und evtl. danach eine Verfassungsklage einreichen. (bat)

Lehrerstreik

Für Arbeitszeitverkürzung — Erstmalig streiken Lehrer

Hamburg. Am 26.10.88 streikten erstmalig in der Geschichte der BRD Lehrer — für Arbeitszeitverkürzung. In einer Urabstimmung hatten sich 82% der Hamburger GEW-Lehrer für einen eintägigen Streik ausgesprochen. Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht hatten zwar eine einstweilige Anordnung des Hamburger Senats auf Untersagung des Streiks abgelehnt, diesem jedoch empfohlen, das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Anwendung zu bringen. Polizeieinsätze gegen die Urabstimmung wegen „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ riskierte der Senat jedoch nicht. Am Morgen des 26.10. fanden sich dann die Lehrerinnen und Lehrer zu einer mehrstündigen Streikveranstaltung ein, anschließend demonstrierten sie

sollte in der Folgezeit die Belastung nach außen deutlich gemacht werden. Im Februar dieses Jahres hatte die GEW dann erneut mehrere tausend Lehrer zu einer zweistündigen Arbeitsniederlegung mobilisiert. Appelle an den Senat, ein deutliches Signal zur Lehrerarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu geben, wurden von diesem ignoriert. Außer dummen Scherzen — „Wenn die Lehrer streiken, dann streike ich auch.“ (Bürgermeister Voscherau) — war in der Sache vom Senat nichts zu hören. „Wir haben es jetzt satt, überall sind wir bereits gewesen. Jetzt gibt es nur noch diesen Streik“, erklärte die GEW.

Zwangsgelder in Höhe von 90000 DM gegen die GEW — dagegen wurde inzwischen Widerspruch eingelegt — und Disziplinarmaßnahmen wie Aktenver-

rungen durch Streik Nachdruck zu verleihen.“ ÖTV, GdP und HBV erklärten sich mit dem Streik solidarisch.

Die Ministerpräsidenten befaßten sich nun „am Rande“ ihrer turnusmäßigen Konferenz in Westberlin mit der Lehrerarbeitszeit und erklärten mit Ausnahme von Hessen, sie wollten die Arbeitszeitverkürzung auch für beamtete Lehrer übernehmen. Neueinstellungen würden „in der Regel“ aber nicht erfolgen. Die Mehrkosten sollen auf dem Rücken der Schüler erwirtschaftet werden, durch Kürzungen der Stundentafeln und höhere Klassenfrequenzen. Der Hamburger Senat hatte bereits vor dem Streik lamentiert, die Kassen seien leer, obgleich er in seinem Haushalt eine Gehaltserhöhung von 3% für Beamte einkalkuliert hatte, die in diesem Jahr um 0,6% und im nächsten um 1,6% unterschritten wird. Die GEW Hamburg hat erklärt, sie sei auf keinen Fall bereit, sich auf einen solchen „Betrug“ einzulassen. Die „Hamburger Morgenpost“ vom 31.10. sieht schwarz für den Senat: „Arbeitszeitverkürzung ganz oder teilweise auf dem Rücken der Schüler: Das könnte aus dem — noch — begrenzten Streik der Lehrer eine Protest-Bewegung aus Lehrern, Schülern und Eltern machen. (...) Dann sind ganze Schulen auf der Straße. Der Ärger dort ist groß genug.“ — (rad, AG für antifaschistische Bildungspolitik)



zum Rathausmarkt, wo auch die Abschlußkundgebung stattfand. Fast alle der 450 staatlichen Schulen waren vom Arbeitskampf betroffen. An einigen Schulen, v.a. an Gesamtschulen, lag die Streikbeteiligung bei über 90%. Die geringsten Beeinträchtigungen des normalen Unterrichtsbetriebs gab es im Grundschulbereich.

Die Lehrer wollten mit ihrem Streik verhindern, daß sie erneut, wie schon 1984, als einzelne Gruppe von der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst ausgenommen werden. Seinerzeit hatte der Hamburger Senat erklärt, die zwei Tage Arbeitszeitverkürzung seien für Lehrer durch Ferien abgegolten. Schon 1979 hatten Hamburgs Lehrer für Arbeitszeitverkürzung zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Mit der Aktion „Gläserne Schule“

weise und Gehaltskürzungen von ca. 40 DM je ausgefallene Unterrichtsstunde konnten die Masse der gewerkschaftlich organisierten Lehrer nicht schrecken. Auch einige Schulleiter nahmen am Streik teil, obwohl die Behörde mit Suspendierung gedroht hat.

Mit Ausnahme der GAL verurteilten die Rathausparteien übereinstimmend den Beamtenstreik. Die CDU drohte, Streiklehrer hätten „auf lange Zeit den Anspruch auf Beförderung verwirkt“. Die Schülerkammer sowie verschiedene Elternräte unterstützten den Streik. Der DGB Nordmark erklärte: „Wir haben kein Verständnis dafür, daß der Senat keine politischen Entscheidungen trifft, sondern juristische Mittel einsetzt, um die Forderungen der GEW zu unterdrücken. Auch Beamte sind nach Auffassung des DGB berechtigt, ihren Forde-

Cimex-Prozeß

Erprobung „illegaler Staatsgeheimnisse“

Stuttgart. Im April diesen Jahres wurde der presserechtlich Verantwortliche eines Infos zur NATO-Stabsrahmenübung Cimex '87, der wegen „Verrats von Dienstgeheimnissen“ angeklagt war, vom Amtsgericht freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen Berufung eingelegt, die Verhandlung wird im Januar 1989 stattfinden.

Die Urteilsbegründung ist interessant für den weiteren Prozeßverlauf wie auch für künftige Aktionen gegen die im Frühjahr wieder anstehenden Cimex-Übungen. Der Richter hat sich nicht darauf beschränkt, auszuführen, daß dem Angeklagten weder Verfassung noch Verbreitung des Infos nachzuweisen ist, er hat auch zu den Übungen selber und deren Geheimhaltung Stellung genommen. Einsicht in die Szenarien war dem Gericht vom Innenministerium verweigert worden, das Gericht habe daher die Behauptung der Staatsanwaltschaft, es handle sich um Geheimnisse, „deren unbefugte Offenbarung ... schwere Nachteile für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewärtig“ nicht prüfen können.

Das Gericht stellt fest, es gebe Anhaltspunkte dafür, „daß zumindest Teile der Übungsszenarien oder -einlagen

gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen und damit ein illegales Staatsgeheimnis darstellen könnten: ... Wie vom Zeugen A. weiter bekundet wurde, war Bestandteil der Übung '87, aber auch früherer Übungen immer auch der Einsatz von Polizeikräften, nicht aber der Bundeswehr, gegen Demonstrationen und/oder streikende Arbeiter ... Das Streikrecht als Bestandteil der Koalitionsfreiheit und die Demonstrationfreiheit als Komponente der Versammlungs- und kollektiven Meinungsfreiheit gehören zum „harten Kern“ einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Einsatz von Polizei gegen insbesondere friedliche Demonstrationen könnte daher als ein derartiger Verstoß gegen die obersten Grundrechte ... erscheinen und bedarf daher unter dem tatbestandlichen Aspekt des illegalen Geheimnisses einer umfassenden und intensiven Überprüfung, die durch die Sperrerklärung bereits im Ansatz verhindert wird ... Auch der sog. „stay-put“-Befehl ... hat den Anschein eines schwerwiegenden Verfassungsverstosses, beraubt er doch im Falle einer atomaren, nicht unbedingt militärischen Katastrophe unter Anwendung von Waffengewalt die betroffenen Opfer ihres elementarsten Rechts, sich durch örtliche Veränderung in Sicherheit zu bringen ...“ — (evc)

IG-Metall Veranstaltung

Ausländerrotation angegriffen

Essen. Der IG-Metall Bezirk Dortmund führte zusammen mit dem NRW-Landesbezirk des DGB am 5.11. eine Tagesveranstaltung gegen das geplante neue Ausländerrecht durch. In die Weseler Niederrheinhalle kamen 300 Teilnehmer, überwiegend ausländische Gewerkschafter.

Siegfried Müller, Referent beim Hauptvorstand der IGM, betonte im Eingangsreferat, daß die Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Arbeiter von der IGM als Angelpunkt ihrer Politik gegen die Diskriminierung von Ausländern angesehen wird. Den ausländischen Arbeitern das Wahlrecht zu verweigern heiße, ihre politische Ohnmacht festzuschreiben. Ohne Wahlrecht seien deshalb auch Fortschritte bei der sozialen und rechtlichen Gleichstellung nicht erreichbar. Für die soziale Ungleichbehandlung führte er Beispiele u.a. aus dem Steuerrecht an sowie den Betrug um Ansprüche an die Rentenversicherung bei Rückkehr in die Herkunftsländer.

Müller rückte die Absichten der Bundesregierung nach weiterer Differenzierung und Spaltung der ausländischen Arbeiter in Zusammenhang mit ihrer arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Po-

litik. Die geplante Rotation ausländischer Arbeiter sei der Kern des Entwurfs, durch den direkt nationalistische und rassistische Ideologien („Ausländerfeindlichkeit“) gefördert werden. Eine verstärkte Kritik an konservativen Werten wie „Elite“, „Leistung“ sowie an der Leugnung und Verharmlosung faschistischer Verbrechen auch durch Mitglieder der Bundesregierung (Bitburg) sei unabdingbar, um die Angriffe der Reaktion auf die Gewerkschaftsbewegung insgesamt abzuwehren.

Da Diskussionsbeiträge aus dem Publikum erst nach der Mittagspause im Rahmen einer Podiumsdiskussion zugelassen waren, konnte Staatssekretär Rottke vom NRW-Innenministerium, der in Vertretung von Minister Schnoor (SPD) gekommen war, ungeschoren die Politik der Landesregierung darlegen. Die Landesregierung weigert sich, das Kommunalwahlrecht einzuführen, obwohl die NRW-Verfassung dies zuließe. Als Begründung führt sie an, daß die Einführung nur mit einem breiten Konsens möglich wäre (die SPD hat die absolute Mehrheit im Landtag), deshalb müsse zunächst die CDU zustimmen. Im übrigen setzt die Landesregierung auf eine EG-Regelung, die aber an der Rechtlosigkeit der aus anderen Anwerbestaaten kommenden Ausländer nichts ändern würde.

Die Vertreter von CDU und FDP vertraten in der Podiumsdiskussion, daß hier bereits lebenden ausländischen Arbeitern „Integrationsangebote“ gemacht werden sollten. Völlig einig waren sie sich mit dem Vertreter der SPD, daß darunter die Erleichterung der Einbürgerung zu verstehen sei. Von politischen Rechten für Nicht-EG-Angehörige ohne Einbürgerung war nicht die Rede.

Aus dem Publikum wurde vor allem die geplante Rotation ausländischer Arbeiter kritisiert und mit dem System von Wanderarbeitern in Südafrika, die ebenfalls völlig rechtlos sind, verglichen. Die Rotation läge ausschließlich im Interesse der Kapitalisten, die für Mitte der 90er Jahre schon ihren verstärkten Bedarf an ausländischen Arbeitern angemeldet haben. — (syb)

Asylbewerber

Aktionen gegen Erlaß

Kiel. Die Auseinandersetzung über den seit 1.10.88 in Kraft getretenen Erlaß über „Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ kommt in Gang. Wir berichteten (PB 20/88) über die gemeinsame Presseerklärung vom Landesvorstand der GRÜNEN und der landesweiten „Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit“ vom 30.9.

Seit dem 1.10. gibt es in Schleswig-Holstein die Auszahlung der Sozialhilfe

in bar an alle gleich: nur in der Stadt Kiel, unserer Kenntnis nach, ist bis jetzt keine Gemeinschaftsunterkunft geschlossen worden. Flüchtlinge in Stohl (Kreis Rendsburg) und Kappeln organisierten einen befristeten Hungerstreik, in Lübeck findet ein Essensboykott statt, wird ein Offener Brief für die öffentliche Wohnungsvergabe verteilt.

Auf einen „Offenen Brief“ des Sozialministers Jansen folgt ein „Offener Brief“ der landesweiten Initiative (in Auszügen): „Natürlich begrüßen wir, daß z.B. die Stadt Kiel per 1.10. auf Grundlage Ihres Erlasses die schon längst fällige Bargeldauszahlung für alle Flüchtlinge vorgenommen hat ... Natürlich verschweigen wir auch nicht, daß



eine Gemeinde, wenn sie sich für dezentrale Unterbringung und Sachleistungen entscheidet, die Möglichkeit in Ihrem Erlaß findet, dieses bezahlt zu bekommen. Wir greifen jedoch an, daß der Erlaß nicht generell ein Schritt für die Rechte der Flüchtlinge ist, daß er so wenig verpflichtend ist, daß reaktionäre Politiker ganz legal weitermachen können. Wir greifen auch an, daß Sie durch den Erlaß eine Spaltung in „unerwünschte“ (zentral) und „geduldet“ (Ausnahmefälle, dezentral untergebrachte Asylbewerber) vorantreiben ... Diese Spaltung ... und den nur schleichenden Abbau von Gemeinschaftsunterkünften, können Sie durch keinen Sachzwang rechtfertigen. Steigende Aussiedlerzahlen und die vorrangige Besetzung der verfügbaren Sozialwohnungen mit Aussiedlern sind nicht zufällig, sondern Ergebnis einer längeren Politik. Ist es nicht so, daß bei den Aussiedlern wegen des vagen kleinen „deutschen“ Unterschieds plötzlich möglich ist, was Tausenden ausländischer Arbeiter und Flüchtlinge, die jahrelang hier leben, immer verwehrt wird? ... Diese reaktionäre Politik stellen Sie jedoch als Sachzwang dar, der die Wohnungen einfach knapp werden läßt. Die Politik tragen Sie persönlich (WELT 16.9.) und die SPD Landesregierung mit ... (dam)

Kindergartenrichtlinien

Gegen Verschlechterungen, die die Subsidiarität befördern sollen

Mannheim. Die baden-württembergische Landesregierung sah sich Ende Oktober einer in ihrem Ausmaß nicht erwarteten Protestbewegung gegenüber. In Mannheim kamen ca. 1000 Eltern und Kindergartenleiterinnen in die Aula der Uni, um ihrer Ablehnung der wenige Tage später von der Landesregierung durchgeführten Änderung des Kindergartenrechts Ausdruck zu verleihen. In Heidelberg beteiligten sich über 800 Menschen an einer Demonstration gegen die Richtlinienänderung.

Die Unzufriedenheit in Mannheim mit der Kindergartenversorgung dauert schon Jahre an. Vor knapp zwei Jahren sah sich der Gemeinderat gezwungen, ein „Sonderprogramm“ zur Schaffung von 300 zusätzlichen Kindergartenplätzen in den größten Engpaßgebieten zu verabschieden. ÖTV und DGB forderten

Unterstützung der katholischen Kirche. Die Mobilisierung zu den Protestveranstaltungen gelang durch Rundschreiben, die über die Kindergärten verteilt wurden. Ähnliche Publikationsmöglichkeiten verwehrt das Jugendamt bis heute dem Stadelternbeirat. Der Initiator ist ein Geschäftsmann, der — wie man mittlerweile weiß — der FDP zumindest nahesteht. Eine Zusammenarbeit mit der ÖTV oder dem Stadelternbeirat lehnte er von vornherein ab. Stattdessen bediente er sich „eingetragener Vereine in Gründung“ in Mannheim, auf Landes- und auf Bundesebene, jeweils unter seinem Vorsitz.

Die Mannheimer CDU, die auch den Sozialdezernenten stellt, reagierte „mit Entsetzen“ und wandte sich an die Pfarreien und ihre Kindergärten mit beschwichtigenden Worten. „Keinesfalls“

ten aufgehoben; die Richtlinien haben nur noch ein Drittel ihres bisherigen Umfangs.

Mit dieser „Entrümpelung“, wie die Landesregierung ihre Machenschaften demagogisch nennt, eröffnete sie den Kommunen die Möglichkeit, den Standard zu senken, ebenso wie den freien Trägern. Vor allem aber dürfte die Richtlinienänderung diversen Selbsthilfeeinrichtungen (deren Notwendigkeit die Regierung gleichzeitig hervorhebt) die Existenz erleichtern; denn oft scheiterten solche Gründungen z.B. an den Bauvorschriften. Die CDU bringt so weiteren Schwung in die Subsidiarität, getreu der Ankündigung des Fraktionsvorsitzenden Teufel in der Debatte um die Regierungserklärung Späths: „Unser Grundsatz lautet: Selbstverantwortung und Solidarität. Selbsthilfe, gegenseitige Hilfe in der Familie und Verwandtschaft, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeit, Hilfe durch Glieder der Kirchengemeinden, Angebote freier Träger müssen wieder ganz und gar selbstverständlich werden. (...) Die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit war zu allen Zeiten Schwerpunkt der Arbeit der CDU-Fraktion. Wir werden in der neuen Legislaturperiode eine neue Offensiven für das Ehrenamt, für Selbsthilfegruppen und für die freien Träger starten.“

Diese Ankündigung kann die Kirchen nicht so entsetzt haben. Wohl aber der finanzpolitische Teil der vorgenommenen Rechtsänderungen. Die Landesregierung hatte laut Presseberichten im Frühjahr beabsichtigt, die 220 Mio. DM Personalkostenzuschüsse (= 30%) für Kindergärten gänzlich zu streichen. Sie besann sich dann allerdings einer anderen Vorgehensweise. Sie kürzt nun die Ausgleichsmasse für den kommunalen Finanzausgleich um 370 Mio. DM und rechnet die 220 Mio. DM hierauf an.

Die Kürzung der Ausgleichsmasse ergänzt sich in Mannheim mit einem Gewerbesteuerausfall von 80 bis 90 Mio. DM (geplant: 350 Mio. DM) und mit der ab 1990 einsetzenden vollen Belastung durch die Steuerreform. Der Kämmerer hat daher bereits eine pauschale Kürzung aller freiwilligen Zuschüsse an Dritte um 20% angekündigt. Die Personalkostenzuschüsse an freie Kindergartenträger beispielsweise von 42% sind nur bis zu 30% Pflicht. Die Kirchen, besonders die katholische, vertritt seit letztem Jahr, daß sie mit 2,2 Mio. DM Zuschüssen an ihre Mannheimer Kindergärten am Ende sei. Mehr könne sie nicht aufbringen. Sie drohte bereits mit der Schließung einiger Kindergärten. Immerhin befinden sich in Mannheim von 6413 Kindergartenplätzen (1986) 5305 in freier Trägerschaft.

Der DGB-Kreisfrauenausschuß führt in diesen Tagen eine Veranstaltung durch: „Wohin mit unseren Kindern?“ — (tht)



800 demonstrieren in Heidelberg gegen die Kindergartenpolitik der Landesregierung.

555 Plätze zur Erreichung einer wenigstens 75%igen Versorgungsdichte. Außerdem erhöhte der Gemeinderat damals die Personalkostenzuschüsse für freie Träger von 40 auf 42%, um die ohnehin hohen Gebühren dieser Träger nicht noch weiter in die Höhe zu treiben.

Wesentliche Kräfte im Kampf um wenigstens diese minimalen Verbesserungen bzw. zur Abwehr von Verschlechterungen bei der personellen Ausstattung waren die ÖTV, hier besonders der Kreisfrauenausschuß, und der Stadelternbeirat städtischer Kindergärten. Dieser Stadelternbeirat kämpft seit Jahren um Anerkennung als Verhandlungspartner der Stadtverwaltung und um einen Sitz im Jugendwohlfahrtsausschuß.

Die nun durchgeführten Protestaktionen gingen auf die Initiative eines Elternvertreters in einem katholischen Kindergarten zurück. Er hatte hierbei die

werde mit dem Vorschriftenabbau, Kernpunkt einer Änderung der Kindergartenrichtlinien, „das Ziel verfolgt, den heute erreichten Standard der Kindergärten abzubauen.“

Was ist nun der Gegenstand der von der Landesregierung vorgenommenen Änderungen im Kindergartenrecht, und warum reagierten die Kirchen so empfindlich?

Die Kindergartenrichtlinien, die in ihrer bisherigen Form seit 1.1.1983 gelten, legen die Gruppengröße auf 25 Kinder (Richtwert) bzw. 28 (Grenzwert) fest. Sie schreiben für jedes Kind mindestens 2,2 qm Fläche vor sowie für jede Gruppe mindestens 1,5 ausgebildete Erzieher/innen. Ferner verlangten sie für jeden Kindergarten Spielflächen im Freien. Diese Auflage ist nun gestrichen. Ferner wurden diverse bauliche und die Inneneinrichtung betreffende Vorschrif-

Standortsicherung

Billige Wohnungen für AEG geräumt

Heilbronn. Drei Wohnblocks mit 128 Sozialwohnungen, eine große Grünfläche dazu sollen in Heilbronn vernichtet werden. Ein Ersatz ist nicht vorgesehen. Die Kosten für eine Sanierung der Wohnungen werden von der Stadt auf 3-5 Millionen DM geschätzt, Abriß und Umwidmung über 7 Millionen DM. Über 1000 Leute stehen in Heilbronn auf der Warteliste für Sozialwohnungen. Der Gemeinderat hat mit Ausnahme der Grünen dem Abriß zugestimmt. Steuergelder werden für Konzernbedürfnisse umgelenkt: Für das Sonderprogramm „Einfache Stadtsanierung“ (also eigentlich für Gebäudesanierung) gibt es Geld von der Landesregierung. Die Stadt verspricht sich Gelder in Höhe von 2/3 des Kaufpreises von 2 Millionen, die sie der Stadtsiedlung für den Erwerb zahlt.

Nur, daß dann halt abgerissen wird. Warum? Der Konzern AEG Telefunken, Teil des Daimler-Benz-Rüstungskonzerns, beansprucht das Gelände. Was er dafür bezahlt hat, ist geheim. Eine Ausweitung der Produktion, die „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ wird selbst von AEG Telefunken für die nächsten Jahre ausgeschlossen. Vorerst sollen auf dem Gelände Parkplätze errichtet werden. Das Stichwort, mit dem sich AEG Telefunken durchsetzen kann, heißt Standortsicherung. Wenn die Stadt schon einen Betrieb auf dem Wachstumsmarkt Mikro-Chips, „high-tech“ habe, müsse der auch bedient werden. Schließlich kann der ja drohen, seine Produktion nach Manila oder sonstwohin zu verlagern. Eine Stadt brauche neben Wohnungen natürlich auch Arbeitsplätze. So z.B. die SPD, bevor im Gemeinderat den Grünen endgültig verboten wurde, weiter über das Thema zu reden. Im Betrieb selbst drängt AEG Telefunken auf die Ausweitung der Arbeit am Samstag zumindest für die Fertigung von Einzelhalbleitern und optischen Elementen. Neueinstellungen werden von der Zustimmung zur Samstagsarbeit abhängig gemacht.

Seit dem Sommer, etwas spät, denn die Stadtsiedlung hatte durch „Entmietung“ schon weitgehend Tatsachen geschaffen, kümmern sich verschiedene linke Personen um die Häuser. Ausgangspunkt war u.a. die Tatsache, daß auch einige Flüchtlinge, für die die Städte ja nie freiwillig Wohnungen haben, in den Blocks untergebracht sind. Ein Stadtteilstreit wurde veranstaltet. Die Demonstration gegen die Ausstellung „Unsere Luftwaffe“ hielt vor den Häusern eine Zwischenkundgebung ab. Jetzt erscheint die erste Nummer der Zeitung „Rote Olga“ für die Mieter in diesem Gebiet und die Arbeiter bei Telefunken. „Wir wollen in dieser Zeitung über die



128 „Einfach-Wohnungen“ sollen einem AEG-Parkplatz weichen.

Situation im Viertel und bei Telefunken berichten ... Zum Beispiel über Auseinandersetzungen bei Telefunken um Arbeitszeit, Lohn und Wochenendarbeit; über Mieterhöhungen und Zwangsräumungen im Viertel und über den Widerstand dagegen ... TelefunkenarbeiterInnen und StadtteilbewohnerInnen haben die gleichen Feinde: Unternehmer, Mietshausbesitzer, Wohnbaugesellschaften und Stadtverwaltung“ (aus dem Vorwort). — (bes)

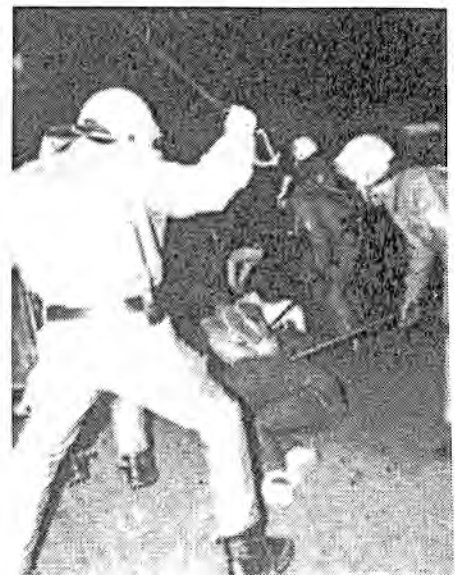
Rücktritt gefordert

Auflösung der Sondereinheiten

Westberlin. Mit 79 zu 61 Stimmen wurde am 27.10. der Mißtrauensantrag gegen Innensenator Kewenig zurückgewiesen. AL und SPD hatten in je eigenen Anträgen die Abwahl gefordert. Ein FDP-Abgeordneter stimmte mit der Opposition. Die SPD begründet ihren Antrag mit den massiven Behinderungen der Presse während der Polizeieinsätze gegen IWF-Gegner, mit den Äußerungen Kewenigs und mit den geheimdienstlichen Aktivitäten der Bereitschaftspolizei vor und während der IWF-Tagung im linken und autonomen Spektrum. Ein Polizeibeamter soll sogar eine Demonstration angemeldet haben, ein anderer bei Gewalttätigkeiten festgenommen worden sein. Die AL greift in ihrer Antragsbegründung die Verantwortlichkeit für die Polizeimaßnahmen während der IWF-Tagung insgesamt an, nicht nur die Exzesse. Sie weist auf Kewenigs Verantwortung für den brutalen Einsatz der „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ (EbLT) am 1. Mai in Kreuzberg hin, auf die politische Deckung, die der Senator dieser Sonder-

einheit nach ihrem Debüt beim Prügeleinsatz in Wackersdorf vor etwa einem Jahr gegeben hat. Der Wackersdorfeinsatz hatte allein zu 19 Strafanzeigen geführt, bei denen aber die Täter nicht ermittelt werden konnten. Daß die EbLT am 1. Mai in Kreuzberg derart wahllos auf alles, was keine Uniform trug, eingeschlagen hatte, daß drei höhere Polizeichargen in Zivil was abbekamen, hatte Kewenig kommentiert: Man sei halt ohne Ansehen der Person vorgegangen.

Der EbLT hat der Senator bei den Septembereinsätzen mit der EB 43 eine weitere Bürgerkriegsformation hinzugefügt. Daß die Polizei die Journalisten in einem Polizeikessel festhielt, rechtfertigte Kewenig: Die Pressefreiheit müsse am Tatort schon mal zurückstehen. Daß auf die IWF-Demonstration der Autonomen gleich zu Beginn ohne Anlaß mehrmals eingeschlagen wurde, begründete Kewenig nicht mit Ausreden über Vermummung, sondern so: Dies seien „generalpräventive Maßnahmen“ gewesen, mit denen den Demonstranten „der Schneid zur Gewaltanwendung“ genommen werden sollte. Der SPD-Vorsitzende Momper entblödet sich zwar nicht, der Polizei für den Schutz der IWF-Tagung zu danken. Die Forderung nach Auflösung der Sondereinheiten wird aber auch von der SPD unterstützt. Nachdrücklich fordern die AL, der DGB-Vorsitzende Pagels, der westberliner GdP-Vorsitzende von Walsleben deren Auflösung. Während der GdP-Bundesvorsitzende Lutz erklärte: „Wir haben jedes Interesse daran, uns von Leuten zu trennen, die in der Polizei Straftaten begehen“, hetzt der Chef der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund die Polizisten in gefährliche Auseinandersetzungen. Nach ihm ist es schmutziger Wahlkampf, die Auflösung der Sondereinheiten zu verlangen, und man müsse endlich Schluß mit dem Gekack auf den Straßen machen. — (chk)



Polizeischläger im Einsatz bei der Autonomen Demonstration gegen den IWF

ÖTV-Aktionen gegen Pflegenotstand

Beschäftigte fordern mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

München. Das Pflegepersonal aus städtischen und staatlichen Kliniken sowie den Altenheimen in München hatte im September 1987 bereits eine Unterschriftenaktion gestartet, in der unter anderem stand: „Wir Pflegekräfte sehen uns veranlaßt, alle Verantwortlichen, alle derzeitigen und zukünftigen Patienten darauf aufmerksam zu machen, daß unter den jetzigen Umständen auf den Krankenstationen der Kliniken und Altenheime eine ausreichende Pflege nicht möglich ist.“ Um diese Personalsituation auf den Krankenstationen zu verbessern werden u.a. folgende Forderungen aufgestellt. Stellenmehrung an allen städtischen Krankenhäusern um mindestens 510 Stellen. Bezahlung nach BAT. Verbot der Überstunden. Abschaffung der 6-Tage-Woche. Bessere Fort- und Weiterbildung. Innerhalb kurzer Zeit wurden 4000 Unterschriften gesammelt und am 1.10.87 OB Kronawitter übergeben.

auf eine sachgerechte Darstellung der Personalsituation bestanden.

Während dieser Auseinandersetzungen wurde von Vertrauensleuten und Personalräten mit der Gewerkschaft ÖTV am 7.11.87 die erste Demonstration mit Kundgebung in München von Krankenhaus- und Altenheimbeschäftigten mit ca. 5000 Teilnehmern durchgeführt. Neben Flugblättern mit den Themen: „Bettenabbau“, „Patientenorientierte Pflege“ und „Arbeitsbelastung und ihre Folgen“, wurde eine Resolution der Münchner Pflegekräfte verteilt.

SPD-Stadträte stellen Forderungen auf

Die Arbeitgeberseite, d.h. die Stadt München, sah weiterhin keine Veranlassung zu irgendwelchen Zugeständnissen. Die SPD-Stadtratsfraktion führte dann ein Fraktionsseminar durch mit dem Thema „Krankenpflege im Wan-

weiter verschärfen würden, und so wurden auf einer Mitgliederversammlung der ÖTV weitere Schritte zur Durchsetzung der bestehenden Forderungen diskutiert. Eine Broschüre sollte erstellt werden, und weitere Veranstaltungen waren geplant. Schon über Monate hinweg waren 115 Planstellen im Pflegebereich an den städtischen Krankenhäusern nicht besetzt. Durch Feiertagsarbeit, Überstunden und Mehrarbeit haben sich 65000 Arbeitsstunden angesammelt, die nur in Freizeit und nicht in Überstundenvergütung ausgeglichen werden können. Aus dem Wirtschaftsplan der Städtischen Krankenhäuser ist zu den Personalkosten folgendes aufgeschlüsselt: „1982 waren die Personalplankosten auf 293,1 Mio. DM angesetzt, die tatsächlichen Personalkosten betrugen 279,5 Mio. DM. (Einsparung von 13,6 Mio. DM) 1985 wurden 20 Mio. DM eingespart und von 1982-86 waren es insgesamt 61,4 Mio. DM Personalkosteneinsparung.“

CSU will Schwestern aus Ungarn und Soldaten

In den ersten Monaten 1988 kam zu den ganzen Auseinandersetzungen an den Kliniken noch die Diskussion um das neu zu bildende Gesundheitsreferat hinzu. Auch die Personalvertretungen versprachen sich durch die Einführung eines Gesundheitsreferates eine deutliche Vereinfachung für den täglichen Krankenhausablauf. Skeptische Stimmen waren deutlich in der Minderheit. Eine Forderung war die Selbständigkeit in der Personalpolitik innerhalb der Krankenhäuser. Dazu gehört, daß diejenigen Stellen, die für Personalangelegenheiten zuständig sind, auch besondere Kenntnisse über die Arbeit und Organisation im Krankenhaus haben. Weiter wurde der dringende Bedarf nach Fort- und Weiterbildung betont, um die Pflegequalität zu verbessern. Zum neuen Referenten wurde dann mit den Stimmen der Stadtratsfraktion der Grünen der CSU-Kommunalpolitiker Dr. T. Zimmermann gewählt, der bisher als Chirurg im Klinikum rechts der Isar tätig war. Was hatte der CSU-Politiker für Vorstellungen und Pläne? Dr. Zimmermann hatte die Idee, über Leihfirmen Krankenschwestern aus Ungarn anzuheuern oder Sanitätssoldaten der Bundeswehr einzusetzen. Von einer Dienstleistungsagentur in München erhielt er ein entsprechendes Angebot. Darin heißt es u.a.: „Das angebotene ungarische Personal ist wegen persönlicher Vorteile hoch motiviert und dadurch belastungsfähig. Da die Arbeitserlaubnis für diese ausländischen Arbeit-



Am 5. November 1988 demonstrierten in München über 10000 Beschäftigte der Krankenhäuser und Altenpflegeheime aus ganz Bayern.

Von der Stadt werden 510 Stellen mehr gefordert

Der Personalreferent Dr. Frieling fühlt sich durch solche Angriffe und Aktivitäten vom Krankenhauspersonal „persönlich verletzt“. Illusionäre Forderungen würden aufgestellt werden und sachlich unhaltbare Äußerungen, für die es nicht den geringsten Anlaß gäbe, wirft er den Personalvertretungen vor. Die 510 geforderten Stellen würden eine Steigerung des Defizits der städtischen Krankenhäuser von 22 Mio. DM auf 47,5 Mio. DM bedeuten. Die Personalvertretungen ließen sich durch diese Diensttherrenprovokation nicht einschüchtern und haben in einem Brief an den Personalreferenten

del“. Die zehn Anträge an den Münchner Stadtrat, die dabei herauskamen, unterstützen wenig den stattfindenden gewerkschaftlichen Kampf. Die SPD will z.B. durch die „Qualifikation von Zivildienstleistenden“ die schon heute dienstverpflichteten, billigen Arbeitskräfte ohne tarifliche und gewerkschaftliche Rechte zu Ersatzkrankenpflegern befördern. Andererseits sollen durch „Wiedereingliederungskurse für Kranken- und Kinderkrankenschwestern“ Arbeitskräfte wieder zurückgeholt werden, die wegen der Arbeitshetze das Krankenhaus früher verlassen haben.

Für das Pflegepersonal war abzusehen, daß im Frühjahr und Sommer '88 ihre Probleme auf den Stationen sich

nehmer nur für den im Vertrag festgelegten Arbeitsplatz gültig ist, ist die Fluktuation stark vermindert.“ Gegen beide Vorschläge — ungarische Krankenschwestern und Sanitätssoldaten — gab es scharfe Kritik. Der Krankenhausreferent richtete weiter gegen die ÖTV scharfe Angriffe — die ÖTV habe bei den Lohnforderungen gepennt — und erklärte sich scheinheilig für einen tariflich zugesicherten Teuerungszuschlag in Ballungsbereichen.

ÖTV kritisiert den Gesundheitsreferenten

In einem Presse-Info der ÖTV-Kreisverwaltung München wurden die Vorwürfe gegen die ÖTV zurückgewiesen: „Die in einem Interview geäußerten Vorwürfe des neuen Gesundheitsreferenten sind falsch, wenn er sagt: ‚Die Gewerkschaft ÖTV hat bei Lohnforderungen und der Imagepflege der Pflegekräfte gepennt.‘ Die ÖTV hat seit Jahren auf die derzeitige personelle Situation aufmerksam gemacht, u.a. durch eine Großdemonstration der Münchner Pflegekräfte am 7.11.87. Sie hat z.B. um Schaden abzuwenden, mit Warnstreiks in München die Absenkung der Bezüge für Lernschwestern und Pfleger um bis zu 40%

erfolgreich bekämpft. Gegen den erbitterten Widerstand des Arbeitgebers. Aber nicht nur die notwendigen finanziellen Verbesserungen des Pflegepersonals sind erforderlich, sondern auch die Verbesserung der Situation am Arbeitsplatz. Daß z.B. freie Stellen erst nach einem halben Jahr nachbesetzt werden — das ist der eigentliche Skandal, den aber ausschließlich der öffentliche Arbeitgeber, z.B. die Stadt München, zu verantworten hat. Hier sind die Pflegedienstleistungen mitverantwortlich.“

Im September gibt dann der ÖTV-Fachausschuß Krankenpflege, der sich im letzten Jahr gebildet hat, eine Broschüre mit dem Thema „Pflegeberufe im Wandel — Strategien für die Zukunft“ heraus und beginnt mit der Mobilisierung zu einer Demonstration und Kundgebung gegen den Pflegenotstand am 5. November 1988.

Die Vorbereitungen für die Demonstration am 5. November

Für diese Demonstration in München wird bayernweit mobilisiert. Durch die gewerkschaftliche Arbeit der Personalvertretungen und Vertrauensleute konnte der Organisationsgrad in der ÖTV bei den Krankenanstalten und Altersheimen

innerhalb eines Jahres bis zu 100 Prozent erhöht werden. Alle Beteiligten waren gespannt, wie groß die Demonstration und Kundgebung wird. Auf einer Pressekonferenz der ÖTV wird dann folgendes bekannt: Ein Pfleger der Arbeiterwohlfahrt schrieb nach seiner Schicht ins Übergabebuch: „Eine menschliche Pflege war nicht möglich“, und bekam dafür eine Abmahnung. Eine in der ÖTV organisierte Krankenschwester, die außerhalb ihres Arbeitsplatzes auf die Zustände im Krankenhaus hinwies, erhielt vom Gesundheitsreferenten eine offizielle Mißbilligung.

Die Demonstration und Kundgebung war dann mit ca. 10000 Beteiligten erfreulich groß. Die ÖTV-Sprecher betonten die Notwendigkeit eines hohen Organisationsgrades. Jetzt ginge es nicht nur darum für diese Forderungen zu demonstrieren, sondern sie auch notfalls — wenn die öffentlichen Arbeitgeber nicht reagieren — mit einem Streik durchzusetzen.

Quellenhinweis: versch. Ausgaben der Südd. Ztg., Flugblätter und Broschüren der ÖTV, Rede von U. Peretzki-Leid, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, DKP-Betriebszeitung Münchner Krankenhäuser — (rul)

Ulrike Peretzki-Leid vom ÖTV-Hauptvorstand

Die Gewerkschaft ÖTV hat die Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Wir haben kein Verständnis für ihre ablehnende Haltung. Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit, daß wir gemeinsam in der ÖTV die Interessen des Pflegepersonals gegenüber den Arbeitgebern durchsetzen. Wir haben keinen Nachholbedarf an Forderungen. Wir haben aber in den Pflegeberufen Nachholbedarf, wenn es darum geht, Forderungen kollektiv und in Solidarität durchzusetzen.

Die Zersplitterung in eine Vielzahl von Verbänden und Arbeitsgemeinschaften, die Interessenvertretung vorgaukeln, in Wirklichkeit aber Vereinspolitik betreiben, verhindert bislang die Konzentration von Kraft und Stärke durch den Zusammenschluß der Pflegepersonen in einer Gewerkschaft. Das müssen wir erkennen! Deshalb, stärkt die Gewerkschaft ÖTV und trägt dazu bei, die sture Haltung der Arbeitgeber zu durchbrechen und unsere Forderungen durchzusetzen. Wir fordern: — Einen Bewährungsaufstieg für alle Pflegeberufe! — Die Kr. IV-Schwester über ein ganzes Berufsleben hinweg darf es nicht mehr geben — Die patientennahe Tätigkeit in der allgemeinen Pflege muß gegenüber anderen Funktionen aufgewertet werden — Tätigkeiten mit höherer Qualifikation und einem größeren Verantwortungsbezug müssen leistungsgerecht vergütet

werden — Zuschläge für Nachtdienst und Dienst zu ungünstigen Zeiten sind endlich angemessen zu erhöhen — Für den Bereich der ambulanten Pflege, der sich immer mehr ausweitete, sind Vergütungsregelungen zu schaffen — für Altenpfleger und Altenpflegerinnen sind tarifliche Eingruppierungsmerkmale analog der Krankenpflege zu vereinbaren. Aber nicht nur die Einkommen, sondern auch die Arbeitssituation der Pflegeberufe sind dringend zu verbessern, wenn die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung jetzt und in Zukunft sichergestellt werden soll. Die Gewerkschaft ÖTV ist bereit, daran konstruktiv mitzuwirken. Deshalb haben wir die Spitzenverbände der Krankenkassen, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Arbeitgeber zu einer gemeinsamen Initiative aufgefordert.

Die Arbeitgeber haben die Beteiligung daran ebenso abgelehnt wie die Aufnah-



Forderungen gegen Arbeitshetze und schlechte Bezahlung

me von Tarifverhandlungen. Gegen sie muß sich unser Unmut richten. Sie tragen die Verantwortung für die desolaten Zustände in unseren Krankenhäusern. Sie müssen sich auch den Vorwurf gefallen lassen, eine vorausschauende Personalplanung versäumt zu haben. Pflegende lassen sich nicht mehr mit Niedrigstlöhnen abspeisen. Sie brauchen ein angemessenes Einkommen und eine berufliche Perspektive, die dem einzelnen den beruflichen Aufstieg unter sozial vertretbaren Bedingungen ermöglicht. Deshalb fordert die Gewerkschaft ÖTV alle am Gesundheitswesen Beteiligten auf, die Attraktivität der Pflegeberufe so zu verbessern, — daß das in diesen Berufen tätige Personal der Kranken- und Altenpflege erhalten bleibt, — daß ausreichend Berufsanfänger aus dem immer geringer werdenden Reservoir von Jugendlichen für diese Berufe gewonnen werden können — und daß Arbeitslose aus dem Beruf ausgeschiedene Krankenschwestern und -pfleger über Umschulungsmaßnahmen bzw. Wiedereingliederungskurse für die Kranken- und Altenpflege interessiert werden können.

... Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht länger Sparopfer sein! Wir wollen unsere gesellschaftlich wichtige Aufgabe unter akzeptablen Bedingungen ausüben können! Wir wollen, daß die Pflegeberufe Zukunft haben! Wir wollen, daß für die Pflege motivierte Berufsanfänger nicht nach kurzer Zeit frustriert die Flucht antreten müssen

„Treuepflicht“ auch für Angestellte

Hildesheim. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel bestätigte das Urteil des niedersächsischen Landesarbeitsgerichts, daß an die Treuepflicht eines Angestellten die gleichen Anforderungen zu stellen seien wie an einen Beamten. 1983 wurde der angestellte Emdener Lehrer und frühere DKP-Ratsherr Lammers wegen seiner Betätigung für die DKP abgemahnt. Lammers droht nun die Entlassung. Das Emdener Arbeitsgericht, bei dem er gegen seine bereits ausgesprochene Entlassung klagte, wartete nur auf das BAG-Urteil. — (anp)

Proteste gegen 9-Stunden-Schichten

Stuttgart. Am Mittwoch, den 21.9.88, hatten sich 70 Arbeiter aus der Druckgiesserei von Daimler-Benz Untertürkheim im Pausenraum versammelt. Unter folgenden Brief an den Betriebsrat sammelten sie Unterschriften: „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir Arbeiter aus der Druckgiesserei wollen Euch mitteilen, daß wir mit der 9-Stunden-Schicht, die die Firma plant, nicht einverstanden sind ... Auch eine Frei-

Leer. Am 25. Oktober verhinderten nach einer Betriebsversammlung die 300 Beschäftigten der Jansen-Werft die Zwangsversteigerung des Inventars (Bild). Der Betriebsrat wirft dem Konkursverwalter vor, daß er die Übernahme durch ortsansässige Reeder und Zuliefererfirmen und die Weiterführung als Reparaturwerft behindert habe. Der Konkursverwalter kündigte nach der erfolgreichen Aktion der Belegschaft die noch bestehenden Arbeitsverhältnisse. Die IG Metall forderte die Ablösung des Konkursverwalters. — (gba)



schicht pro Woche ist dafür kein Ausgleich. Acht Stunden sind genug! Kein Arbeitsbeginn vor sechs Uhr! Kein Arbeitsende nach 23 Uhr!“ Bei einer danach stattfindenden Verhandlung mit der Werksleitung forderte ein IG Metall-Betriebsrat anstelle der 9-Stunden-Schichten die Einrichtung von Dauernachtschichten. Die Geschäftsleitung wollte sofort darauf eingehen. Die Betriebsräte der Gruppe plakat lehnen sowohl die Ausweitung der Dauernachtschicht wie auch die 9-Stunden-Schichten ab. Quelle: Zeitung „plakat“ vom Oktober 1988. — (ros)

142 000 Unterschriften gegen Sonntagsarbeit

Augsburg. Vertreter der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung haben dem Bundesarbeitsminister Ende September 142 000 Unterschriften gegen Sonntagsarbeit überreicht. Diese — für eine einzelne Diözese — beachtliche Anzahl von Unterschriften wurden seit März gesammelt. Im Text heißt es: „Es gibt heute vielfach Bestrebungen, den Sonntag immer mehr über ein notwendiges Maß hinaus auszuhöhlen und zu vermarkten. Dagegen wehren wir uns mit Entschiedenheit.“ Andere bundesdeutsche Bistümer wollen in Kürze ebenso verfahren. — (poj)

Direktor lobte dann auch auf der Betriebsversammlung die Flexibilität der Belegschaft, forderte aber noch mehr Schichtarbeit und Überzeit. — (ros)

GEW-Kundgebung für mehr Stellen

Westberlin. Anlässlich der Tagung der Ministerpräsidenten in der Stadt forderten am 26.10. 6-700 Lehrerinnen und Lehrer die Übernahme der Arbeitszeitverkürzung und Schaffung von 20 000 Stellen als Ausgleich. Die Arbeitgeber sollten endlich aufhören, die Zuständigkeit zwischen Kultus-, Finanzministern und Ministerpräsidenten hin und her zu schieben. Trotz Verweis auf die erbrachten finanziellen Vorleistungen und damit Finanzierbarkeit ihrer Forderung und trotz gleichzeitigem Streik der Lehrer in Hamburg fällt die Ministerpräsidentenkonferenz keinen Beschluß in dieser Sache. — (har)

Bosch-Deal: Einstellen gegen Flexi

Stuttgart. Bosch in Feuerbach ist der einzige Betrieb in Stuttgart, der größere Neueinstellungen vornimmt. 130 offene Plätze gibt es nach Darstellung von Bosch. Tatsächlich wurden seit längerem Abgänge aus der Belegschaft nicht ersetzt, trotz Steigerung der Stückzahlen und trotz Einsprüchen des Betriebsrates. Das derzeitige Entgegenkommen der Geschäftsführung hat seinen Grund: Bosch hat der Konkurrenz Aufträge abgejagt und die Zustimmung des Betriebsrats für Wochenend-Arbeit bis Weihnachten war notwendig. So kam der Deal zustande: Neueinstellungen gegen acht Sonderschichten an Samstagen bis Weihnachten. Der für Feuerbach zuständige

9-Stunden-Tag bei VW geplant

Hannover. Die Tariff Kommission der IG Metall bei VW hat am 31. Oktober die Vorstellungen der VW-Konzernführung zur Arbeitszeitregelung zurückgewiesen. Die Konzernleitung fordert z.B. nachdrücklich: Ausweitung der Arbeitszeit auf neun Stunden, Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit und Abbau sozialer Leistungen. Am 2. November endete die erste Verhandlung ergebnislos. — (UZ, 3.11.88; mal)



USA. Die BASF-Kapitalisten halten noch immer über 100 Beschäftigte aus dem BASF-Werk Geismar ausgesperrt. Die Aussperrung dauert jetzt über vier Jahre. BASF hatte ausgesperrt, als die Beschäftigten Lohnkürzungen ablehnten. Im September 1987 erklärten die Kapitalisten, nur wer die Kürzungen annehme, würde im Lauf des folgenden Jahres wiederingestellt, wer ablehne, würde ersetzt. Die 110 Instandhaltungsarbeiter würden auf jeden Fall durch Leiharbeiter verdrängt. Bis September 1988 hat die BASF von den 370 ausgesperrten Chemiearbeitern 210 wieder übernommen. Der Stundenlohn ist um drei Dollar gekürzt. Die Chemiegewerkschaft OCAW findet Unterstützung von anderen Gewerkschaften (Bild) — (gba)

Veranstaltungsverbote in Nordbayern

„Repression in der Provinz“

Schweinfurt. „Zweck dieser Broschüre ist, über Veranstaltungsverbote (sowie ein de facto-Demo-Verbot) der letzten Zeit in Nordbayern zu informieren und zu einer Diskussion über Möglichkeiten des Widerstands dagegen anzuregen“ (Vorwort). Es geht um den Versuch des bayerischen Innenministeriums, öffentliche Veranstaltungen autonomer Gruppen faktisch vollständig zu verbieten. Die Lektüre der Broschüre macht deutlich, wie bedrohlich weit die Reaktion mit der Ausschaltung und Isolierung der autonomen Kritik in der Öffentlichkeit bereits gekommen ist und wie erfolglos der Widerstand unter autonomer Führung dagegen agiert. Beides, Information und Diskussion über den Widerstand, wird also wirklich dringend.

100 Seiten Dokumente hat die Bunte Hilfe Nordbayern dazu über den Zeitraum nicht einmal eines Jahres zusammengetragen: Flugblätter, Stellungnahmen und Referate der Veranstalter, Verbotverfügungen, Presseartikel über Verbote von autonomen Veranstaltungen in Nordbayern (Veranstaltungen zur Situation der politischen Gefangenen, Veranstaltungen mit der Frankfurter Lupus-Gruppe zur Situation nach den Schüssen an der Startbahn West, Information über die Wuppertaler Verfahren nach § 129a). Es findet sich eine kurze Chronik über Veranstaltungsverbote in Bayern in den letzten drei Jahren. Aufgenommen wurden Dokumente zur Auseinandersetzung um den Coburger Convent sowie ein Bericht „München, der Überfall auf das Zunfthaus“ (verbotene Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen am 4.11.86) mit der nachfolgenden Anklageschrift nach § 129a.

Das Vorgehen, Veranstaltungen von Autonomen in Nordbayern zu verhindern, lief nach dem Muster: Auf Initiative des bayerischen Innenministeriums veranlassen die Bezirksregierungen die Kommunen zum Verbot. Die Begründungen lauten immer auf beleidigende Äußerungen nach § 90a, weil der BRD Folter an politischen Gefangenen vorgeworfen wird. Die Verfügungen scheren sich dabei wenig um Tatsachen. In Bamberg bezieht sich das Verbot auf Äußerungen in der Zeitung „rafgier“, mit der die Veranstalter erklärten nichts zu tun haben. Der Wortlaut dieser Verfügung wird fast identisch in den Veranstaltungsverböten in den anderen Städten wiederholt. Das Veranstaltungsverbot in Würzburg zitiert dabei das einladende Flugblatt aus Schweinfurt mit der identischen Begründung von Forchheim. Die Verbotverfügungen werden alle am Veranstaltungstag selbst zugestellt. Im Bamberg wird vorgeschoben, daß kein Veranstalter bekannt sei. In Schweinfurt bleibt die Verfügung unbekannt, da tatsächlich kein Veranstalter existiert. Aus der Dokumentation ist nicht zu entnehmen, daß von den Veranstaltern eine Klage auf rechtlicher Ebene gegen die Verbote betrieben wird, ebensowenig, ob die öffentliche politische Auseinandersetzung gesucht wird zur Verteidigung der mit Verbot belegten Aussagen „Folter an politischen Gefangenen durch Isolationshaft“. Wenn von vornherein die Taktik eingeschlagen wird, keinen Veranstalter zu benennen, dürfte das auch tatsächlich schwerfallen.

Wo dem Innenministerium ein Verbot nicht opportun erscheint, werden Beamte in Zivil oder Uniform in die Veranstaltung geschickt, die dort offiziell erklären, von ihrem Anwesenheitsrecht nach dem Versammlungsrecht Gebrauch zu machen. Bei allen Veranstaltungen führte das entweder dazu, daß die Veranstaltungen abgebrochen und zu anderem Ort und Termin nichtöffentlich abgehalten wurden, daß nach dem Referat abgebrochen wird, oder daß keine Diskussion über das eigentliche Thema geführt werden kann, da von autonomer Seite eine Durchführung von Veranstaltungen bei offizieller Anwesenheit von Polizei abgelehnt wird.

Wir drucken im folgenden (aus der Dokumentation) Auszüge

aus der Erklärung der Bunten Hilfe Nordbayern ab, die begründet, warum die Autonomen bei offener Polizeianwesenheit auf das Recht auf öffentliche Veranstaltung verzichten und sich lieber versteckt versammeln, sowie eine typische Einschätzung der Autonomen zu den Ergebnissen von Veranstaltungsverböten und versteckt durchgeführten Veranstaltungen.

— (cls)

Der neue Typus des Staatsschützers und der schwierige Umgang mit ihm

Wie unserer Broschüre zum Teil zu entnehmen, erscheinen in letzter Zeit vermehrt bayer. Staatsschützer bei Veranstaltungen. Sie ermitteln jedoch nicht wie in der Vergangenheit „verdeckt“ ... sondern gaben den VeranstalterInnen ganz offen ihre Funktion zu erkennen — unter Berufung auf das Versammlungsgesetz ...

Wir begründen im folgenden kurz, wieso wir einen einheitlichen Widerstand gegen diese neue Variante des Staatsterrors für notwendig und deren Ignoranz bzw. Hinnahme für verhängnisvoll halten:

A) Sie soll den staatlichen Zugriff auf Vortrags- bzw. Diskussionsinhalte sowie auf deren VerbreiterInnen und AdressatInnen erleichtern und dadurch das peinliche Aufliegen von V-Leuten, SpitzelInnen und fehlgeschlagenen Anwerbungsversuchen eindämmen.

B) Sie soll offene Diskussionen unterbinden, die Schere im Kopf schärfen und Interessierte abschrecken.

C) Sie soll durch die Provokation, die sie darstellt und gegen die mensch sich machtlos wähnt, demütigen und Resignation durch dokumentierte Allmacht des Staates schüren.

D) Sie soll schließlich an permanente Bullenpräsenz gewöhnen sowie auf eine Kooperation zwischen VeranstaltungsleiterIn und Polizei hinwirken, wie bald durch die „Auskunfts-“ und „Erörterungspflicht“ im neuen Versammlungsgesetz vorgeschrieben sein wird.

Unter diesen Gesichtspunkten wirken sich Veranstaltungen, die von Staatsschützern offen überwacht werden, notwendig kontraproduktiv aus ...

Wie dieser Widerstand konkret auszusehen hat, ist allgemein nicht zu beantworten und von der jeweiligen Situation abhängig. Aber selbst wenn gar nichts zusammengeht, ist es immer noch sinnvoller, die Veranstaltung bei Bullenpräsenz abzublasen (und die Begründung dafür gut in die Öffentlichkeit zu transportieren), als diese zu akzeptieren. Denn seien wir uns bewußt, daß speziell Bayern derzeit Experimentierfeld für neue staatliche Repressionsmethoden ist ... Es hängt von der gesellschaftlichen Akzeptanz bzw. von der Stärke des Widerstands ab, ob diese zurückgenommen oder durch noch schärfere ergänzt werden.

Einschätzung der Forchheimer Anti-Repressionstage

3. ... Daß die Veranstaltungen nicht an Ort und Stelle und ohne die provokative Anwesenheit von Bullen durchgesetzt werden konnten, ist Ausdruck unserer Schwäche und hat drei Ursachen: a) Die mangelnde (zahlenmäßige) Präsenz von Interessierten ... , was mit der traurigen Tatsache b) zu tun hat, daß es in FO keine wie auch immer zu bezeichnende Öffentlichkeit gibt, die Kritik an Veranstaltungsverböten oder Bullenobservationen üben würde. Schließlich gibt's c) kein Kulturzentrum o.ä., wo mensch es auch mal auf eine Kraftprobe ankommen lassen könnte.

Unter den geschilderten Umständen erschien die Abhaltung der Veranstaltungen in quasi konspirativem Rahmen als einzige Möglichkeit. Daß dies mit so gut wie allen Interessierten, aber ohne Bullen verwirklicht werden konnte, ist dennoch ein politischer Erfolg.

4. ... Das Erschreckende ist vielmehr unsere Isoliertheit innerhalb der Bevölkerung, denn obwohl die Tageszeitungen relativ breit und unüberlesbar von den Vorfällen berichteten, rührte sich kein Quentchen Protest.

Die Dokumentation kann zum Preis von 6 DM bezogen werden bei Bunte Hilfe Nordbayern, KuRo, Rothenburgstr. 106, 8500 Nürnberg 70

50. Jahrestag des Judenpogroms 1938

Entschädigungen sind nicht abgeschlossen

Rund 100 000 jüdische Betriebe wurden zwischen 1933 und 1938 enteignet. Flick z.B. schluckte das jüdische Bankhaus Dreyfuß & Co., Siemens und die Gute Hoffnungshütte die Hamburger Bank Warburg, die Dresdener Bank die beiden Berliner Banken Bleichröder und Arnhold, Mannesmann holte sich das große Eisenwerk Wolff, Netter & Jacoby, Krupp die Hamburger Reederei Blumenfeld, die Tabakhandelsfirma Brinkmann in Bremen die jüdische Firma Neumann AG in Berlin ... Für die Banken und Konzerne zahlte sich der Antisemitismus in barer Münze aus. Darüber wurde in den vielen Gedenkrede dieser Tage nicht gesprochen.

Dabei war die „Arisierung“, wie die Faschisten diese Enteignungen nannten, für die Schmarotzer von der Deutschen Bank, IG Farben, Krupp nur der Auftakt zu einem gigantischen Raubfeldzug ab 1938. Für die deutschen Großraumplaner war klar, daß die Beherrschung und Ausplünderung Ost- und Südosteuropas Millionen von Menschen den Tod kosten würde. Polen z.B. galt den faschistischen Raum- und Wirtschaftsplanern als überbevölkert und wirtschaftlich desorganisiert. Der Begriff „polnische Wirtschaft“ wurde für Armut, Unordnung und Ineffizienz geprägt. Die Faschisten erfanden den „jüdischen Luftmenschen“, d.h. einen Menschen der von Luft, von der Hand in den Mund lebt. Ihn traf die rücksichtslose Wirtschaftsrationalisierung nach der Besetzung Polens als erstes. Viele der Juden Osteuropas waren arme Handwerker und Kleinhändler. Die deutsche Besatzung verstärkte diese Armut. Auf den Rassenhaß, verbunden mit dem Haß der Besitzenden gegen die Armen, folgte die Vernichtung. Für die Konzerne, die Osteuropa ausplünderten, war Massenmord ein Faktor ihres wirtschaftlichen Handelns.

Nach der Niederlage der Faschisten 1945 wurden Hunderttausende als Opfer von Verfolgungen erst gar nicht anerkannt: die von den Konzernen ausgebeuteten Zwangsarbeiter; die Zwangssterilisierten; die sog. Arbeitsscheuen; Widerstandskämpfer und Kommunisten; die Sinti und Roma; Homosexuelle; die im Ausland Verfolgten, die in ihren Heimatländern geblieben waren. Für die Regierung war die Wiedergutmachung mit dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) 1965 beendet. Bundeskanzler Erhard verkündete: Die Deutschen dürfen nun endlich „aus dem Schatten des Dritten Reiches heraustreten“. Im Mai 1974 antwortete Kanzler Schmidt auf Novellierungsforderungen der Verfolgtenverbände, daß die Gesetzgebung zum Komplex der Kriegsfolgenlast als abgeschlossen zu betrachten sei. Er sehe keine Möglichkeit noch weitere Belastungen „auf den Steuerzahler zuwälzen“.

Nach mehreren Anläufen seitens der Verfolgtenverbände mußte die Bundesregierung Anfang der 80er Jahre Härtefonds schaffen. Aus ihnen wurden einmalige Beihilfen bis zu 5000 DM gezahlt für bis dahin nicht entschädigte Opfer des Faschismus, die z.B. Wohnsitz- und Stichtagvoraussetzungen des BEG nicht erfüllten. Ein Großteil der Prozesse, die heute noch anhängig sind, betreffen die Verweigerung der Rente für Hinterbliebene. Angehörige eines Verfolgten haben Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente, wenn der Betreffende an gesundheitlichen Folgen von KZ-Haft oder anderen Verfolgungen gestorben ist. Viele gingen davon aus, daß sie diese Rente ohne weiteres bekommen würden. Sie erlebten aber eine böse Überraschung, als die Rente dann verweigert wurde, mit der Begründung, zwischen dem Tod des Angehörigen und seinen Verfolgungsleiden bestehe kein Zusammenhang.

Offen ist auch die Entschädigung von Verfolgten, die bislang völlig von der Wiedergutmachung ausgeschlossen waren. Solange die Opfer von damals Not leiden, während die Ausbeuter von damals und deren Erben heute wieder weltweit auftrumpfen, ist die Wiedergutmachung nicht abgeschlossen. — (ana)

Erinnerungen eines Überlebenden

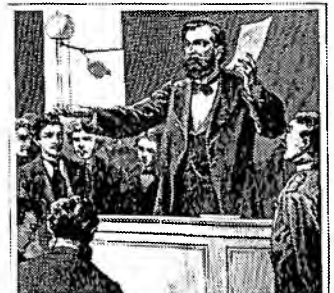
Unter diesem Titel hat Josef Katz 1945 in seiner Geburtsstadt Lübeck niedergeschrieben, wie die deutschen Faschisten 52 000 jüdische Häftlinge in den lettischen Konzentrationslagern und Ghettos systematisch zu Tode brachten. Nur 3000 überlebten. Katz wanderte 1946 in die USA aus, weil ihm nach seiner Rückkehr klar wurde, daß noch dieselben Leute in Amt und Würden waren. Katz stellt in knapp formulierten Episoden dar, welche Auswirkungen die Vernichtungsmethoden der Faschisten auf ihn und seine Leidensgefährten hatten. Tausende verhungern langsam bei harter Arbeit und einer Nahrungsmittelration, die den Termin des Todes kalkulierbar macht. Immer wieder werden die Schwächsten, Alte und Kinder aussortiert, um direkt zum Erschießen abtransportiert zu werden. Eine Zeitlang muß er in einer Danziger Werft in der Rüstungsproduktion arbeiten. Er schildert die Versuche der Faschisten, aus den wenigen übriggebliebenen Juden Facharbeiter zu machen, die ihnen U-Boote bauen. Katz wertet dies als Zeichen für den herannahenden Untergang der Faschisten. Bei ihrer Flucht vor der näherrückenden Roten Armee treiben die Faschisten die Häftlinge aus dem Lager Stutthof bei Danzig auf die Landstraße, damit keine Zeugen ihrer Untaten den Befreiern in die Hände fallen. Auf diesem Marsch nach Westen werden die letzten Überlebenden befreit.

Josef Katz, *Erinnerungen eines Überlebenden*, Neuer Malik Verlag, Kiel 1988 — (anl)

„Der Berliner Antisemitismusstreit“

Eine Methode, sich mit aktuellen Fragen zu befassen, ist die Aufarbeitung der Geschichte. Das von Walter Boehlich bereits 1965 und jetzt erneut herausgegebene Buch tut dies, und zwar durch Dokumentation von 22 Texten. Der Berliner Antisemitismusstreit ist die Auseinandersetzung deutscher Gelehrter 1879/80, ausgelöst durch einen Aufsatz des Historikers

und Politikers Heinrich von Treitschke, in dem er mit deutschnationalen Phrasen und Parolen den Juden die Schuld am Antisemitismus zuschrieb, gipfelnd in dem Satz „Die Juden sind unser Unglück“. Es war die Zeit, wo der Hofprediger Stöcker den Antisemitismus versuchte in die Arbeiterbewegung einzutragen, um den Sozialismus zu schwächen. Auffällig sind Treitschkes interessierte Geschichtsfälschung ebenso wie der germanisierende Brustton. Aber ihm widersprachen fast nur Juden: Gelehrte, Rabbiner, zwei Abgeordnete. Viele Entgegnungen sind geprägt von wissender Angst, daß, wenn ein Aushängeschild der Universität



Der Berliner Antisemitismusstreit

Herausgegeben von Walter Boehlich
Insel Taschenbuch

Prof. Treitschke doziert

wie Treitschke die antisemitische Fahne in die Hand nimmt, schlimme Zeiten kommen müssen. Die Entgegnungen sind sehr lehrreich, oft vorbildlich in sorgfältiger Darlegung historischer Fakten und Argumente; erkennbar ist andererseits auch der starke Assimilationsdruck. Treitschkes Vorstoß führte zu politischer Differenzierung; sein Kollege Mommsen nahm von einer nationalliberalen Position aus klar gegen ihn und den Antisemitismus Stellung. Das Buch ist mit einem Nachwort versehen, das den Hintergrund etwas erhellt und die Sekundärliteratur aufarbeitet. Insel-Taschenbuch Nr. 1098, DM 14,00 — (ael)

Pogrome gegen jüdische Menschen

Das Buch „Der Judenpogrom 1938 — Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum ‚Völkermord‘“ vermittelt überschaubar in zehn Beiträgen die Ereignisse vor und nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ 1938, in der die faschistischen Mörderbanden brandschatzend, plündernd und mordend die „Endlösung der Judenfrage“ bestialisch eröffneten. Schon im Vorfeld bereiteten die reichsdeutsche Bourgeoisie und ihre faschistischen Schergen durch Enteignung jüdischen Eigentums, Aberkennung bürgerlicher Rechte — z.B. Verbot der Berufsausübung — und Deportationen nach Polen die Vernichtung vor. Die Geschichtsklitterung, daß Hitler und seine Vertrauten den Dingen überrascht gegenübergestanden hätten und der „Volkszorn“ die Pogromnacht und andere Übergriffe auf die Juden zu verantworten habe, widerlegen die Autoren als zynische und interessierte Lügen. Sie weisen auf die direkten Zusammenhänge zwischen Kriegsvorbereitung, Gleichschaltung der Medien, Vernichtung des inneren Widerstandes, Mobilisierung „deutscher Eigentumsinteressen“ und „arischer Kulturüberlegenheit“ hin und belegen erschütternd mit authentischen Quellen die minutiösen Vorbereitungen der Faschisten.

Hrsg.: Walter H. Pehle, Fischer-Taschenbuch 1988. 14,80 DM — (mal)

„Ökonomie der Endlösung“

Susanne Heim und Götz Aly belegen in ihrer Studie, daß die Vernichtung der europäischen Juden und anderer Menschengruppen für die reichsdeutschen Konzerne und die mit ihnen eng verwobenen Planungsstäbe des NS-Staates ein wesentliches Mittel imperialistischer Raumordnungs-, Industrie- und Sozialpolitik waren:

„Mit den Juden ließ sich in Osteuropa ein großer Teil der sichtbaren Armut vernichten, es verschwanden die elendesten Quartiere in den Städten. Völkermord war hier eine Form, die soziale Frage zu

lösen. Da die Juden überwiegend in Städten lebten und als Handwerker und Händler arbeiteten, schuf ihre Deportation für die (durch Vernichtung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft, d. Verf.) ‚überzählige‘ bäuerliche Bevölkerung Arbeitsplätze in der Stadt verbunden mit der Chance, in Handel und Handwerk aufzusteigen... In den Städten konnten Handel und Handwerk rationalisiert und modernisiert werden, ohne daß sich die Deutschen die Gefahr eines unzufriedenen, deklassierten Mittelstandes einhandelten. Diese sozialen und ökonomischen ‚Um-schichtungen‘ sahen sie auch als Mittel zur vorbeugenden Bekämpfung von Aufständen und Revolutionen.“

Am Beispiel zahlreicher Fachleute diverser Forschungseinrichtungen wird gezeigt, wie sich deren bevölkerungspolitische und wirtschafts-imperialistische Denkmuster auf die NS-Ideologie beziehen konnten und sie dankbar die exekutiven Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung benutzten.

S. Heim, G. Aly, Gibt es eine Ökonomie der Endlösung, Rotbuch-Verlag 1988, 22,- DM — (zem)

Der Kleinkrieg gegen die Opfer

Christian Pross kritisiert die grausame Praxis der Entschädigungsverfahren nach dem Krieg. Da Quellenmaterial zur Wiedergutmachung nur bruchstückhaft zugänglich ist, sind die Enthüllungen — im wesentlichen über die Gesundheitsschadensverfahren — wichtig. Man ist beim Lesen der Auszüge aus Gutachten und Gerichtsurteilen in der Versuchung zu rufen: „Nun gebt ihnen doch die 150 DM Rente!“ Doch der Autor beschreibt, wie die Reaktion nach 1945 die öffentliche Meinung aufbaute, die Wiedergutmachung sei ein Tummelplatz für Rentenschwindler. Bis in die liberale Öffentlichkeit hinein wurde gegen die „jüdische Presse“ und das „Weltjudentum“ gehetzt, das es auf den Geldbeutel des deutschen Steuerzahlers abgesehen hätte. Die Mehrheit der Anträge auf Wiedergutmachung wegen Gesundheitsschäden wurde abgelehnt. Überhaupt wurden ehemalige

Besitzer von Vermögen relativ reibungslos entschädigt, während die Mehrheit der ärmeren Verfolgten, die „nur“ den Verlust ihrer Gesundheit geltend machen konnten, leer ausging.

Keinen Pfennig zahlten die BRD-Regierungen aus moralischer Verantwortung, denn sie erkannten eine Schuld an den Verbrechen im Faschismus nie wirklich an. Mit dem Antisemitismus wurde nicht aufgeräumt. So war die Wiedergutmachung von Seiten der Reaktion auch ein Mittel, den Hundertausenden Verfolgten und ihren Verbänden jeglichen Einfluß auf das politische Geschehen in der BRD zu nehmen.

Ch. Pross, Wiedergutmachung — Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Hamburger Institut für Sozialforschung — (ana)

„Der Frankfurter Börneplatz“

Der Frankfurter Börneplatz wurde 1986/87 zum Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen dem Magistrat der Stadt und der jüdischen Gemeinde, der Börneplatz-Initiative, Vertretern der Kirchen, der SPD, der Grünen,

Vorschein brachten, die das Leben der Frankfurter Juden als unterdrückte Minderheit vor Augen führten. Ein großer Teil dieser steinernen Dokumente soll auf Beschluß des Magistrats aufgezeichnet, abgerissen und — im Jüdischen Museum — rekonstruiert werden, ein kleiner Teil in das Kundenzentrum der Stadtwerke „integriert“ werden. Den Gegnern dieses Vorhabens ging es um Baustopp und Erhaltung der Ruinen an Ort und Stelle.

Das Buch enthält im ersten Teil eine ausführliche Zusammenstellung der Dokumente des politischen Konflikts um den Börneplatz, gut nachvollziehbar für diejenigen, die ihn nicht verfolgt haben, und nützlich in der Zusammenfassung auch für die, die daran beteiligt waren. Wichtig ist dabei vor allem die Auseinandersetzung mit der völkischen Geschichtsauffassung von Ministerpräsident Wallmann und Oberbürgermeister Brück. Der zweite Teil, „Die Frankfurter Judengasse im Spiegel zeitgenössischer Berichte“, gibt einen Eindruck sowohl über das „Leben“ in der Judengasse und die Poli-



der FDP und vielen anderen. Konkret ging (und geht) es dabei um den mit ca. 127 Mio. DM veranschlagten Neubau der Stadtwerke auf dem ehemaligen Judenghetto Frankfurts. 1811 wurden den Juden Frankfurts das freie Wohnrecht zugebilligt, 1885 die letzten Bauten der „Judengasse“ abgerissen. Lediglich der alte jüdische Friedhof fristete auf diesem völlig zubetonierten Platz ein kümmerliches Dasein. Bis dann Ausgrabungen eindrucksvolle Ruinen und Fundamente zum

tik des Frankfurter Rates in verschiedenen Zeitabschnitten als auch über die jeweilige Haltung ausgewählter Autoren dazu. Im dritten Teil wird Zwischenbilanz gezogen u.a. vom Leiter des Jüdischen Museums über inhaltliche Überlegungen zu einer zukünftigen „Dauerausstellung Judengasse“. Ein lesenswertes Buch über kommunale Aufarbeitung von Antisemitismus und Antijudaismus.

ISBN 3 596-24418 8, Fischer 1988, 267 Seiten, 16,80 DM (udi)

Nationalkomitee „Freies Deutschland“

Kontinuität eines nationalen Bündnisses?

Im Verfolg einer national begründeten Politik, wie sie die DKP seit einiger Zeit betreibt, sollte das am 15.10.1988 in Mainz abgehaltene Symposium über die Politik des Nationalkomitees Freies Deutschland Kontinuität zum heute notwendigen „neuen Denken“ aufzeigen. Für eine heute richtige Politik der Rettung der Menschheit vor dem drohenden atomaren Inferno wären zwei Gemeinsamkeiten mit der Politik des Nationalkomitees vorhanden: Die Koalition müsse möglichst breit sein, heute z.B. von links bis hin zu Auffassungen wie denen von Generalfeldmarschall F. Paulus, dem Befehlshaber der 6. Armee der Nazi-Wehrmacht in Stalingrad, der sich im August 1944 dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) anschloß. Übereinstimmung gäbe es auch darin: Einordnung einzelner Interessen, z.B. der Klasseninteressen der Arbeiterklasse, in übergeordnete Ziele. Damals sei eine Politik durchgeführt worden, die das Primat des Gesamtnationalen vor den Klassenzielen aufstellte, die „Rettung Deutschlands“ habe Vorrang gehabt. Heute seien die Einzelinteressen einzuordnen in die globalen Überlebensinteressen der Menschheit. Damals habe es zwar verschiedene Vorstellungen über das gemeinsame Ziel „Rettung Deutschlands“ gegeben, gemeinsam sei aber die „nationale Identität“ gewesen. Auch heute dürfe die Bedeutung der „nationalen Identität“ nicht unterschätzt werden. So etwa jedenfalls bestimmte auf der Tagung Professor Dornberg aus der DDR die Kontinuitätslinien.

Das Symposium wurde abgehalten über: „45. Jahrestag der ‚Bewegung Freies Deutschland‘ — Antifaschistische Bündnispolitik gestern und heute“. Dazu eingeladen hatten: VVN-Bund der Antifaschisten, Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern — IEDW, Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung des deutschen Widerstandes 1933-45 e.V. Referate hielten: Prof. Stefan Dornberg, Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Dieter Lattmann, Schriftsteller, Major Franz Meyer, Sprecher des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“, ehemalige Angehörige der „Bewegung Freies Deutschland“ in der Sowjetunion, Schweiz, in Frankreich und anderen Ländern.

Kann für das von der DKP propagierte Bündnis mit konservativen Kräften zwecks Herstellung eines Konsensus über das, was dem nationalen Wohl dient, so, wie behauptet, an der Politik des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, in direkter Fortführung angeknüpft werden? Spricht nicht gerade der von Tausenden von Soldaten vollzogene Bruch, die auf die Seite der Roten Armee übertraten und den Kampf gegen die deutsche Wehrmacht und für eine antifaschistische Gesellschaft aufnahmen, spricht nicht dieser tatsächliche Bruch mit der imperialistischen Zwangsgemeinschaft „deutsche Nation“, der doch faktisch auch das Ergebnis der Politik des Nationalkomitees war, gegen eine heutige Politik, die diesen nationalen Konsens als Voraussetzung anstrebt, um gegen den realen Imperialismus und seine Expansionsbestrebungen den Frieden zu sichern und einen atomaren Krieg zu verhindern? Sehen wir uns zunächst die Etappen in der Arbeit des Nationalkomitees an, um die behauptete damalige Gemeinsamkeit der „nationalen Identität“ historisch zu sehen.

Manifest des Nationalkomitees

Am 12./13. Juli 1943 wurde auf Anregung des Zentralen Komitees der KPD im Gefangenenlager Krasnogorsk bei Moskau die Gründungskonferenz des Nationalkomitees durchgeführt. Nach den Niederlagen der Nazi-Wehrmacht in Stalingrad und im Kursker Bogen war die vollständige Niederlage des deutschen Imperialismus unter der Führung der Nazi-Herrschaft absehbar. Die politische Arbeit des Nationalkomitees war dar-

auf gerichtet, Teile der Soldaten und Offiziere zu gewinnen. Die Ziele waren Beendigung des Krieges und Sturz der Hitlerregierung. Um die Position des Nationalkomitees näher kennenzulernen, folgt hier ein Auszug aus dem „Manifest des Nationalkomitees Freies Deutschland an die Wehrmacht und das deutsche Volk“ vom 13. Juli 1943:

„Die Ereignisse fordern von uns Deutschen unverzügliche Entscheidung.

In dieser Stunde höchster Gefahr für Deutschlands Bestand und Zukunft hat sich das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gebildet.

Dem Nationalkomitee gehören an: Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschaftler und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahr einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten . . .

Das Nationalkomitee erachtet sich als berechtigt und verpflichtet, in dieser Schicksalsstunde im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, klar und schonungslos, wie die Lage es erfordert.

Hitler führt Deutschland in den Untergang.

Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler.

Die Tatsachen beweisen: Der Krieg ist verloren. Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen, um den Preis unersetzlicher Opfer und Entbehrungen. Die Weiterführung des aussichtslosen Kampfes würde das Ende der Nation bedeuten.

Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes.

Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer, ohnmächtiger, sondern auch schuldiger. Dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen niemanden könnten wir dann Anklage erheben als gegen uns selbst.

Wenn das deutsche Volk sich jedoch rechtzeitig ermannt und durch seine Taten beweist, daß es ein freies Volk sein will und entschlossen ist, Deutschland von Hitler zu befreien, erobert es sich das Recht, über sein künftiges Geschick selbst zu bestimmen und in der Welt gehört zu werden. Das ist der einzige Weg zur Rettung des Bestandes der Freiheit und der Ehre der deutschen Nation.

Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden. Aber mit Hitler schließt niemand Frieden. Niemand wird auch nur mit ihm verhandeln. Daher ist die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes. Nur sie wird das Vertrauen des Volkes und seiner ehemaligen Gegner genießen. Nur sie kann den Frieden bringen.

Eine solche Regierung muß stark sein und über die nötigen Machtmittel verfügen, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und Günstlinge, unschädlich zu machen, mit Terror und Korruption rücksichtslos aufzuräumen, eine feste Ordnung zu schaffen und Deutschland nach außen würdig zu vertreten. Sie kann nur aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampftruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Eine solche Regierung muß den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten, unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete . . .

Das Ziel heißt: Freies Deutschland

Das bedeutet:

Eine starke demokratische Staatsmacht . . .

Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Schaffenden, Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion.

Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Sicherung des Rechtes auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums, Rückgabe des durch die nationalsozialistischen Machthaber geraubten Hab und Guts an die Eigentümer, Beschlagnahme des Vermögens der Kriegsschuldigen und der Kriegsgewinnler, Güteraustausch mit anderen Ländern als gesunde Grundlage eines gesicherten nationalen Wohlstandes.

...
Deutsche Soldaten und Offiziere an allen Fronten!

Ihr habt die Waffen! Bleibt unter Waffen! Bahnt euch mutig unter verantwortungsbewußten Führern, die eins sind mit euch im Kampf gegen Hitler den Weg zur Heimat, zum Frieden.

Schaffende Männer und Frauen in der Heimat!

Ihr seid die Mehrheit! Macht sie zur Stoßkraft durch Organisation! Bildet Kampfgruppen im Betrieb, im Dorf, im Arbeitslager, auf den Hochschulen, überall, wo ihr zusammenkommt!

...

Wer aus Furcht, Kleinmut oder blindem Gehorsam weiter mit Hitler geht, handelt feige und hilft Deutschland in die nationale Katastrophe treiben. Wer aber das Gebot der Nation höher stellt als den Befehl des ‚Führers‘ und Leben und Ehre für sein Volk einsetzt, handelt mutig und hilft das Vaterland von seiner tiefsten Schmach erretten ...“

Der „Bund Deutscher Offiziere“

Als die Niederlage des von den Nazis geführten Deutschland unabweisbar wurde, wandte sich also das Nationalkomitee an vermutlich ansprechbare Teile der Wehrmacht, gemeinsames Ziel: Sturz Hitlers und Rückzug auf die Grenzen des Deutschen Reiches, Waffenstillstandsverhandlungen. Das Nationalkomitee versuchte sich auf einen vorhandenen Gegensatz von Teilen der Wehrmacht zu Hitlers Niederlagenpolitik zu beziehen und knüpfte daher an die vorhandenen Vaterlandsvorstellungen dieser Kräfte an, um sie zu organisiertem Handeln zu bringen. Warum aber sollte aus diesem historisch bedingten Bündnis folgen, daß die Arbeiterklasse die Interessen des imperialistischen Zwangsverbandes „deutsches Vaterland“ zu ihren eigenen machen sollten? Für das Handeln der „vaterlandstreuen“ Offiziere und Soldaten gegen Hitler war eine derartige Wendung der Arbeiterklasse keine Voraussetzung.

Da handlungsbereite Offiziere einen eigenen Verband organisieren wollten, wurde am 11./12. 9. 1943 in Lunjowo bei Moskau der „Bund Deutscher Offiziere“ gegründet, dem auch Generale angehörten, so der Panzergeneral v. Seydlitz, der entgegen Hitlers Vorstellungen den Ausbruch aus dem Stalingradkessel gefordert hatte. Der Gründungsauftrag wandte sich vor allem an die höheren Offiziere:

„... Wir, die überlebenden Kämpfer der 6. Armee, der Stalingrad-Armee, Generale, Offiziere und Soldaten, wir wenden uns an Euch am Beginn des fünften Kriegsjahres, um unsere Heimat, unserem Volk den Rettungsweg zu zeigen.

Ganz Deutschland weiß, was Stalingrad bedeutet. Wir sind durch eine Hölle gegangen. Wir wurden totgesagt und sind zu neuem Leben erstanden. Wir können nicht länger schweigen! ... Hitler als Feldherr hat die deutsche Wehrmacht in schwerste Niederlagen geführt. ... Er hat in Stalingrad und in Afrika deutsche Elitearmeen seinem Prestige geopfert. Jetzt gilt es, ganz Deutschland vor einem gleichen Schicksal zu bewahren. Der Krieg wird ausschließlich im Interesse Hitlers und seines Regimes, ohne Rücksicht auf Volk und Vaterland fortgesetzt. Die Fortsetzung des sinn- und aussichtslosen Krieges kann jeden Tag die nationale Katastrophe hereinbrechen lassen. Das jetzt noch zu verhindern, ist sittliches Gebot und vaterländische Pflicht für jeden verantwortungsbewußten Deutschen.

... Aus der bitteren Erkenntnis von Stalingrad soll die rettende Tat hervorgehen. Wir wenden uns daher an Volk und Wehrmacht. Wir sprechen vor allem zu den Heerführern, den Generalen, den Offizieren der Wehrmacht. ... Fordert den sofortigen Rücktritt Hitlers und seiner Regierung! Kämpft Seite an Seite mit dem Volk, um Hitler und sein Regime zu entfernen und Deutschland vor Chaos und Zusammenbruch zu bewahren ...“

Der „Bund Deutscher Offiziere“ schloß sich dem Nationalkomitee an und setzte durch, daß die Propaganda des Nationalkomitees nicht auf Zersetzung zielte. Nachdem auch die Sowjetunion im Dezember 1943 in Teheran sich der Forderung der anderen Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation anschloß, änderte das Nationalkomitee seine Propaganda. Die Losung „geordneter Rückzug auf die Reichsgrenzen“ wurde aufgegeben. Anfang 1944 wurde zu Aktionen gegen die Kriegsführung aufgerufen und die Soldaten aufgefordert, Gruppen zu bilden und überzutreten. Nach dem Juli 1944 wurde unter dem Aufruf „Alle Waffen gegen Hitler“ zu einer Vielzahl von einzelnen Aktionen gegen die Weiterführung des Krieges aufgerufen.

Die Arbeit des Nationalkomitees hatte Auswirkungen in anderen Ländern. Z.B. In Frankreich wurde eine Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen gegründet, in Deutschland bildeten sich vereinzelt Gruppen des Nationalkomitees, so in Stuttgart und Köln.

Die Arbeit des Nationalkomitees trug dazu bei, daß Zehntausende desertierten und ein Teil von ihnen den organisierten Kampf an der Seite der antifaschistischen Militärkräfte führte. Diese Soldaten haben den realen Bruch mit der imperialistischen Zwangsgemeinschaft „deutsche Nation“, „deutsches Vaterland“ vollzogen. Die auferlegte Fessel, für dieses „Vaterland“ sein Leben bis zum Tod einzusetzen, wurde von ihnen abgestreift und sie setzten sich für die Niederlage eben dieses Vaterlandes ein. Die deutsche Reaktion schrie und schreit: „Landesverrat“, zuletzt in einem dreiseitigen Leserbrief in der „Europäischen Wehrkunde“, September 1988, wo das Nationalkomitee angegriffen wurde, daß es nicht zum Widerstand gegen Hitler gehöre, sondern Werkzeug Moskaus gewesen sei. Dieser historisch tatsächlich vollzogene Bruch mit der bis zum Tod gelten sollenden Zwangsgemeinschaft des imperialistischen Deutschland schreckte und schreckt die deutsche Bourgeoisie: Denn sie sieht so ihr mögliches Ende vor Augen.

In der Zeitung des NKFD „Freies Deutschland“ vom 20. August 1944 führte die operative Leitung der KPD unter dem Titel „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ u.a. aus:

„Der Weg zum Sozialismus führt über die permanente Revolution!

Drei Etappen muß die deutsche Arbeiterklasse durchlaufen, um ihr Hauptziel zu erreichen.

Die erste Etappe, das ist die gegenwärtige Periode unserer Bündnispolitik mit allen Hitlergegnern. Das strategische Ziel: Sturz Hitlers! Schnellste Beendigung des Krieges! Schaffung eines freien, unabhängigen, demokratischen Deutschlands!

Die zweite Etappe ... Im freien, unabhängigen, demokratischen Deutschland ist die Hauptaufgabe und das strategische Ziel: Steigerung des Kampfes. Mobilisierung der Arbeiterklasse für das sozialistische Aktionsprogramm ... Die Errichtung der proletarischen Diktatur.

Die dritte Etappe, das ist die Periode der Diktatur des Proletariats ...“

Richtig ist sicher, daß bei dieser Bestimmung des Weges zum Sozialismus Wunschdenken über die tatsächlichen Möglichkeiten die konkrete Analyse ersetzte. Aber aus der Politik der ersten Etappe, der Politik des Nationalkomitees, folgerten damals die Genossen mit Recht nicht, daß die Arbeiterklasse und die Kommunisten sich als die einzig wahren Vaterlandsliebhaber aufführen und die „nationale Identität“ zusammen mit den „vernünftigen Konservativen“ suchen sollten, wie das heute von Teilen der DKP angestrebt wird.

Quellenhinweis: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. 21. Band. Dokumentenverlag H. Wendler; Bodo Scheurig. Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945. München 1960; J. D. Carnes. General zwischen Hitler und Stalin. Das Schicksal des Walther v. Seydlitz. Düsseldorf 1980; Resistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten. Berlin (DDR). 1985; Hans Burkhardt. Die mit dem blauen Schein. Berlin (DDR). 1986; K. Mammach. Widerstand 1939 - 1945 Pahl Rugenstein. Kleine Bibliothek 417. Köln 1987 - (gba)

UdSSR

Entwicklung der Widersprüche in der sowjetischen Gesellschaft — ein Bericht

Die sowjetische Gesellschaft befindet sich in einem Zustand der Gärung. Über Jahre und Jahrzehnte herangereifte Widersprüche treten offen hervor und drängen auf Veränderung. Die von Gorbatschow forcierte Politik der „Umgestaltung“ ist Ausdruck davon und schafft zugleich neue Formen, in denen sich die Widersprüche bewegen können. Die Entwicklung ist

widersprüchlich und für Interessierte hierzulande, die die sowjetische Gesellschaft nicht kennen, die sich von der bürgerlichen Gesellschaft in vielfacher Hinsicht unterscheidet, nur schwer zu verstehen. Das im folgenden zusammengestellte Material aus vornehmlich sowjetischen Quellen soll das Verständnis erleichtern.

Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Intelligenz will uneingeschränkte Herrschaft

Am 13. März dieses Jahres druckte die Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ („Sowjetische Republik“) einen von einer Chemikerin und Dozentin am Leningrader Technologischen Institut unterzeichneten Leserbrief ab: „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben.“ Ob die Spekulationen zutreffen, daß die Initiatoren des Leserbriefes in der Umgebung des — jüngst entmachteten — Politbüro-Mitglieds und ZK-Sekretärs J. Ligatschow zu suchen sind, mag dahingestellt sein. Doch dürfte der Brief, der viel Diskussionen und eine Antwort der „Prawda“ auslöste, recht treffend die Positionen der gesellschaftlichen Kräfte umreißen, die in der westlichen wie in der sowjetischen Presse als „Konservative“ bezeichnet werden und die den alten Kompromiß, das Bündnis der werktätigen Klassen unter Führung der Intelligenz (Stichwort etwa: Staat des ganzen Volkes), verteidigen:

„... Nehmen wir den Platz J.W. Stalins in der Geschichte unseres Landes. Gerade an seinem Namen entzündet sich der ganze Eifer der kritischen Attacken. Nach meiner Meinung gilt er gar nicht so sehr dieser historischen Figur als vielmehr der ganzen höchst komplizierten Übergangsperiode, einer Epoche, die beispiellose Großtaten einer ganzen Generation sowjetischer Menschen gesehen hat, die heute allmählich aus dem Arbeitsleben und aus der aktiveren gesellschaftlichen und politischen Tätigkeit ausscheiden. In den Begriff ‚Personenkult‘ werden mit Gewalt auch die Industrialisierung, die Kollektivierung und die kulturelle Revolution hineingezwängt, die unser Land eine Weltmacht werden ließen. Jetzt wird das alles in Zweifel gezogen. Es ist so weit gekommen, daß von den ‚Stalinisten‘ (und zu ihnen kann man zählen, wen man will) ‚Reue‘ verlangt wird ...“

Man kann sagen, was man will, es waren sehr harte Zeiten damals. Aber wahr ist auch, daß damals bis zur Askese gehende persönliche Bescheidenheit noch keine Schande war und daß potentielle Sowjet Millionäre noch Bedenken haben mußten, sich aus der Stille ihrer Kontore

und Auslieferungslager hervorzuwagen. Außerdem waren wir damals nicht so geschäftstüchtig und pragmatisch und brachten der Jugend nicht die Raffinesse des Konsums der von ihren Eltern erarbeiteten Güter bei, sondern erzogen sie zur Arbeit und zur Verteidigung ...

Aus langen, offenen Gesprächen mit jungen Leuten ziehen wir den Schluß, daß die Angriffe auf den Staat der Diktatur des Proletariats und die damaligen führenden Personen unseres Landes nicht nur politische, ideologische und ethische Ursachen, sondern auch sozialen Nährboden haben ... Neben den professionellen Antikommunisten im

Westen, die sich schon lange der vorgeblich demokratischen Lösung des „Antistalinismus“ bedienen, leben und gedeihen auch noch Nachkommen der von der Oktoberrevolution gestürzten Klassen, die längst nicht alle vergessen haben, was ihre Vorfahren an materiellen und sozialen Gütern aufgeben mußten ...

Viele der jetzigen Diskussionen drehen sich, wie ich es sehe, um die Frage, welche Klasse oder Schicht der Gesellschaft bei uns die führende und mobilisierende Kraft der Umgestaltung ist. Beispielsweise spielte das auch in einem Interview unserer lokalen Zeitung ‚Leningradski Rabotschi‘ mit dem Schriftsteller A. Prochanow eine Rolle. Prochanow ging davon aus, daß das Spezifische im heutigen Zustand des gesellschaftlichen



Potsdamer Konferenz 1945 — ein historisches Bilddokument: Stalin (links) wird heute veremft; Molotow (Mitte) wurde 1984 kurz vor seinem Tod wieder aufgenommen, Gromyko (rechts) jüngst abgesetzt.

Bewußtseins das Vorhandensein von zwei ideologischen Strömungen sei, zweier „alternativer Türme“, wie er es nennt, die von zwei Richtungen aus versuchen, den in „Kämpfen erbauten Sozialismus“ in unserem Land zu überwinden. Der Schriftsteller überschätzt zwar die Bedeutung und Schärfe des Widerstreits zwischen diesen „Türmen“, doch er unterstreicht ganz richtig, daß „sie sich nur darin gleichen, daß sie beide auf die sozialistischen Werte einschlagen“. Doch stehen beide, wie ihre Ideologen versichern, hinter der Umgestaltung.

Die erste und auch größere dieser ideologischen Strömungen, die sich im Verlauf der Umgestaltung schon hervor getan hat, verfißt das Modell einer Art von linksliberalem Intelligenzlersozialismus, der Träger des reinsten und von Klassenschichtung „freien“ Humanismus sei. Seine Anhänger stellen dem proletarischen Kollektivismus den „Selbstwert der Persönlichkeit“ entgegen — mit modernistischen Etüden in der Kultur, Tendenzen von Gottessucherei, technokratischen Idolen, dem Anpreisen der „demokratischen“ Attraktionen des modernen Kapitalismus und Kniefällen vor seinen wirklichen und seinen angeblichen Erfolgen. Die Vertreter dieser Strömung behaupten, wir hätten nicht den richtigen Sozialismus aufgebaut, und es käme jetzt „zum erstenmal in der Geschichte ein Bündnis zwischen politischer Führung und progressiver Intelligenz zustande“. Zu einer Zeit, da in der Welt durch Hunger, Epidemien und die Kriegsabenteuer des Imperialismus Millionen Menschen umkommen, fordern sie die unverzügliche Ausarbeitung eines „Gesetzeswerkes über den Tierschutz“, statten sie die Natur mit einer seltsamen höheren Vernunft aus und behaupten, Intelligenz sei nicht eine soziale, sondern eine biologische Eigenschaft, die den Kindern von den Eltern vererbt wird . . .

Nicht selten reden die Anführer dieser Organisationen von einer „Teilung der Gewalten“ auf der Basis eines „parlamentarischen Regimes“, von „freien Gewerkschaften“, „autonomen Verlagen“ u.a.m. Dies alles erlaubt meiner Meinung nach den Schluß, daß die Hauptfrage unserer gegenwärtigen Diskussionen darauf hinausläuft, ob man die führende Rolle der Partei und der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau, also auch bei der Umgestaltung, anerkennt oder nicht anerkennt. Selbstverständlich mit allen sich hieraus ergebenden theoretischen und praktischen Schlußfolgerungen für Politik, Wirtschaft und Ideologie.“ (1)

Die sowjetische Wochenzeitung „Ogonjok“, die im „Prawda“-Verlag erscheint, druckte ein sogenanntes Streitgespräch „renommierter“ Wissenschaftler ab. Es erhellt von anderer Seite, der Seite der „Umgestalter“, den Zusammenhang zwischen der derzeitigen Stalin-Diskussion in der Sowjetunion und den vorherrschenden Zielen der

Umgestaltung und läßt erahnen, wie stark das Bestreben der Akademiker ist, sich aus den Fesseln jeglicher Rücksichtnahme auf die Arbeiter zu befreien:

„*Karjakin (Soziologe vom Institut für die internationale Arbeiterbewegung — d. Verf.):* . . . Ohne das berüchtigte Sonderprogramm hätte es die tragische, sinnlose Vernichtung des besten Teils des Offizierskorps und der besten Wirtschaftler und Gelehrten direkt vor dem Krieg nicht gegeben. Es wäre besser gewesen, wenn wir 1941 weniger Stahl und mehr erfahrene Generäle gehabt hätten!

Denken Sie an Stalins Rede von 1946. Die Ziele, die er nannte, waren so, als wenn man heute verlangte, die Anzahl der Sprengköpfe um ein Tausendfaches zu erhöhen. Stalin hatte überhaupt nicht begriffen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution ausgebrochen war. Das „Genie aller Zeiten und Völker“ ließ diejenigen köpfen, die über Genetik und Kybernetik nachdachten. Stalin war hoffnungslos hinter der Epoche zurückgeblieben. Um wieviele Jahre hat uns das in der Nachkriegszeit zurückgeworfen? . . .

Wassilitschuk (Ökonom vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen — d. Verf.): . . . Die erste und wichtigste Garantie für die Perestrojka ist die wissenschaftlich-technische Revo-

lution. Wir meinen immer, Akkumulation bezöge sich nur auf Sachen, zum Beispiel auf Maschinen. Wenn aber jemand sich auf seine Arbeit versteht und die richtigen Entscheidungen trifft, dann kommen die materiellen Werte wie von selbst. Darum ist heute die wichtigste Akkumulation die Anhäufung von Wissen, von menschlichem Kapital . . . Wir haben ein riesiges intellektuelles Potential, aber die Intellektuellen arbeiten als Chauffeure, Köche oder Kellner. Und jetzt gehen sie in die Genossenschaften.

Unsere Produktion hält einem Vergleich mit dem Ausland in vieler Hinsicht nicht stand, sie ist nicht konkurrenzfähig. Unser Beitrag zum Weltmarkt besteht hauptsächlich aus Rohstoffen. Gleichwohl sind wir das reichste Land der Welt, wenn es um das intellektuelle Potential geht. Wäre es nicht an der Zeit, die Leute ihren Fähigkeiten gemäß arbeiten zu lassen? Wäre dies nicht eine Garantie für die Perestrojka?

Wir müssen uns endlich über das klarwerden, was unsere Wirtschaft lähmt: die wuchernde Vormacht der Behörden und der Mangel an Fachkräften. für die es aufgrund der Behördenmonopole keinen Bedarf gibt. Ein Sumpf von Inkompetenz . . . Monopolwirtschaft und technische Revolution schließen einander aus.“ (2)

Verstärkter Druck des Arbeitsmarktes soll Widerstand der Arbeiter brechen

Spätestens in der Praxis der gesellschaftlichen Produktion stoßen die vorwärtstürmenden Umgestalter indes darauf, daß ihre „richtigen Entscheidungen“ keineswegs bewirken, „daß die materiellen Werte wie von selbst“ kommen.

Ein großer Teil der Arbeiterklasse, diesen Schluß lassen die vorliegenden Quellen zu, leistet der Umgestaltung mehr oder weniger verdeckten, mehr oder weniger passiven, jedoch zählen Widerstand, der zu beredten Klagen führt. So wertet die Soziologin und Leiterin des Unionszentrums für die Erforschung der öffentlichen Meinung, Tatjana Saslawskaja, ihre Untersuchung der „Einstellung der unterschiedlichen sozialen Gruppen zur Umgestaltung“ folgendermaßen aus: Der Hauptteil der Arbeiter und Kolchosbauern verharre gegenüber der Umgestaltung bestenfalls in Passivität. Den Grund sieht die Soziologin darin: „Diese Schicht (der Arbeiter mittlerer Qualifikation — d. Verf.) . . . zeichnet sich . . . in ihrer Mehrheit durch ein unzulängliches soziales Engagement und unzureichende soziale Initiative aus, weil sie eher gewohnt ist, Anweisungen zu erfüllen als nach eigenem Ermessen zu handeln.

Neben den zum Kern der Arbeiterklasse gehörenden Menschen sind zu ihr auch eine Reihe von Personen mit niedrigem Bildungsstand, geringer Qualifikation und beschränktem sozialpolitischen

Blickfeld zu zählen, die sich auf ihre eigenen Interessen konzentrieren. Darum gehören zur Arbeiterklasse auch viele sozial passive Menschen.“ (3)

Bereits auf dem ZK-Plenum im Juni 1987 hatte Gorbatschow die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu disziplinieren und dem Interesse der Entwicklung und Steigerung der Produktion zu unterwerfen, mit dem andererseits die Führungsrolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz immer wieder begründet wird, wie folgt umrissen:

„Auch über Widersprüche in der Sphäre der Arbeit und der Verteilungsverhältnisse muß gesprochen werden, mit denen wir konfrontiert waren, als wir begannen, zur vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung, zur Entlohnung nach dem Endergebnis, zum kollektiven und zum familiengebundenen Leistungsvertrag überzugehen. Was war hier geschehen? Es handelt sich darum, daß das Grundprinzip des Sozialismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ in der Praxis oftmals simplifiziert verstandener Gleichheit geopfert wurde. Diese Fragen werden heute aktiv diskutiert, und zwar nicht im ökonomischen, sondern auch im moralischen, ethischen Sinne.

Es müßte klar sein, daß Gleichheit nicht Gleichmacherei ist. In der Praxis ergab sich aber häufig etwas anderes. Die Tendenz zu Gleichmacherei brach

sich hartnäckig Bahn. Sie brachte Schmarotzertum hervor, wirkte sich negativ auf Quantität und Qualität der Arbeit aus, machte die Stimuli zur Erhöhung ihrer Produktivität wertlos . . .

Wir sind stolz auf den hohen Stand der sozialen Sicherheit in unserem Land. Das ist es, was den Sozialismus zum Sozialismus, zur Gesellschaftsordnung der Werktätigen und für die Werktätigen macht. Grundlage der materiellen und moralischen Lage des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft muß die Arbeit und nur die Arbeit sein. Schöpferische und hochproduktive Arbeit, Talent und der reale Beitrag des Menschen zur gemeinsamen Sache müssen allseitig stimuliert werden. Und andererseits müssen Passivität, Tatenlosigkeit, niedrige Arbeitskultur und gesellschaftsfeindliche Erscheinungen gebührend eingeschätzt werden — sozial und wirtschaftlich. Gerade darin besteht der sozialistische Inhalt der sozialen Gerechtigkeit.“ (4)

Ein Schritt, der „sozialen Gerechtigkeit“ zu ihrem „sozialistischen Inhalt“ zu verhelfen, wurde u.a. damit getan, daß Betriebe das Recht erhielten, „überzählige“ Arbeiter zu entlassen. Der Moskauer Wissenschaftler Schmeljow, Professor am USA-Institut, erläuterte damals die Absicht:

„Man tut so, als gäbe es keinerlei Arbeitslosigkeit bei uns, sollte sich aber bewußt werden, daß es eine gewisse Arbeitslosigkeit auch geben muß. Mutig und sachlich ist zu erörtern, was uns eine relativ kleine Reservearmee von Arbeitslosen nutzen könnte, wobei sie der Staat natürlich nicht ganz der Willkür des

Schicksals überlassen dürfte. Hierbei geht es darum, den administrativen durch ökonomischen Zwang zu ersetzen. Die reale Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, von einer zeitweiligen Beihilfe leben zu müssen oder dort arbeiten zu müssen, wohin man geschickt wird, ist ein gar nicht so schlechtes Mittel gegen Faulheit, Alkoholismus und Verantwortungslosigkeit. Es wäre billiger, solchen vorübergehend Arbeitslosen einige Monate lang eine ausreichende Beihilfe zu zahlen, als in der Produktion eine Unmenge dreister Müßiggänger zu halten, an denen jede wirtschaftliche Rechnungsführung, alle Versuche, Qualität und Effektivität zu heben, zugrunde gehen.“ (5)

Ein zweites Problem ist durch die bisherigen Mittel nicht oder nur unzureichend zu lösen bzw. behindert direkt die Politik der Lohndifferenzierung, die zentraler Bestandteil der Wirtschaftsreformen ist. Der Dozent an der Akademie der Gesellschaftswissenschaft in Moskau, Fedossow, schrieb dazu: „Die . . . Diskrepanz zwischen hohen Ansprüchen hinsichtlich des Inhalts der Arbeit und den Arbeitsbedingungen sowie der technologischen Realität der Volkswirtschaft führt dazu, daß für sehr viele Berufe Arbeiter nur durch (verhältnismäßig) hohe Löhne angeworben werden können.“ (6)

In die immer noch relativ starke Stellung der Arbeiterklasse, die die Akademiker so klagen läßt, soll nun vor allem die von Gorbatschow betriebene Landwirtschaftsreform den Einbruch schaffen.

Die Untergrabung der Kollektivwirtschaft schwächt die Arbeiterklasse

Das „Handelsblatt“ urteilte: „Gorbatschow steht und fällt mit der Landwirtschaft.“ (7) Auch andere westliche Zeitungen sehen in der „Landreform“ (8) den entscheidenden Fortschritt der von Gorbatschow vorangetriebenen Wirtschaftsreformen, der erzielt werden müsse. Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentierte: „Die Kollektivierung als Grundübel der sowjetischen Landwirtschaft.“ (9)

Das „Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut“ beschreibt die Situation in der sowjetischen Landwirtschaft so: „Derzeit sind in der UdSSR etwa 24 Mio. Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, das ist mehr als in allen westlichen Industrieländern zusammen, die Produktivität betrug aber nur rund 22% der Produktion des Westens . . . In den westlichen Industrieländern betrug der durchschnittliche Hektarertrag bei Getreide 1986 39 q/ha, in der UdSSR 18 q/ha, wobei die Zahl der Arbeitskräfte in der UdSSR das 2,5fache betrug.“ (10)

Auf dem Plenum des ZK der KPdSU im Juli dieses Jahres setzte sich Gorbatschow mit der Auffassung durch, daß

die Widersprüche, die die Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft hemmen, nur durch die Förderung von Privatproduktion gelöst werden könnten. Sein ausschweifiger Stil läßt auf Widerstand sowohl in der KPdSU wie auch unter den Teilen der Kolchosbauern schließen, deren soziale Lage direkt bedroht ist. (Tatsächlich nehmen Berichte zu, die von verschärftem Klassenkampf auf dem Land sprechen.) Gorbatschow:

„Es gibt . . . eine allgemeine, ich würde sagen, Hauptsache dafür, daß die Investitionen in die Landwirtschaft, in den Agrarsektor, keinen gebührenden Nutzen einbringen, nicht effektiv genutzt und in vielen Fällen einfach blockiert werden. Sie besteht darin, daß die praktischen Maßnahmen zur Festigung der materiellen Basis des Dorfes nicht gleichzeitig mit entsprechender Arbeit zur Umgestaltung der ökonomischen Beziehungen auf dem Land untermauert werden . . . sehen Sie mal, was die Menschen leisten, die nach dem Familien- und Pachtvertrag arbeiten (mit dem noch experimentiert wird, wobei bei den bis-

herigen Versuchen Grundstücke von bis zu 1000 ha an Familien oder Gruppen verpachtet werden — d.Verf.). Mit der gleichen und mitunter auch schlechteren materiellen Basis erzielen sie unvergleichbar höhere Kennziffern . . . Es hat sich herausgestellt, daß man sogar weniger Technik braucht, obwohl die Ergebnisse besser sind . . . Zeugen denn diese Erfahrungen nicht davon, daß der Schlüssel zum Erfolg in der veränderten Verhaltensweise der Menschen zur Arbeit liegt? . . .

Kurzum, wir müssen der Eigenständigkeit und dem Verantwortungsbewußtsein der Produzenten breiten Spielraum gewähren und den Agrarmarkt allseitig entwickeln.

Und keiner von uns darf in Verlegenheit dadurch gebracht werden, daß den Bauern auf Grund des Vertrages mit dem Agrarbetrieb die Produktionsmittel langfristig zur Verfügung gestellt werden . . . Dem Menschen muß man die Möglichkeit bieten, sein Talent als Landwirt zur Geltung zu bringen, auf dem Boden so zu arbeiten, wie er es für notwendig hält, und er weiß besser als wir, wie das zu machen ist. Und das darf Sie nicht in Verlegenheit bringen. Auf diesem Wege werden wir keine Niederlage erleiden, sondern im Gegenteil einen Sieg erringen. Es gilt, die Vertrags- und besonders die Pachtformen der Agrarwirtschaft im Lande weitgehend zu verbreiten . . . Beim Pachtvertrag wird der Mensch zum wahren Herrn des Bodens und daran interessiert, die gepachteten Bodenflächen und andere Produktionsmittel höchstmöglich effektiv zu nutzen und den höchstmöglichen Nutzeffekt zu erzielen

Die Pachtbeziehungen gestatten es, die Potenzen des sozialistischen Eigentums besser zu realisieren; mit ihrer Hilfe werden die Interessen der Gesellschaft und die Anreize für eine hochproduktive und effektive Arbeit sichergestellt; und dabei nicht nur, ich wiederhole es, materielle Anreize. Der Mensch erhält die Möglichkeiten, seine Fähigkeiten in der Praxis zur Geltung zu bringen und zu realisieren, sein schöpferisches Potential aufzudecken und sich zu bewähren. Und das löst bei ihm eine immense Befriedigung aus . . .

Dabei muß die Pacht vermutlich langfristig sein und der Vertrag etwa für 25 bis 30 oder sogar 50 Jahre beschlossen werden. Die Frage muß überhaupt so gestellt werden: Niemand hat das Recht, den Menschen zu verweigern, nach dem Pachtvertrag zu arbeiten.

Man muß entschlossener unrentable Agrarbetriebe beseitigen, ihre Bodenflächen und andere Produktionsmittel auf der Wettbewerbsgrundlage an jene Kolchosen, Sowchosen, Industriebetriebe und individuellen Pächter vergeben, die einen hohen Nutzeffekt des Wirtschaftens sichern können. Es wird vermutlich auch notwendig sein, ein neues Gesetz über die Bodennutzung anzunehmen.“



Die landwirtschaftliche Kollektivierung ermöglichte die rasche Entfaltung der Produktivkräfte. Die Untergrabung der Kollektivwirtschaft setzt die landwirtschaftliche Infrastruktur dem Verfall aus.

(11)

Das Pachtgesetz soll im nächsten Jahr vorgelegt werden. Die Folgen sind absehbar: Die soziale Differenzierung auf dem Land wird zunehmen. Eine neue Schicht reicher Großbauern bildet sich heraus. Die ins Auge gefaßten Größen der zu verpachtenden Grundstücke drängen auf die Anwendung von fremder Lohnarbeit, die heute für Privatproduzenten bzw. Genossenschaften noch verboten ist. (Kolchosen dürfen inzwischen Nicht-Mitglieder beschäftigen.) Die Kollektivwirtschaft wird unterhöhlt. Die Kolchosen werden mehr und mehr gedrängt werden, immer mehr und immer besseres Land zu verpachten. Das „Handelsblatt“ frohlockt: „Es ist jedoch klar, daß in dem Maß, in dem die Neuerungen zu Massenerscheinungen werden (sie sind es bisher nicht), der gesamte Kolchosesapparat einfach absterben wird. Erste Anzeichen sind bereits zu erkennen. Die neuen Pächter sind nicht bereit, die Kosten des Kolchosesapparates zu be-

zahlen, was in den reformierten Kolchosen zu radikalen Kürzungen des Apparats führt. Es ist verständlich, daß diese Kürzungen sich nicht auf die Kolchosen beschränken, sondern den gesamten Apparat der Agrarverwaltung, der sogenannten „RAPO“ umfassen werden.“ (12) Die Kolchosen waren bisher verantwortlich für landwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen, für Bodenmelioration, Bewässerungsanlagen, Bekämpfung der Bodenerosion etc. — wer wird zukünftig dafür aufkommen? Verfall scheint vorgezeichnet.

Die vermutlich einschneidendste und in erster Linie beabsichtigte Wirkung, die Gorbatschow und die sozialen Kräfte, die er politisch repräsentiert, mit der Verbreitung des Pachtsystems erzielen, wird die Freisetzung eines Millionen zählenden Arbeitskräfteheeres sein, das bisher in der Landwirtschaft gebunden ist und das zukünftig eingesetzt wird, um die bisher noch gehaltenen Positionen der Arbeiterklasse zu erschüttern.

der Perestroika 5000 der 300000 Parteimitglieder der Region mit Parteistrafen belegt. 31000 seien wegen „unzulänglicher“ Arbeit gerügt, 800 aus der Partei ausgeschlossen und mehr als 480 Leiter ihres Amtes enthoben worden.“ (14) In den Parteigliederungen der vier mittelasiatischen Republiken (Turkmenische, Usbekische, Kirgisische und Tadschikische SSR) wurde unter der Parole vom „interregionalen und zwischennationalen Kaderaustausch“ ein Großteil der Kader entfernt und häufig durch Kader russischer Nationalität ersetzt.

Bisheriger Höhepunkt der Säuberung waren die jüngsten Sitzungen des ZK und des Obersten Sowjet, die so kurzfristig einberufen und auf der so wichtige Personalentscheidungen getroffen wurden, daß von einem Putsch gesprochen werden kann. Auf diesen Sitzungen setzte die Gruppe um Gorbatschow die Entmachtung bzw. Absetzung der Personen durch, die der Verteidigung des Alten und dem Widerstand gegen den neuen Kurs Anhaltspunkte gegeben hatten.

Abgesetzt wurde unter anderem und in erster Linie Staatspräsident Gromyko, zuvor 28 Jahre lang Außenminister und an den meisten Entscheidungen der sowjetischen Außenpolitik nach dem Weltkrieg beteiligt. Das Staatspräsidentenamt, das zukünftig mit größeren Vollmachten ausgestattet werden soll, übernahm der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, der sich ansonsten vehement für die Trennung von Staat und Partei einsetzt.

Entmachtet wurde vor allem J. Ligatschow, bis dahin ZK-Sekretär für Ideologie und sog. „zweiter Mann“ hinter Gorbatschow. Die „Zeit“ vermutet: „Bis zu 60 Prozent der Parteisekretäre auf unterer und mittlerer Ebene, die sich nicht mehr hinter Ligatschows breitem Rücken verbergen können, sollen in den kommenden Monaten ausgewechselt

Stärkt die Demokratisierung die Stellung der Produzenten?

Das ZK der KPdSU behauptet in seinen der 19. Unionsparteikonferenz im Juni vorgelegten Thesen: „Der Kurs der KPdSU auf die Umgestaltung und Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes war von Beginn an mit der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und der Durchsetzung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes verbunden.“ (13)

Die Tatsachen sprechen zunächst eine andere Sprache. Während zwar auf der einen Seite im Zuge des staatlich geförderten „Meinungspluralismus“ Tausende, ja Zehntausende von Gruppen und Organisationen neu entstehen und ihre Ziele vertreten, darunter selbst offen re-

aktionäre, rassistische Organisationen wie „Pamjat“, während die Zeitungen geöffnet werden und allen möglichen Strömungen eine Plattform bieten zum Angriff auf das „Alte“, findet auf der anderen Seite eine Unterdrückung und Säuberung großen Ausmaßes statt, die sich keineswegs nur gegen Korruption und sonstige der Breschnew-Zeit zuge schriebene „Mißstände“ und „Auswüchse“ richtet, sondern die Widerstände gegen den neuen Kurs beseitigen soll.

Der Gebietsparteivorsitzende der größten Industrieregion des Landes, Swerdlowsk im Ural, sprach in der „Prawda“ darüber: „Dem Bericht zufolge wurden in der Vorbereitungsphase

werden.“ (15)

Doch wäre es verfehlt, die Demokratisierungsparolen als bloßen Betrug abzutun. Rechtliche Änderungen von Belang sind in Diskussion und Vorbereitung, von denen zwei an dieser Stelle genannt werden sollen: die womöglich geplante Einführung eines Streikrechts und die Stärkung der Rechte der örtlichen und regionalen Sowjets.

Die 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU spricht sich in ihrer Entschliebung „Über die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Reform des politischen Systems“ u.a. für „die Festigung der sozialen Rechte der Werktätigen“ aus, die verfassungsrechtlich verankert werden sollen. Dort heißt es: „Unter ihnen (den politischen Rechten und persönlichen Freiheiten — d.Verf.) nehmen die Rechte des Menschen auf die Beteiligung an der Lenkung und Leitung, auf die Äußerung seiner Meinung zu jeder Frage und die Gewissensfreiheit einen besonderen Platz ein. Das Gesetz hat die persönliche Würde des Menschen, die Unantastbarkeit seiner Wohnung, das Brief- und das Telefongheimnis usw. zuverlässig zu schützen.“ (16)

Vom Streikrecht ist hier noch nicht die Rede (sondern nur von der „Notwendigkeit, die Arbeitsdisziplin zu festigen sowie die bewußte und schöpferische Einstellung zu ihren Produktionspflichten zu fördern“). Doch berichtete die „Frankfurter Allgemeine“ am 16.9.88: „In der Sowjetunion wird es möglicherweise bald ein Streikrecht geben. Darüber werde im Zusammenhang mit den Entwürfen für ein neues Gewerkschaftsrecht beraten, sagte der Vorsitzende des sowjetischen Gewerkschaftsdachverbandes, Schalajew, in einem in Murmansk aufgenommenen Rundfunkgespräch ... „Wir brauchen keine Streiks, aber ein Streikrecht muß es geben“, sagte Schalajew. Wenn Arbeiter sich weder über die Gewerkschaft noch über ihre Produktionskomitees Gehör verschaffen könnten, müsse ihnen auch ein Streik erlaubt sein.“

Der wachsende Druck des Arbeitsmarktes, der für die Unterordnung der Arbeiter unter die Interessen der leitenden Klasse sorgen soll, nimmt ihnen zugleich das bisher vermutlich am meisten praktizierte Mittel der individuellen und auch kollektiven Gegenwehr: die Kündigung. Nicht selten kam es vor, daß hunderte Arbeiter einer Fabrik aus Protest kündigten und sich anderswo Arbeit zu besseren Bedingungen suchten. Das wird nicht mehr leicht möglich sein. Gleichzeitig mehren sich seit Beginn der Umgestaltung die Berichte von Streiks in Betrieben und Dienstleistungsunternehmen. Angesichts der Verschärfung der Widersprüche ist Widerstand der Produzenten unvermeidlich. Die sowjetische Führung scheint der regelnden Gewalt des Arbeitsmarktes so zu vertrauen, daß sie sich eine gewisse Legalisierung von

Streiks glaubt leisten zu können.

Mit der Stärkung der örtlichen und regionalen Sowjets gibt die sowjetische Führung dem Streben nach Dezentralisierung in gewisser Hinsicht nach.

In der schon erwähnten Entschliebung „Über die Demokratisierung ...“ hält die 19. Unionsparteikonferenz fest:

„Die Leitung und Lenkung der lokalen Angelegenheiten muß auf der Basis der Selbstverwaltung, Eigenfinanzierung und Selbstversorgung und auf der Abstimmung der regionalen mit den gesamtstaatlichen Interessen reorganisiert werden. Zu diesem Zweck müssen reale Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Verantwortung und die Selbstständigkeit der Sowjets bei der Lösung von Problemen der komplexen Entwicklung der ihnen unterstellten Territorien gewährleistet werden. Sie müssen über stabile, auf langfristigen Normativen (Festsetzungen — d.Verf.) beruhende Einnahmequellen, einschließlich der

entwickelten Produktionszweige in die Regie örtlicher und regionaler Sowjets übergehen? Davon ist nichts bekannt.

Gorbatschow sagte in seiner Rede auf der Konferenz: „Die Unterstellung der Betriebe, die die Bedürfnisse des Volkes befriedigen, unter die örtlichen Sowjets muß beschleunigt werden.“ (18) Entsprechend hieß es schon in dem Entwicklungsplan der UdSSR bis ins Jahr 2000: „Die Rechte dieser Organe bei der Planung und Leitung der Zweige, die sich mit der Befriedigung der Bedürfnisse unmittelbar befassen, sind zu erweitern.“ (19)

Allem Anschein nach denkt die sowjetische Führung nicht daran, die Herausbildung weitgehend selbständiger regionaler Wirtschaftsräume zu ermöglichen, was die Dezentralisierung gerade auch der hochentwickelten Investitionsgüterindustrie zur Voraussetzung hätte und was die Einflußnahme der Produzenten auf die Planung und Leitung erleichtern



Soll stärker auf das Interesse des Konsumenten ausgerichtet werden

Eingänge von allen Betrieben, die sich auf ihrem Territorium befinden, verfügen, die für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Lebens der Bevölkerung, den Umweltschutz und die Lösung anderer dringender Aufgaben erforderlichen Mittel akkumulieren ...“ (17)

Die sowjetische Wirtschaft ist stark zentralisiert. Dies hat zu einer Reihe schroffer Widersprüche geführt, u.a. zur Entwicklung von Produktionen vorbei an den gesellschaftlichen und individuellen Reproduktionsbedürfnissen, zu Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Regionen, zur Verschärfung statt Lösung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land.

Soll nun eine tatsächliche Dezentralisierung der Wirtschaft stattfinden? Wird in den zahlreichen Reformdiskussionen die Organisation z.B. der Schwerindustrie in Groß- und Großbetrieben in Frage gestellt? Sollen die Betriebe der hoch-

würde. In die Verantwortung der örtlichen und regionalen Organe soll neben dem Dienstleistungsbereich die Entwicklung der Konsumgüterindustrie gelegt werden, der große Bedeutung beigemessen wird, weil sich an der mangelnden Versorgung die Unzufriedenheit der werktätigen Bevölkerung entzündet. Damit aber versucht die Zentralgewalt, gleichzeitig die Kontrolle in der Hand zu behalten und politische Verantwortung loszuwerden, wie Gorbatschow schon androhte: ... nehmen Sie eine solche verbreitete Erscheinung wie das Schlangengestehen. Schlangen gibt es überall — im Handel, in der Dienstleistungssphäre, im Transportwesen, in den Betrieben der Kommunalwirtschaft, im Gesundheitswesen ... All diese Fragen, Genossen, sind Fragen der Sowjets. Wenn der Leiter des Sowjets das nicht sieht und um das Befinden der Menschen nicht weiß, so halten wir ihn umsonst in der leitenden Funktion.“ (20)

Nationalistische Bestrebungen nehmen zu

Auch das Aufkommen des Nationalismus in der Sowjetunion ist ohne die Widersprüche, die durch die zentralistische Wirtschaftsverfassung hervorgerufen werden, nicht oder nur schwer zu erklären.

Einen aufschlußreichen Anhaltspunkt gab auf der 19. Unionsparteikonferenz der Erste Sekretär des ZK der KP Usbekistan, der Vertreter einer Republik also, in der ähnlich wie in den anderen mittelasiatischen Republiken der Islam einen wachsenden Einfluß gewinnt und nationalistische Strömungen zunehmen. Er kritisierte im Zusammenhang der Nationalitätenpolitik die monokulturelle Ausrichtung der Landwirtschaft. (21) Aufgrund der durch den zentralen Plan festgeschriebenen Arbeitsteilung zwischen den Regionen produziert die usbekische Landwirtschaft vor allem Baumwolle, andere Produktionen sind seit langem rückläufig, Usbekistan muß Nahrungsmittel einführen, und die Bevölkerung leidet unter Mangel an Fleisch- und Milchprodukten. Die Industrie ist in dieser Region wenig entwickelt, vor allem gibt es Textilindustrie. Eine Million Menschen sind als arbeitslos registriert. Der Weg, den die Umgestalter jetzt der usbekischen Republik vorschlagen, ist übrigens die Entwicklung einer Leichtindustrie, die auch an andere sowjetische Republiken liefern soll — die Arbeitsteilung zwischen den Regionen soll zementiert statt vermindert werden.

Eine starke nationalistische Bewegung hat sich in letzter Zeit, im Zuge von Umgestaltung und Demokratisierung, vor allem in den sowjetischen Ostseerepubliken Estland, Lettland und Litauen entwickelt. Sie wird, das wird aus allen Quellen deutlich, von der Intelligenz geführt, Künstlern, Journalisten, Lehrern, Wissenschaftlern etc., die sich in unzähligen Debattierclubs, Zirkeln, Komitees etc. organisiert haben. Diese nationalistische Massenbewegung kann, das wird gerade hier deutlich, als Barometer dafür genommen werden, wie stark die Intelligenz inzwischen das gesamte öffentliche Leben beherrscht.

Der Erste Sekretär des ZK der KP Lettlands — die KP Lettlands unterstützt die nationalistische „Volksfront“, die in „Moskau News“ als „Massenbewegung für Demokratie und Erneuerung“ bezeichnet wird (22) — erklärte auf der Unionsparteikonferenz dem Bericht des „Neuen Deutschland“ zufolge: „Wir verzeichnen eine wachsende soziale und politische Aktivität der sowjetischen Völker und ein gestiegenes nationales Selbstbewußtsein. Doch diese Prozesse verlaufen widersprüchlich. Mancher beansprucht für sich ein größeres Stück

vom Kuchen der Union, anstatt dazu beizutragen, daß ein größerer Kuchen gebacken werden kann. Leider gibt es auch bei uns in Lettland Leute, die mit den nationalen Gefühlen spekulieren und Emotionen schüren. Mit ihnen gehen wir nicht zusammen. Sie führen uns in eine Sackgasse. Wir aber wollen eine vernünftige Lösung der wirklichen Probleme, zu denen einige Disproportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft der Republik, das Zurückbleiben der sozialen Infrastruktur und die Verschlechterung der Umweltsituation gehören ... In diesem Zusammenhang schlug der Redner vor, die Rechte und Befugnisse der Unionsrepubliken bei der Lösung der Aufgaben in der Wirtschaft und auf anderen Gebieten bedeutend zu erweitern.“

Der ZK-Sekretär der KP Estland fordert Estnisch als Amtssprache und eine estnische Staatsbürgerschaft und teilte öffentlich mit, daß derzeit die Statuten einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Republik erarbeitet würden. (23)

Die nationalistische Bewegung gerade in diesen Republiken bietet dem Imperialismus neue Möglichkeiten der Einwirkung. Imperialistische Sender rufen zu Massendemonstrationen auf und verbreiten gegen die Sowjetunion gerichtete Lösungen. „Die amerikanischen Parolen aus dem Äther machen ... deutlich, daß die USA das Baltikum staatsrechtlich immer noch nicht als Teil der Sowjetunion anerkennen.“ (24) Gleiches gilt für die EG-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme der Niederlande. Sie fördern die Tätigkeit des „Baltischen Weltrates“, der die Lostrennung der drei Republiken von der Sowjetunion betreibt, und erlauben z.B. die Einreise mit Reisepässen, die von den „Konsulaten“ der „Exil-Regierung“ ausgestellt werden.

Aber es trafe den Kern der Sache nicht, wollte man die nationalistische Bewegung als pro-imperialistisch, als Bewegung zum Anschluß an den Imperialismus verstehen. Abgrenzungen gegen solche, die die „natürlichen nationalen Gefühle in zerstörerische nationalistische Gleise lenken“ (Gorbatschow auf dem Juli-ZK-Plenum), sind von allen Seiten zu hören und ernst zu nehmen.

Das Bild vom Verteilungskampf um den „Kuchen“, das der ZK-Sekretär aus Lettland bemühte, wobei er großen Wert auf „gerechte Verteilung“ (etwa nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“) legte, trifft das Selbst-Bewußtsein der Bewegung besser. In dem Zusammenhang ist der Hinweis aufschlußreich, daß die industrielle Entwicklung der drei sowjetischen Ostseerepubliken, die am

vehementesten für wirtschaftliche Selbstständigkeit und Souveränitätsrechte eintreten, besonders weit fortgeschritten und ihre wirtschaftliche Bedeutung im Rahmen des zentralen Plans, nicht zuletzt im Maschinenbau, überdurchschnittlich groß ist.

Daß die leitende Klasse die nationalistischen Bestrebungen als Bewegungsform von realen Widersprüchen betrachtet, die ihr zugleich die Festigung ihrer Herrschaft über die anderen werktätigen Klassen ermöglichen, macht die Entschleierung der 19. Unionsparteikonferenz „Über die Beziehungen zwischen den Nationen“ deutlich. Dort heißt es:

„4. Wichtig ist, daß in jeder nationalen Region der ökonomische und soziale Fortschritt mit dem geistigen Fortschritt einhergeht, der sich auf die kulturelle Eigenständigkeit der Nationen und Völkerschaften stützt. Die sozialistische Kultur, die sich als multinationale Kultur entwickelt, muß auch weiterhin ein machtvoller Faktor der moralisch-ideologischen Konsolidierung unserer Gesellschaft sein. Es gilt, dafür Sorge zu tragen, daß die Nationalitäten, die außerhalb der Territorien ihrer Staatsgebilde leben oder über solche nicht verfügen, umfassendere Möglichkeiten erhalten, ihre nationalen und kulturellen Interessen, insbesondere in Bildung, Kommunikation und Volkskulturschaffen, wahrzunehmen sowie Herde der nationalen Kultur zu schaffen, Massenmedien zu nutzen und die religiösen Bedürfnisse zu befriedigen ...“

6. Die Konferenz stellt fest, daß die Multinationalität unter den Bedingungen unseres Landes eine machtvolle Quelle für die Entwicklung und gegenseitige geistige Bereicherung der Völker ist ... Eine besondere Rolle fällt dabei der sowjetischen Intelligenz zu. Von ihrer staatsbürgerlichen Reife und der Tiefe ihrer Einsicht in die Grundinteressen des eigenen Volkes und der Gesellschaft insgesamt hängt in höchstem Maße das allgemeine Klima in den nationalen Beziehungen ab.“ (25)

(1) deutsche Übersetzung in: Sowjetunion heute, 5/88, Beilage, S. XVIIIff; (2) Nachdruck in: Die Zeit, 15.4.88; (3) Sowjetunion heute, 10/88, S. 13; (4) UZ-Dokumentation, 1.7.87; (5) Spiegel, 15.6.87; (6) P. Fedossow, Leben in der Sowjetunion, Heilbronn 1987, S. 42; (7) 16.3.88; (8) Handelsblatt vom 3.8.88; (9) 8.8.88; (10) Preseschau Ostwirtschaft 2/88; (11) Sowjetunion heute, 8/88, Beilage S. XIff; (12) Handelsblatt vom 3.8.88; (13) Sowjetunion heute, Sondernummer, Juli 1988, S. 7; (14) Süddeutsche Zeitung vom 8.1.88; (15) Die Zeit vom 7.10.88; (16) Sowjetunion heute, Sondernummer, Juli 1988, S. 58; (17) ebenda, S. 57; (18) ebenda, S. 32; (19) Sowjetunion zu neuen Ufern?, 27. Paritätstag der KPdSU, S. 482; (20) Sowjetunion heute, 8/88, Beilage S. XIV; (21) Neues Deutschland vom 2.7.88; (22) Moskau News, deutschsprachige Ausgabe, November 1988, S. 2; (23) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.9.88; (24) Die Zeit vom 4.3.88; (25) Sowjetunion heute, Sondernummer, Juli 1988, S. 64f. (Sec)

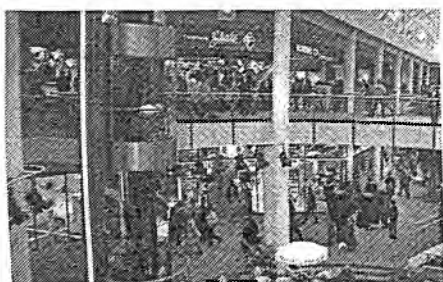


US-Wahlen: Internationale Reaktionen

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA wird am 10. November bekannt sein. Die europäischen und japanischen Imperialisten erwarten von der nächsten US-Regierung, daß sie das Haushaltsdefizit in den USA verringert und die Einnahmen der Schuldenbelastung anpaßt. Die britische Zeitung „Economist“ stellt lapidar fest, keiner der beiden Kandidaten hätten dafür das richtige Konzept. Das „Handelsblatt“ resümiert „Anleger warten auf die US-Präsidentschaftswahlen“. Der Ausgang der Wahlen wird die Entwicklung der imperialistischen Weltwirtschaft beeinflussen. Wie reagieren die verbündeten Mächte und die Wirtschaft auf den Wahlausgang?

Philippinen: Arbeitsbedingungen in einer Thunfischfabrik

Gleich unter fünf verschiedenen Markennamen wird in der BRD auf der philippinischen Insel Cebu, einer Insel knapp 1000 km von der philippinischen Hauptstadt Manila entfernt, abgepackter Thunfisch angeboten. Fast 20% der Lohnabhängigen auf Cebu sind arbeitslos. Die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in der Fabrik sind dementsprechend miserabel: mindestens 48 Arbeitsstunden pro Woche und höchstens sechs Tage Urlaub im Jahr bei Löhnen von durchschnittlich 3 DM am Tag. Das ist weniger selbst als der gesetzliche Mindestlohn auf den Philippinen. Im nächsten Heft berichten wir über die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und über ihren Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.



„Einkaufszentrum Sophienhof“

Der Sophienhof in Kiel wird in der Presse das größte überdachte Einkaufszentrum der Bundesrepublik genannt: Passagen in zwei Etagen, angebunden an die Hertie-Passage. Rund 22000 qm Handelsfläche mit 80 Läden und Lokalen, darunter viele kleine Geschäfte. Eine Bildreportage soll die Eindrücke einer Verkäuferin schildern, wie sie die Arbeitsbedingungen ihrer Kollegen/innen in der Passage sieht. — Überall in der BRD entstehen solche Passagen, die Kaufhäuser strukturieren um, so daß viele kleine Läden entstehen. Die Arbeits- und Sozialbedingungen werden dadurch nicht besser. Allein verkaufen, Sozialräume nicht vorhanden oder kümmerlich.

Faschistische Kandidaturen zur Europa-Wahl

Zur Europa-Wahl im Juni 1989 wollen verschiedene faschistische Organisationen kandidieren: die Deutsche Volksunion (DVU) — Liste D, welche von der NPD unterstützt wird, die Republikaner, die ÖDP und eventuell noch andere. Einige Fragen, die sich für eine antifaschistische Politik auf tun, sind: Gegen welche faschistische Propaganda muß sich eine antifaschistische Politik wenden? Sind die Faschisten tatsächlich gegen die EG, wie sie selbst verschiedentlich vorgeben? Wie muß in diesem Zusammenhang die Politik beurteilt werden, die die Fraktion der „Europäischen Rechten“ im Europa-Parlament schon heute betreibt? Welche Ansätze zu einer antifaschistischen Frontbildung gibt es?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich. Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m. b. H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m. b. H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 10111, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lotzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik: Spezialberichte: Alfred Kustler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie, AG Medien in der Volksfront, AG Medien des NH Chemie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront, AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik, AGB der AG für Kommunalpolitik, AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront, VF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken